

Die letzten Tage des Weilers Lützerath im Braunkohlentagebau Garzweiler II



Vom 6. Januar 2023 bis zum xx. Februar 2023



RWE will Lützerath abreißen, um Kohle zu fördern. Aktivisten besetzen den Ort, um das zu verhindern. Am Mittwoch hat die Räumung begonnen.

Am 11. Januar hat die Räumung von Lützerath begonnen. [RWE will Kohlevorkommen unter dem Dorf fördern](#), die Umsiedelung der Einwohnerinnen und Einwohner läuft seit Jahren. Anfang Oktober hatten Bundes- und Landesregierung zugestimmt, dass hier Kohle abgebaut werden darf. Es gibt massiven Widerstand gegen eine Ausweitung des Garzweiler-II-Tagebaus.

Aktivistinnen und Aktivisten besetzen unter dem Aktionsnamen „Lützerath Lebt!“ Strukturen im ansonsten verlassenen Dorf.

Aktivistinnen und Aktivisten besetzen unter dem Aktionsnamen „Lützerath Lebt!“ Strukturen im ansonsten verlassenen Dorf. [Bereits am Montag, dem 2. Januar, als die Polizei mit den Vorbereitungen zur Räumung des Gebiets begann, kam es zu Konflikten zwischen Protestierenden und Beamten.](#) Die Polizei geht davon aus, [dass der Einsatz zur Räumung mindestens vier Wochen dauert.](#)

Freitag, 6. Januar 2023 | 10:01 Uhr

Neubauer kommt am Sonntag nach Lützerath – Aufruf zur Demo-Teilnahme

Klimaaktivistin Luisa Neubauer will am Sonntag (8. Januar) in das besetzte Braunkohledorf Lützerath kommen und dort an einem sogenannten „Dorfspaziergang“ teilnehmen. Sie rufe dazu auf, dies ebenfalls zu tun, sagte sie der Deutschen Presse-Agentur.

Der Energiekonzern RWE will das rheinische Lützerath abreißen, um die darunter gelegene Kohle abzubauen. Aktivisten, die in dem verlassenen Weiler leben, haben Widerstand dagegen angekündigt. Die schwarz-grüne NRW-Landesregierung will das Dorf Mitte des Monats von der Polizei räumen lassen. Sie verweist darauf, dass im Gegenzug der Kohleausstieg um acht Jahre auf 2030 vorgezogen worden sei.

Neubauer sagte dazu, der Kohleausstieg 2030 sei ein falsches Versprechen. „Das Klima wird dadurch nicht geschützt, das Einzige was hier geschützt wird, sind die Profite von RWE, dem Betreiber der größten CO2-Quelle Europas.“ „Die Kohle muss im Boden bleiben“, forderte Neubauer.

„Die Zukunft ist erneuerbar. Deshalb rufen wir bundesweit dazu auf, am 8.1. nach Lützerath zu fahren“, sagte Neubauer. „Die Gesellschaft ist bereit, für eine sichere und nachhaltige Welt einzustehen, das werden wir in Lützerath zeigen. Beim Dorfspaziergang am Sonntag und in den nächsten Wochen.“

Freitag, 6. Januar 2023 | 14:55 Uhr

Demo-Bündnis glaubt an Erhalt von Lützerath in letzter Minute – „der neue Hotspot der Klimabewegung“

Ein Bündnis, das eine große Demonstration am besetzten Braunkohledorf Lützerath plant, hofft auf einen Erhalt der Siedlung in letzter Minute. „Ich denke, in Lützerath verdichtet sich der Protest gegen eine mutlose und viel zu nichtambitionierte Klimapolitik wie nirgendwo sonst“, sagte Christoph Bautz von der Kampagnenorganisation Campact am Freitag. „Die Breite der Gesellschaft“ werde auf den Beinen sein – gerade bei der geplanten Demonstration, die am 14. Januar stattfinden soll.

Auch werde es Druck auf die Landesregierung geben. Deswegen bleibe man optimistisch, dass die Proteste Lützerath erhalten könnten, sagte Bautz. Lützerath sei „der neue Hotspot der Klimabewegung“.

Lützerath in der Nähe von Erkelenz im Kreis Heinsberg soll zur Kohlegewinnung abgebaggert werden. Gebäude und Grundstücke gehören bereits dem Energiekonzern RWE. „Die Inanspruchnahme der ehemaligen Siedlung in diesem Winter ist notwendig, um inmitten der Energiekrise eine sichere Versorgung der Kraftwerke zu gewährleisten“, betont RWE.

Gegen den Abbau hat sich allerdings Widerstand formiert. In den Häusern, deren einstige Bewohner weggezogen sind, leben Aktivisten, die um den Ort kämpfen wollen. Die Initiative „Lützerath Lebt!“ nannte am Freitag die Zahl von rund 300 Aktivisten, die mittlerweile in dem Weiler seien. Die Polizei bereitet sich bereits seit Tagen [auf eine mögliche Räumung vor](#).

Ein Bündnis, zu dem unter anderem Greenpeace, Campact und Fridays for Future gehören, rechnet nach eigenen Angaben mit Tausenden Teilnehmern bei einer geplanten Demo am 14. Januar bei Lützerath. Sie soll auch stattfinden, wenn [eine Räumung](#) bereits begonnen haben sollte. Den Angaben zufolge laufen noch Absprachen mit der Polizei.

Freitag, 6. Januar 2023 | 16:03 Uhr

Behörden vermuten etwa 30 gewaltbereite Aktivisten in Lützerath

Die Klimaaktivisten in Lützerath sind nach Einschätzung des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen in ihrer überwiegenden Mehrheit „zivildemokratische Akteure“. „Dennoch sind in der Protestszene auch wenige Linksextremisten aktiv“, teilte die Behörde am Freitag mit.

Vor der heißen Phase der Mobilisierung vor der erwarteten Räumung des Ortes hätten sich dort etwa 130 Aktivisten aufgehalten, darunter 30 gewaltbereite. Diese Zahlen könnten aber variieren. Die „Neue Westfälische“ (Bielefeld) hatte berichtet.

Bei der Beobachtung der linksextremistischen Szene sei festzustellen, dass Linksextremisten immer wieder versuchen, innerhalb zivildemokratischer Proteste als Bündnispartner aufzutreten, hieß es vom Landesverfassungsschutz.

Linksextremisten wollten mit aktuellen Themen wie dem Klimawandel Protestgruppen an Aktionsformen heranführen, die im Ergebnis in eine direkte Auseinandersetzung mit der Polizei und dem Rechtsstaat führen könnten.

Der Energiekonzern RWE will den zu Erkelenz gehörenden Ort Lützerath abreißen, um die darunter liegende Kohle abzubauen. Das sei zur Energieversorgung notwendig. Aktivisten bestreiten das und haben die verlassene Siedlung besetzt. Mitte des Monats soll Lützerath von der Polizei geräumt werden.

Samstag, 7. Januar 2023 | 12:08 Uhr

AnnenMayKantereit spielt am Sonntag in Lützerath

AnnenMayKantereit hat sich am Sonntag in das besetzte Braunkohledorf Lützerath angekündigt. Henning May teilt auf Instagram mit einem Video mit „Lützerath muss bleiben. Deswegen machen wir dort am Sonntag Musik. Und wir freuen uns krass über alle, die sich entscheiden zu kommen.“

Ab 14.30 Uhr will die Kölner Band am 8. Januar an der Mahnwache in Lützerath auftreten und unterstützt damit die Klimaschutz-Aktivisten.

Auch Luisa Neubauer will am Sonntag beim sogenannten „Dorfspaziergang“ teilnehmen und hat dazu aufgerufen, ebenfalls zu kommen.

Samstag, 7. Januar 2023 | 20:46 Uhr

Aktivisten sammeln sich in Lützerath - Neue Barrikaden errichtet

Vor einer möglichen Räumung des besetzten Ortes Lützerath im Rheinischen Braunkohlerevier sammeln sich vor Ort die Aktivisten. Am Samstag reisten zahlreiche Menschen an. Shuttlebusse brachten sie von nahegelegenen Bahnhöfen in das unwegsame Gelände. In einem Camp auf einem Feld im benachbarten Stadtteil Keyenberg wurden mehrere neue Zelte aufgebaut.

In den sozialen Netzwerken riefen Initiativen unter anderem mit dem Hashtag #LuetzerathUnraeumbar dazu auf, sich am Widerstand gegen die Räumung zu beteiligen. Auf den Straßen von Lützerath wurden weitere Barrikaden errichtet, unter anderem betonierten Aktivisten Gasflaschen in die Fahrbahnen ein, um diese unpassierbar zu machen.

An diesem Sonntag wird Klimaaktivistin Luisa Neubauer in Lützerath erwartet. Sie rief Unterstützer auf, ebenfalls zu kommen.

Der Energiekonzern RWE will Lützerath abreißen, um die darunter gelegene Kohle abzubauen. Aktivisten, die in dem von den einstigen Bewohnern verlassenen Weiler leben, haben Widerstand dagegen angekündigt. Die schwarzgrüne NRW-Landesregierung will das Dorf von der Polizei räumen lassen - möglicherweise schon in wenigen Tagen. Die Vorbereitungen laufen bereits. Die Landesregierung verweist darauf, dass im Gegenzug der Kohleausstieg um acht Jahre auf 2030 vorgezogen worden sei.

Sonntag, 8. Januar 2023 | 09:33 Uhr

Neubauer verstärkt Klimaaktivisten in Lützerath

Wenige Tage vor einer möglichen Räumung des Dorfes Lützerath zur Kohlegewinnung wollen Klimaaktivisten am Sonntag (10.00 Uhr) über ihre geplanten Protestaktionen informieren. Vorstellen will sich das Bündnis „Lützerath unräumbar“, zu dem sich Organisationen und Initiativen wie Ende Gelände, Fridays for Future, Alle Dörfer bleiben und Letzte Generation zusammengeschlossen haben.

Geplant sei auch ein „öffentliches Aktionstraining für die geplanten Aktionen zivilen Ungehorsams“, hieß es. Danach soll es einen sogenannten Dorfspaziergang geben. Die Kölner Band AnnenMayKantereit will ein Konzert (14.30 Uhr) in dem besetzten Ort spielen. „Lützerath muss bleiben. Deswegen machen wir dort am Sonntag Musik“ schrieb Sänger Henning May bei Instagram.

Zu dem „Dorfspaziergang“ - Lützerath besteht aus nur noch wenigen ehemaligen Gehöften und Häusern - wird auch die Klimaaktivistin Luisa Neubauer erwartet. Sie rief Unterstützer dazu auf, ebenfalls zu kommen. „In Lützerath ist die Grenze des Weiter-so erreicht“, sagte Neubauer der Deutschen Presse-Agentur. „Die Politik traut sich noch nicht, das anzuerkennen, aber die Zivilgesellschaft schon.“ Die Kohle müsse im Boden bleiben. „Seit Jahren erleben wir die Klimafolgen, im Sommer 2022 wüteten in ganz Europa die gravierendsten Waldbrände, die Zerstörung muss aufhören, die bisher durch die deutsche Politik und Wirtschaft befeuert wird.“

Am Samstag waren erneut zahlreiche Aktivisten nach Lützerath angereist. Shuttlebusse brachten sie von nahegelegenen Bahnhöfen in das unwegsame Gelände. In einem Camp auf einem Feld im benachbarten Stadtteil

Keyenberg wurden mehrere neue Zelte aufgebaut.

In den sozialen Netzwerken riefen Initiativen unter anderem mit dem Hashtag #LuetzerathUnraeumbar dazu auf, sich am Widerstand gegen die Räumung zu beteiligen. Auf den Straßen von Lützerath wurden weitere Barrikaden errichtet, unter anderem betonierten Aktivisten Gasflaschen in die Fahrbahnen ein, um diese unpassierbar zu machen.

Sonntag, 8. Januar 2023 | 12:20 Uhr

Unterspülung in Lützerath - Konzert von AnnenMayKantereit wird verlegt

Am Rande von Lützerath ist es am Sonntag zu einer Unterspülung der Tagebaukante mit Wasser gekommen. Dadurch bestehe in dem darüber liegenden Areal akute Lebensgefahr, warnte die Polizei. Ein für den Nachmittag geplantes Konzert der Kölner Band AnnenMayKantereit sei deshalb in Absprache mit dem Veranstalter in einen anderen Bereich verlegt worden, sagte eine Polizeisprecherin. Ausgelöst worden sei die Unterflutung durch einen Wasseraustritt aus einem Rohr. Wie es dazu gekommen sei, werde derzeit geprüft. Die für den Mittag geplante Pressekonferenz der Klimaaktivisten in Lützerath müsse nicht verlegt werden, sagte die Sprecherin.

Der Energiekonzern RWE will das rheinische Lützerath abreißen, um die darunterliegende Kohle abzubauen. Dies sei nötig, um die Energieversorgung sicherzustellen, betont der Konzern. Der Tagebau ist bereits nah an die verbliebenen Gebäude herangerückt. Aktivisten, die in dem verlassenem Weiler leben, haben Widerstand angekündigt, doch die schwarz-grüne NRW-Landesregierung will das Dorf von der Polizei räumen lassen - möglicherweise schon in wenigen Tagen. Die Landesregierung verweist darauf, dass im Gegenzug der Kohleausstieg um acht Jahre auf 2030 vorgezogen worden sei.

Sonntag, 8. Januar 2023 | 14:09 Uhr

Aktivisten wollen Ort am Tagebau wochenlang halten

Die Aktivisten in Lützerath am Braunkohletagebau Garzweiler wollen die geplante Räumung wochenlang verzögern. „Wir hoffen, dass wir Lützerath sechs Wochen lang halten können“, sagte Dina Hamid, Sprecherin der Initiative Lützerath, am Sonntag. Derzeit befänden sich 700 Menschen in dem in dem Erkelenzer Ortsteil. Geplant seien unter anderem Sitzblockaden

sowie die Besetzung von Baumhäusern und Hütten. Die aus wenigen Häusern bestehende Ortschaft liegt unmittelbar an der Abbruchkante des Tagebaus. Die Räumung wird in naher Zukunft erwartet.

Am Sonntag bekräftigten Vertreter eines aus mehreren Gruppen bestehenden Aktionsbündnisses „Lützerath unräumbar“ ihre Entschlossenheit, der Räumung entgegenzutreten. In dem Bündnis haben sich unter anderem Organisationen und Initiativen wie Ende Gelände, Fridays for Future, Alle Dörfer bleiben und Letzte Generation zusammengeschlossen.

Sonntag, 8. Januar 2023 | 15:31 Uhr

Aktivistin Neubauer: Politik hat Kraft von Lützerath unterschätzt

Die Politik hat nach Meinung von Klimaaktivistin Luisa Neubauer nicht mit soviel Widerstand gegen den Abriss des Dorfes Lützerath am Rande des rheinischen Braunkohletagebaus gerechnet. „Man merkt, dass anscheinend unterschätzt wurde, welche Kraft in diesem Ort steckt“, sagte Neubauer am Sonntag der Deutschen Presse-Agentur in Lützerath. „Hier zeigt eine Gesellschaft, dass sie versteht: Es geht um alles. Das Dorf hier ist überlaufen von Menschen, die aus der ganzen Republik angereist sind. Und das ist keine ganz unkomplizierte Anreise. Da gibt es viele gesperrte Straßen und Polizeibarrikaden. Aber das nehmen die Menschen auf sich.“

Der Energiekonzern RWE will das zu Erkelenz gehörende Dorf Lützerath abreißen, um die darunter liegende Kohle abzubaggern. Klimaaktivisten haben die verlassene Siedlung jedoch besetzt und wollen sich der angekündigten Räumung widersetzen. Am Sonntag fand auf dem Gelände unter anderem ein Konzert statt. Man sei entschlossen, den Widerstand gegen die Räumung lange durchzuhalten, sagte Neubauer. „Wir geben jetzt alles. Das hier ist erst der Anfang.“

Die große Demo ist am nächsten Samstag. Was ich so eindrücklich finde, ist: Hier vor Ort sind Menschen aus den unterschiedlichsten Generationen und Milieus: kleine Kinder in Regenhosen, aber auch ihre Großeltern. Hier sind die Aktivisten, die seit Monaten die Infrastruktur aufgebaut haben, aber eben auch Menschen, die einem ganz normalen Alltag nachgehen und verstehen: „Hey, jetzt kommt's auf uns an.“

Die Polizei habe damit geworben, dass die Räumung von Lützerath transparent und friedlich ablaufen solle. „Davon ist praktisch nichts übriggeblieben“, kritisierte Neubauer. So seien die Taschen von anreisenden

Unterstützern aus Hamburg stundenlang kontrolliert worden. „Das riesige Polizeiaufgebot, das hier zusammengezogen wird, ist erschreckend und wirft sehr viele Fragen auf. Hier sind Menschen, die verstehen, was das Pariser Klimaabkommen bedeutet und dass wir in Deutschland mit der Kohle Schluss machen müssen. Dass gegen diese Menschen jetzt ein solches Aufgebot mobilisiert wird, ist schon absurd.“

Die rechtliche Grundlage, auf der der Widerstand stattfindet, sei ein demokratisch zustande gekommener, internationaler Vertrag, nämlich das Pariser Klimaabkommen, hinter dem auch der Bundestag stehe. „Wenn unsere Regierung diesen Vertrag unterläuft, kann sie nicht erwarten, dass wir die Hände in den Schoß legen“, so Neubauer.

Sonntag, 8. Januar 2023 | 21:58 Uhr

Angriff auf Polizei nach Konzert in Lützerath

Im Anschluss an eine Versammlung und ein Konzert im Braunkohleort Lützerath (NRW) am Tagebau Garzweiler am Sonntag ist es zu Übergriffen gekommen. Die Veranstaltungsfläche sei von Aktivisten gestürmt worden, teilte die Polizei in Aachen auf Twitter mit. Sicherheitskräfte und Polizeibeamte seien mit Steinen beworfen worden. Auch habe es Sachbeschädigungen und Eigentumsdelikte gegeben. Eine Person sei in Gewahrsam genommen worden.

Nordrhein-Westfalens Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur erklärte gegenüber der Deutschen Presse-Agentur, Gewalt als Mittel der Wahl, eigene Ziele durchzusetzen, könne sie überhaupt nicht akzeptieren.

„Wer Einsatzkräfte bedroht oder gar verletzt, überschreitet eine Linie“, sagte die Grünen-Politikerin. Gewalt sei immer die schlechteste aller Lösungen. „Deshalb bitte ich alle Beteiligten in und um Lützerath, sich friedlich zu verhalten und nicht an der Eskalationsschraube zu drehen“, teilte Neubaur mit.

Die Polizei kommentierte, eine friedliche Veranstaltung sei ohne nachvollziehbaren Grund in Gewalttätigkeit umgeschlagen. Die Polizei hatte sich den Tag über im Hintergrund gehalten. Nach ihrer Einschätzung hatten etwa 2000 Teilnehmer in Lützerath an einem Sonntagsspaziergang in dem Ort am Tagebau teilgenommen. Die Veranstalter hatten eine höhere Zahl angegeben.

Montag, 9. Januar 2023 | 07:58 Uhr

Reul vor möglicher Lützerath-Räumung: „Es bleibt uns keine Wahl“

Kurz vor einer möglichen Räumung des besetzten Dorfes Lützerath schaut NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) bereits auf die eventuell folgende Diskussion über den entsprechenden Polizeieinsatz. Er hoffe, dass „das Ganze“ nachher nicht „wie immer“ in eine Debatte ausarte, ob die Polizei das habe tun müssen, sagte Reul am Montag im ZDF-Morgenmagazin.

„Es bleibt uns keine Wahl. Wenn wir Zustände wie in anderen Staaten nicht haben wollen - dass Menschen wild auf die Straße gehen, dass Unruhen entstehen - dann müssen Regeln auch eingehalten werden“, sagte er.

Der Energiekonzern RWE will das rheinische Lützerath im Westen von Nordrhein-Westfalen abreißen, um die darunter gelegene Kohle abzubauen. Boden und Häuser des von Ackerbau geprägten Ortes gehören längst RWE. In den verbliebenen Räumlichkeiten, deren einstige Bewohner weggezogen sind, wohnen nun allerdings Aktivisten, die Widerstand angekündigt haben. Daher steht wahrscheinlich bald ein großer Räumungseinsatz der Polizei bevor.

Montag, 9. Januar 2023 | 09:26 Uhr

Mögliche Räumung: Polizei blickt „sorgenvoll“ auf die Tage

Die Aachener Polizei schaut „sorgenvoll“ auf die kommenden Tage und Wochen, in denen die Räumung des von Klimaaktivisten besetzten Dorfes Lützerath beginnen könnte. „Das wird ein herausfordernder Einsatz mit vielen Risiken“, sagte Polizeipräsident Dirk Weinspach am Montagmorgen im WDR. In der vergangenen Woche sei es bei den Lützerath-Protesten überwiegend friedlich geblieben - am Sonntag aber sei es „das erste Mal wieder eskaliert“. Unter anderem seien Steine geflogen. „Das ist erstmal kein gutes Zeichen“, sagte Weinspach. „Ich hoffe, dass das sich nicht wiederholen wird in der nächsten Woche.“

Der Energiekonzern RWE will das rheinische Lützerath im Westen von Nordrhein-Westfalen abreißen, um die darunter gelegene Kohle abzubauen. Boden und Häuser des von Ackerbau geprägten Ortes gehören mittlerweile RWE. In den verbliebenen Räumlichkeiten, deren einstige Bewohner weggezogen sind, wohnen nun allerdings Aktivisten, die Widerstand angekündigt haben. Daher steht wahrscheinlich schon bald ein großer Einsatz der Polizei zur Räumung von Lützerath bevor.

Es handle sich bei den Aktivisten in Lützerath um eine „gemischte Szene“, sagte Weinspach im WDR. Überwiegend sei sie „bürgerlich und friedlich orientiert“. Ein kleiner Teil sei zu Gewaltstraftaten bereit. „So war es zumindest in der Vergangenheit“, sagte Weinspach.

Montag, 9. Januar 2023 | 12:42 Uhr

Polizei kündigt Räumung von Lützerath frühestens ab Mittwoch an

Die Räumung des von Klimaaktivisten besetzten Dorfs Lützerath im rheinischen Braunkohlerevier soll nach Polizeiangaben frühestens ab Mittwoch erfolgen. Das sagte der Aachener Polizeipräsident Dirk Weinspach am Montag vor Journalisten. Rechtlich sei eine Räumung ab Dienstag möglich, es werde aber eine für denselben Tag angesetzte Informationsveranstaltung für Anwohner abgewartet. Es sei dann „ab übermorgen oder an den darauffolgenden Tagen“ mit dem Beginn der Räumung zu rechnen. Die Polizei stehe vor einem schwierigen, herausfordernden Einsatz mit erheblichen Risiken, sagte Weinspach bei einer Pressekonferenz der Polizei zu der bevorstehenden Räumung weiter.

Hintergrund ist, dass der Kreis Heinsberg eine Allgemeinverfügung zur Räumung des Dorfes erlassen hat. Die Allgemeinverfügung untersage Personen den Aufenthalt vom 23. Dezember 2022 bis zum 13. Februar 2023. Werde diesem Platzverweis keine Folge geleistet, so biete die Verfügung die Grundlage „zur Ergreifung von Räumungsmaßnahmen ab dem 10. Januar“, hieß es - also theoretisch auch schon ab Dienstag. Damit ist nun nach Aussage des Polizeipräsidenten aber noch nicht zu rechnen, sondern erst später.

Montag, 9. Januar 2023 | 13:11 Uhr

Aachens Polizeipräsident spricht von „schwierigem und herausforderndem Einsatz mit erheblichen Risiken“

Vor dem Großeinsatz zur Räumung von Lützerath im rheinischen Braunkohlerevier hat Aachens Polizeipräsident Dirk Weinspach von einem „schwierigen und herausfordernden Einsatz mit erheblichen Risiken“ gesprochen, mit dem ab Mittwoch zu rechnen sei. Der Einsatz wird mit Kräften aus dem gesamten Bundesgebiet zunächst für vier Wochen geplant.

Nachdem die Proteste in der vergangenen Woche friedlich abgelaufen seien, sei es am Sonntag nach dem Ende der Versammlung zu Steinwürfen

auf Polizeibeamte gekommen, die aus der Region stammen und sich um die Kommunikation mit den Besetzern bemühen. „Es war für mich erschreckend anzusehen, dass Kolleginnen und Kollegen angegriffen werden, die persönlich bekannt sind. Es wurden Fahrzeuge beschädigt und Menschen mit Farbe beschmiert“, sagte Weinspach am Montag in Aachen.



Nach Beendigung des Dorfspaziergangs und des Konzertes wurde die Veranstaltungsfläche von Aktivisten gestürmt. Es kam zu Steinwürfen gegen Sicherheitskräfte und Polizeibeamte, Sachbeschädigungen und Eigentumsdelikten. (1/3)

Nach Angaben des Einsatzleiters Wilhelm Sauer halten sich in Lützerath derzeit rund 300 Personen auf. Weitere 250 Menschen haben sich auf dem Sportplatz des Nachbardorfes Keyenberg in einem Protestcamp versammelt.

Die Polizei müsse mit „Störfällen im gesamten Einsatzraum rechnen“, sagte Sauer. In Lützerath wisse man nicht, „was uns konkret erwartet. Sperren und Barrikaden werden noch weiter ausgebaut. Wir haben Gräben und Löcher festgestellt.“ Man habe auch ein Steinkatapult ausgemacht. Das überschreite „die Grenze jedes Hinnehmbaren“.

Außerhalb der Ortschaft könne es zu Besetzungen von Kohlekraftwerken und Kohlebunkern kommen. Es habe auch bereits Einschüchterungsversuche auf Zulieferer und Logistikfirmen gegeben. Besonders gefährlich sei der Bereich der Tagebaukante. „Die Kante ist nicht befestigt. Die Absturzhöhe liegt zwischen 30 und 40 Meter“, so der Einsatzleiter. Sorge bereite die Ansage der Szene, dass eine mögliche Umfriedung von Lützerath angegriffen werden soll. Auch darauf müsse man sich vorbereiten.

Manch einer nennt uns einen Büttel von RWE“, sagte Einsatzleiter Sauer. „Der einzige Maßstab unseres Handelns ist unser gesetzlicher Auftrag.“ Dieser ergebe sich aus dem Vollzugshilfeersuchen des Kreises Heinsberg und des Bergamts der Bezirksregierung Arnsberg.

Aachens Polizeipräsident betonte, dass friedliche Proteste in den kommenden Wochen ausdrücklich gewünscht seien und auch gefördert würden. Es bezeichnete es als wünschenswert, wenn sich die überwiegende Mehrheit

der friedlichen Protestierer von potenziellen Gewalttätern deutlich distanzieren.

Der Einsatz wird erst beginnen, wenn die Logistikstrukturen für die Hundertschaften der Polizei aufgebaut sind, so Einsatzleiter Sauer. (Peter Berger)

Montag, 9. Januar 2023 | 14:24 Uhr

NRW-Innenminister fordert Distanz von Gewalttätern

Nach mehreren Angriffen auf Polizisten im Kohletagebau bei Lützerath hat NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) die friedlichen Klimaaktivisten aufgefordert, sich von den Gewalttätern zu distanzieren und abzusetzen.

Bereits jetzt, noch vor der Räumung des Gebiets, seien Polizisten mehrfach mit Steinen beworfen worden, sagte Reul am Montag. Der Minister schloss nicht aus, dass die Unterspülung der Tagebaukante mit Wasser mutwillig verursacht worden sein könnte. „Da hat irgendjemand eingegriffen und die Wasserleitungen verändert“, sagte Reul am Montag.

Montag, 9. Januar 2023 | 14:25 Uhr

Linken-Chefin will sich an Protestaktionen in Lützerath beteiligen

Linken-Chefin Janine Wissler hat aktiven Protest gegen die Räumung des Dorfes Lützerath im Rheinland angekündigt. Sie werde selbst dorthin fahren „und die Proteste besuchen, ich werde mich dort an Aktionen beteiligen“, sagte Wissler am Montag in Berlin.

Sie bezeichnete das Abbaggern des Ortes zur Gewinnung von Braunkohle als „Frontalangriff auf den Klimaschutz“ und als „Wahnsinn“. Zugleich appellierte sie an den nordrhein-westfälischen Innenminister Herbert Reul (CDU), beim anstehenden Polizeieinsatz Augenmaß zu wahren.

Die Polizei hatte zuvor angekündigt, dass ab Mittwoch mit einer Räumung des von Klimaaktivisten besetzten Dorfes zu rechnen sei. Der Energiekonzern RWE will Lützerath im Westen von Nordrhein-Westfalen abreißen, um die darunter gelegene Kohle abzubauen. Boden und Häuser im Ort gehören mittlerweile RWE. Die im Ort verbliebenen Aktivisten haben Widerstand angekündigt.

Montag, 9. Januar 2023 | 16:25 Uhr

Grüne plädieren für Deeskalation in Lützerath

Die Grünen haben vor der geplanten Räumung Lützeraths vor einer harten Konfrontation gewarnt. „Ich finde, Deeskalation aller Beteiligten ist jetzt das Gebot der Stunde“, sagte die Co-Vorsitzende Ricarda Lang am Montag am Rande einer Klausur des Bundesvorstandes der Partei in Berlin.

Obwohl der Energiekonzern RWE hier einen Rechtsanspruch habe, sei es in Verhandlungen gelungen, dafür zu sorgen, dass im rheinischen Revier 2030 Schluss sei mit der Kohle und dass mehrere Dörfer, in denen noch Menschen leben, nicht abgebaggert würden, sagte Lang. „Trotzdem habe ich Verständnis für Menschen, die jetzt dort demonstrieren, für Frust und vor allem auch für Druck für mehr Klimaschutz“, fügte sie hinzu.

Im Fokus müssten nun die Anstrengungen für einen bundesweiten Ausstieg Deutschlands aus der Kohle bis 2030 stehen. Sie verwies darauf, dass innerhalb der schwarz-grünen Landesregierung von Nordrhein-Westfalen Innenminister Herbert Reul (CDU) die Verantwortung für den Polizeieinsatz trage.

Montag, 9. Januar 2023 | 16:51 Uhr

Video: Klimaaktivisten werfen Polizei „Eskalation“ vor

Gruppen der Klimaaktivistinnen am Dorf Lützerath werfen der Aachener Polizei „Eskalation“ der Situation vor. Dazu wurde über einen Twitter-Account der Aktivisten ein Videoclip geteilt, das mehrere Polizeibeamte zeigt wie sie eine Menschenkette durchbrechen. Details zu dem konkreten Einsatz sind nicht bekannt.

Laut Schilderung der Aktivisten kam es zu dem Einsatz nach dem Konzert der Kölner Band AnnenMayKantereit, die sich für den Erhalt Lützeraths einsetzte. „Polizei versuchte gestern nach dem Konzert mit Gewalt durch friedliche Menschenkette zu brechen“, fragten die Aktivistinnen und Aktivisten, „so sieht die deeskalierende Strategie aus, Polizei Aachen?“.

Der Videoclip ist eine Momentaufnahme, der Kontext und das Ausmaß des Polizeieinsatzes ist noch unklar.

Montag, 9. Januar 2023 | 17:41 Uhr

NRW-Justizminister Limbach stellt sich gegen gewaltsame Proteste

NRW-Justizminister Benjamin Limbach hat sich zu den Protesten in Lützerath geäußert und gegen Gewalt ausgesprochen: „Friedlicher Protest wird in unserem Rechtsstaat zu Recht durch das Grundgesetz geschützt. Die Legitimität von Protesten endet für mich dort, wo Gewalt gegen Menschen ausgeübt wird. Kein noch so legitimes Ziel rechtfertigt Gewalt gegen Menschen“, so Limbach.

Weiter heißt es in dem Statement: „Jede ungerechtfertigte Gewaltausübung ist strafrechtlich zu verfolgen. Wenn ich höre, dass Steine auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte geworfen werden, macht mich das betroffen. Die Polizei verdient unsere Unterstützung bei ihrer Arbeit; sie verteidigt unseren demokratischen Rechtsstaat. Erst gestern haben Polizistinnen und Polizisten den friedlichen Protest in Lützerath gesichert und dort das Konzert einer Band ermöglicht, das wegen einer Wasserunterspülung an der Tagebauabbruchkante gefährdet war. Wenn diese Schutzmaßnahme der Polizei von einigen wenigen Demonstrantinnen und Demonstranten mit Steinen honoriert wird, ist das verstörend und darf nicht geduldet werden.“

Limbach appellierte, dass jede Aktivistin und jeder Aktivist für sich entscheiden müsse inwieweit sie Gewalt gegen Menschen durch Tätigkeit oder Untätigkeit unterstützen: „Die Polizistinnen und Polizisten sind verpflichtet, die entsprechenden Entscheidungen umzusetzen. Ich fordere daher alle Menschen vor Ort, die von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch machen, auf, Gewalt gegen Mitmenschen zu unterlassen.“ (Oliver Auster)

Montag, 9. Januar 2023 | 17:58 Uhr

Präsident des Verfassungsschutzes warnt vor Gewalt in Lützerath

Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, hat vor Ausschreitungen bei der geplanten Räumung des besetzten Dorfes Lützerath gewarnt. Friedliche Proteste seien in einer Demokratie legitim, sagte Haldenwang der „taz“. „Die Protestbewegung in Lützerath ist allerdings sehr heterogen.“

Relevant werde der Protest für den Verfassungsschutz, wenn Linksextremisten versuchten, friedliche demokratische Proteste zu unterwandern und für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. „Versuche nehmen wir bereits wahr. Wir sehen, dass bundesweit auch gewaltbereite Linksextremisten

gegen die Räumung mobilisieren und sich bereits vor Ort sammeln. Teils wird zu militanten Aktionen aufgerufen“, sagte Haldenwang.

Er verwies auf frühere Proteste im Hambacher und Donnernder Forst, wo es „ein brutales Vorgehen gegen die Räumung“ gegeben habe. „Insofern erwarte ich auch in Lützerath gewalttätige Krawalle.“

Der Energiekonzern RWE will den Weiler Lützerath im Westen von Nordrhein-Westfalen abreißen, um die darunter gelegene Kohle abzubauen. Um dies zu verhindern, halten Klimaaktivisten das ansonsten unbewohnte Dorf besetzt. Die für das direkt am Braunkohletagebau Garzweiler gelegene Lützerath zuständige Polizei Aachen kündigte an, mit der Räumung sei ab Mittwoch zu rechnen.

Montag, 9. Januar 2023 | 19:09 Uhr

Oberverwaltungsgericht weist Eil-Beschwerden zu Lützerath zurück

Im Streit um die Rechtmäßigkeit eines Aufenthaltsverbots in Lützerath hat das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen (OVG) eine Beschwerde von Klimaaktivisten abgewiesen. Die Eilentscheidung des Verwaltungsgerichts Aachen aus der Vorwoche sei nicht zu beanstanden, teilte das OVG am Montag mit. Der Beschluss des OVG ist nicht anfechtbar (Az.: 5 B 14/23).

In der Vorinstanz hatte das Gericht das vom Kreis Heinsberg ausgesprochene Aufenthaltsverbot als „voraussichtlich rechtmäßig“ eingestuft und den Eilantrag der Klimaaktivisten abgelehnt. Das Betreten von Lützerath könne nicht unter Berufung auf zivilen Ungehorsam infolge eines Klimanotstands gerechtfertigt werden. Rechtsgrundlage sei das Polizei- und Ordnungsrecht. Dieser Sicht schloss sich das OVG an. „Das staatliche Gewaltmonopol als Grundpfeiler moderner Staatlichkeit ist einer Relativierung durch jegliche Formen des zivilen Ungehorsams grundsätzlich nicht zugänglich“, entschied das OVG laut Mitteilung.

RWE will das zu Erkelenz gehörenden Lützerath abreißen, um die darunter liegende Kohle abzubauen. Klimaaktivisten, die die wenigen Gebäude besetzt haben, wollen dies verhindern. Der Kreis Heinsberg erließ vor Weihnachten eine Allgemeinverfügung zur Räumung des Dorfes. Die Allgemeinverfügung untersagte Personen den Aufenthalt vom 23. Dezember 2022 bis zum 13. Februar 2023, hieß es. Werde diesem Platzverweis keine Folge geleistet, so biete die Verfügung die Grundlage „zur Ergreifung von Räumungsmaßnahmen ab dem 10. Januar“.

Dienstag, 10. Januar 2023 | 06:31 Uhr

Polizei sucht vor Großeinsatz Gespräch mit Bürgern und Aktivisten

Die Polizei Aachen und der Kreis Heinsberg wollen am Dienstag über die geplante Räumung des Örtchens Lützerath und den Polizeieinsatz am Braunkohletagebau Garzweiler im Westen von Nordrhein-Westfalen informieren. Der inzwischen von Klimaaktivisten besetzte Weiler auf dem Gebiet der Stadt Erkelenz soll abgerissen werden, um die darunter liegende Braunkohle zu gewinnen. Die Aktivisten wollen das verhindern. Die kleine Ortschaft, die direkt an das große, graue Loch grenzt, ist deshalb zu einiger Berühmtheit gekommen.

Die Informationsveranstaltung ist ein Gesprächsangebot an die Bürger der 43 000-Einwohner-Stadt Erkelenz, aber auch an dort agierende Initiativen und Aktivisten. Teilnehmen werden Aachens Polizeipräsident Dirk Weinspach und Landrat Stephan Pusch (CDU). Beide haben zu friedlichen Protesten am Tagebau aufgerufen. Die Aachener Polizei hat die Einsatzleitung für die Räumung.

Der Räumungseinsatz könnte nach Polizeiangaben frühestens am Mittwoch beginnen. Zunächst solle die Informationsveranstaltung für Bürgerinnen und Bürger durchgeführt werden, hatte Aachens Polizeipräsident am Montag gesagt.

Dienstag, 10. Januar 2023 | 09:45 Uhr

Polizei will am Dienstag „Widerstandskonstruktionen“ entfernen lassen

In aufgeheizter Atmosphäre hat die Polizei am Dienstag mit der Entfernung von Barrikaden auf dem Zufahrtsgelände zum von Klimaaktivisten besetzten Dorf Lützerath begonnen. Bei den Maßnahmen handele es sich noch nicht um den Räumungsbeginn, betonte die Polizei.

„Die Polizei fordert Sie noch einmal auf, Ihre Blockaden sofort zu verlassen“, gab die Polizei über Lautsprecher durch. Andernfalls müsse man die Blockaden „mittels Zwangs“ abräumen. In unübersichtlicher Formation hatten mehrere Hundert Aktivisten Menschenketten gebildet und eine Sitzblockade errichtet, bei der sich einige Beteiligte etwa einen halben Meter tief in die Erde eingegraben hatten.

Die Aktivisten riefen unter anderem „Haut ab!“, „Schämt euch!“, „Auf die Barrikaden!“ und „Klimaschützen ist kein Verbrechen!“. Der Ton

gegenüber der Polizei war teils aggressiv. Die meisten Aktivisten waren vermummt.

Der Räumungseinsatz könnte nach Polizeiangaben frühestens am Mittwoch beginnen. Zunächst solle die Informationsveranstaltung für Bürgerinnen und Bürger durchgeführt werden, hatte Aachens Polizeipräsident am Montag gesagt. Für den kommenden Samstag, 14. Januar, ruft das Aktionsbündnis „Lützerath unkündbar“ zu einer Großdemonstration auf, die in den Feldern zwischen Keyenberg und Lützerath stattfinden soll.



Die #Polizei #Aachen entfernt heute Barrikaden und Widerstandskonstruktionen im Bereich #Lützerath. Hinweis: Es handelt sich nicht um den Räumungsbeginn

Dienstag, 10. Januar 2023 | 09:57 Uhr

Neubauer: Polizeistrategie in Lützerath nicht besonders friedlich

Klimaaktivistin Luisa Neubauer hat die Polizeistrategie vor dem Räumungseinsatz in Lützerath als nicht besonders friedlich beschrieben. Von der Politik sei zwar eine friedliche Räumung angekündigt worden, was sich vor Ort abspiele, sei aber „ziemlich genau das Gegenteil davon“, sagte Neubauer am Dienstag im Deutschlandfunk. „Über Nacht sind gerade verschiedene Hundertschaften in das Dorf reingekommen, aus dem ganzen Land werden eben die Einsatzkräfte hin mobilisiert und offensichtlich hat man politisch gar keinen richtigen Plan, als immer mehr Polizeikräfte da hinzuholen.“

Ziel der Aktivisten sei zunächst, die Räumung hinauszuzögern und politisch sehr teuer werden zu lassen. „Das ist auch ganz wichtig, denn mit dieser Entscheidung, dass man Lützerath an RWE gibt, stellt sich die Bundesregierung gegen das Pariser Klimaschutzabkommen.“ Dabei wird die Kohle unter dem Dorf laut Neubauer nicht mehr für die Energieversorgung in Deutschland gebraucht. Sie erwarte daher von der Bundesregierung, „dass sie in diesem Augenblick mal pausieren und checken, auf welcher

Grundlage sie die da diese riesengroßen, weitreichen Entscheidungen fällen.“

Dienstag, 10. Januar 2023 | 10:39 Uhr

Polizei in Lützerath berichtet von Widerstandsdelikten mehrerer Personen

Bei der Entfernung von Barrikaden und Konstruktionen im Umfeld von Lützerath ist es laut der Polizei Aachen zu Widerstandsdelikten gekommen. Demnach hätten „mehrere Personen“ Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte geleistet.

Auf dem Gelände unmittelbar vor dem Weiler kam es bei dem Versuch der Polizei, Blockaden aufzulösen, vereinzelt zu Handgreiflichkeiten. In mehreren Reihen stemmten sich Aktivisten gegen eine Reihe von Einsatzkräften, es wurde geschubst und gebrüllt. Ein Aktivist mit Blut im Gesicht sagte, er sei an der Nase verletzt worden, als er von seiner Sitzblockade weggetragen worden sei.

Die Polizei appellierte am Dienstagvormittag über Twitter an die Protestierenden, sich friedlich zu verhalten: „Verhalten Sie sich friedlich & befolgen Sie die Anweisungen der Einsatzkräfte.“



Aktuell werden Barrikaden & Konstruktionen im Umfeld von #Lützerath durch die #Polizei #Aachen entfernt. Dabei kam es zu Widerstandsdelikten von mehreren Personen.

Unser Appell: Verhalten Sie sich friedlich & befolgen Sie die Anweisungen der Einsatzkräfte.

Dienstag, 10. Januar 2023 | 11:11 Uhr

Linken-Chefin Wissler besucht Lützerath und solidarisiert sich mit Protesten

Linken-Chefin Janine Wissler hat im rheinischen Protestdorf Lützerath Unterstützung für die Klimaaktivisten bekundet. „Es ist so absurd, was hier

passiert. Was für ein Geld, was für ein Aufwand, um noch 2023 Kohle auszubaggern, die man Studien zufolge gar nicht mehr braucht“, sagte Wissler am Dienstag der Deutschen Presse-Agentur. Sie sei als parlamentarische Beobachterin vor Ort, um Solidarität mit den Aktivisten zu zeigen.

Es lohne sich zu protestieren und „für einen lebenswerten Planeten auch für die nächsten Generationen zu kämpfen“, sagte Wissler. Man laufe den Klimaschutzzielen hinterher, letztlich gehe es in Lützerath nur um die „Profitinteressen eines Kohlekonzerns“.

Dienstag, 10. Januar 2023 | 13:26 Uhr

Stimmung vor der Räumung angespannt – Aktivisten graben sich in Erde ein

Bei dem Versuch der Polizei, Blockaden aufzulösen, haben sich Aktivisten in Lützerath in mehreren Reihen gegen die Einsatzkräfte gestemmt. Mit einer Hebebühne holte die Polizei zwei Aktivisten von einem sogenannten Monopod, einer Art Hochsitz, herunter.

„Die Polizei ist jetzt massiv vorgerückt und hat massiv gedrückt“, sagte Johanna Inkermann von der Initiative „Lützerath lebt“. „Wir lassen uns aber nicht wegdrängen. Es ist eine extrem dynamische Situation.“

In unübersichtlicher Formation hatten etwa 300 Aktivisten am Vormittag Menschenketten gebildet und eine Sitzblockade errichtet, bei der sich einige Beteiligte etwa einen halben Meter tief in die Erde eingegraben hatten. „Es geht darum, dass wir die Zufahrt zu Lützi versperren“, sagte eine Aktivistin.

Die Aktivisten riefen unter anderem „Haut ab!“, „Schämt euch!“, „Auf die Barrikaden!“ und „Klima schützen ist kein Verbrechen!“. Der Ton gegenüber der Polizei war teils aggressiv, die Atmosphäre aufgeheizt. Die meisten Aktivisten waren verummmt. Manche sprachen Englisch, andere Französisch, Italienisch oder Niederländisch.

Dienstag, 10. Januar 2023 | 14:49 Uhr

Klimaschützer kippen Braunkohle vor NRW-Parteizentrale der Grünen

Aus Protest gegen die Haltung der Grünen zur Räumung des Dorfes Lützerath hat ein Düsseldorfer Bündnis 250 Kilo Braunkohle-Briketts vor der nordrhein-westfälischen Parteizentrale abgeladen. „Wir wollten den Grünen den Spiegel vorhalten, dass sie nicht mehr die Partei der Klimaschützer sind, sondern die Kohle-Partei“, sagte ein Sprecher des Bündnisses am Dienstag. Es setzt sich zusammen aus diversen Düsseldorfer Organisationen, neben Klimaschützern auch soziale Initiativen.

Der Protest sei friedlich verlaufen, berichteten beide Seiten auf Anfrage. Der Zugang zur Parteizentrale sei ebenso wie Fußgängerweg und Straße passierbar geblieben. Die Grünen sprachen von 60 Demonstrierenden, die Initiatoren von bis zu 100. Ein Gesprächsangebot des Landesparteivorsitzenden Tim Achtermeyer sei nicht angenommen worden, die Grünen seien aber weiter dazu bereit, sagte ein Sprecher.

Auf den Protest-Plakaten stand unter anderem: „Im Wahlkampf den Klimaschutz plakatieren. Nach der Wahl mit RWE paktieren!“, „Geht's noch, Grüne?“ oder auch „Das ist keine Anpassung an neue Gegebenheiten. Das ist Wahlbetrug“. Mit einem Holzkreuz wurden symbolisch „Grüne Ideale“ zu Grabe getragen.



Klimaschützer haben aus Protest Braunkohle vor die NRW-Parteizentrale der Grünen gekippt **Bild:** dpa

Der Energiekonzern RWE will Lützerath abreißen, um Kohle abzubaggern. Das ist vor allem für die in Bund und Land mitregierenden Grünen ein politischer Balance-Akt. Die besonders von den Klimaschützern in die Zange genommene NRW-Energieministerin Mona Neubaur (Grüne) hat mehrfach

erklärt: „Die Ortslage Lützerath befindet sich im Eigentum RWEs, das haben Gerichte letztinstanzlich entschieden und muss in einem Rechtsstaat akzeptiert werden.“

Dienstag, 10. Januar 2023 | 16:12 Uhr

Polizei holt Aktivisten von Monopod

Kurz vor der ab Mittwoch erwarteten Räumung des Dorfes Lützerath im rheinischen Braunkohlerevier hat sich die Stimmung spürbar aufgeheizt. Die Polizei räumte am Dienstag auf dem Zufahrtsgelände Barrikaden weg, was die Klimaaktivisten empörte. Über Lautsprecher appellierte die Polizei: „Greifen Sie die Polizei-Einsatzkräfte nicht an! Wenn Sie die Polizei angreifen, können Sie sich strafbar machen!“



Ein Aktivist sitzt auf einem sogenannten Monopod. Bild: dpa

Vereinzelt kam es zu Handgreiflichkeiten. In mehreren Reihen stemmten sich Aktivisten gegen die Einsatzkräfte, es wurde geschubst und gebrüllt. Ein Aktivist mit Blut im Gesicht sagte, er sei an der Nase verletzt worden, als er von seiner Sitzblockade weggetragen worden sei.

Mit einer Hebebühne holte die Polizei zwei Aktivisten von einem sogenannten Monopod, einer Art Hochsitz, herunter.

„Die Polizei ist jetzt massiv vorgerückt und hat massiv gedrückt“, sagte Johanna Inkermann von der Initiative „Lützerath lebt“. „Wir lassen uns aber nicht wegdrängen. Es ist eine extrem dynamische Situation.“

In unübersichtlicher Formation hatten etwa 300 Aktivisten am Vormittag Menschenketten gebildet und eine Sitzblockade errichtet, bei der sich einige Beteiligte etwa einen halben Meter tief in die Erde eingegraben hatten. „Es geht darum, dass wir die Zufahrt zu Lützi versperren“, sagte eine Aktivistin.

Die Aktivisten riefen unter anderem „Haut ab!“, „Schämt euch!“, „Auf die Barrikaden!“ und „Klima schützen ist kein Verbrechen!“. Der Ton gegenüber der Polizei war teils aggressiv, die Atmosphäre aufgeheizt. Die meisten Aktivisten waren verummmt. Manche sprachen Englisch, andere Französisch, Italienisch oder Niederländisch.

In unübersichtlicher Formation hatten etwa 300 Aktivisten am Vormittag Menschenketten gebildet und eine Sitzblockade errichtet, bei der sich einige Beteiligte etwa einen halben Meter tief in die Erde eingegraben hatten. „Es geht darum, dass wir die Zufahrt zu Lützi versperren“, sagte eine Aktivistin.

Die Aktivisten riefen unter anderem „Haut ab!“, „Schämt euch!“, „Auf die Barrikaden!“ und „Klima schützen ist kein Verbrechen!“. Der Ton gegenüber der Polizei war teils aggressiv, die Atmosphäre aufgeheizt. Die meisten Aktivisten waren verummmt. Manche sprachen Englisch, andere Französisch, Italienisch oder Niederländisch.

Dienstag, 10. Januar 2023 | 17:08 Uhr

Kirchenvertreter gegen Räumung von Lützerath

Vertreter von katholischer und evangelischer Kirche wenden sich gegen die bevorstehende Räumung des vom Kohleabbau bedrohten Dorfs Lützerath. „Eine Räumung birgt Gefahren für Leib und Leben der Polizist*innen, die als Einsatzkräfte die Maßnahmen durchsetzen müssen, wie für die jungen Menschen, die verzweifelt Widerstand leisten, um unsere Zukunft hier und weltweit zu sichern“, heißt es in einer am Dienstag in Aachen veröffentlichten gemeinsamen Erklärung des Diözesanrats der Katholik*innen im Bistum Aachen und der Superintendenten der Evangelischen Kirchenkreise Gladbach-Neuss und Jülich.

Die katholischen Laien und die evangelischen leitenden Geistlichen fordern von der nordrhein-westfälischen Landesregierung ein sofortiges Moratorium für die Räumung des Geländes. Stattdessen sollten sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen, um gemeinsam nach Wegen zu suchen, die zur Stromerzeugung noch notwendigen Kohlemengen zu sichern und dann schnellstens die Braunkohlenutzung zu beenden. „Ein Abbaggern Lützeraths in diesem Winter ist dafür keinesfalls nötig, da ausreichend Kohle für die Kraftwerke an anderen Stellen zur Verfügung steht.“

Die Kirchenvertreter sprechen sich gegen jede Form der Gewalt in der Auseinandersetzung um die Räumungen in Lützerath aus. „Wir teilen nicht alle Aktionsformen des Widerstandes und wir lehnen jede Form von Gewalt gegen Menschen und Sachen ab. Sie sind kontraproduktiv und entsprechen nicht unserem Friedensverständnis.“ Jetzt seien Gespräche mit allen Beteiligten dringend gefordert. Dabei komme es auf den sozialen Frieden in der Region an. „Eine Atempause dient der Deeskalation und schafft Zeit für klimapolitisch verantwortbare Entscheidungen.“

Dienstag, 10. Januar 2023 | 19:33 Uhr

Klimaschützer werfen Polizei Eskalation und „wahllose“ Gewalt vor
Aktivistinnen und Klimaschützer teilen über soziale Netzwerke viele Videoclips rund um die Räumung Lützeraths. Immer wieder dabei im Fokus steht auch das Vorgehen der Polizei, federführend für den Einsatz ist die Polizei Aachen.

Die Videos zeigen Rangeleien und Zusammenstöße von Aktivistinnen und Aktivisten sowie Polizeibeamten. Fakt ist, dass die Szenen Ausschnitte sind und das Geschehen nicht vollständig abbilden können. Nach Schilderungen der Aktivistinnen und Aktivisten würde die Polizei hart gegen den Klimaprotest vorgehen. Eine Bewertung der Lage ist äußerst schwierig.

Raphael Thelen, früherer Spiegel-Journalist und nun Aktivist der Bewegung „Letzte Generation“, teilte ein Video, das ihn fassungslos mache. Er wirft der Polizei vor, sie würde „wahllos“ zuschlagen.

Dienstag, 10. Januar 2023 | 20:47 Uhr

NRW-Innenminister sorgt sich vor Lützerath-Räumung um Polizisten

Vor der Räumung des von Klimaaktivisten besetzten Dorfes Lützerath sorgt sich Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) um die Sicherheit der Einsatzkräfte. „Wir haben in Lützerath einen gewissen Anteil an gewaltbereiten Aktivisten.

Ihre Anzahl schwankt aktuell täglich“, sagte Reul der „Rheinischen Post“ (Mittwoch). „Daher ist ein solcher Einsatz für die Polizei immer gefährlich, und ich mache mir auch ständig Gedanken um die Sicherheit unserer Beamten.“ Die Einsatzkräfte seien aber gut geschult und ausgebildet, logistisch und personell sei die Polizei gut vorbereitet.

Er führte aus: „Wir wissen nicht, was die Polizistinnen und Polizisten in den Häusern in Lützerath erwartet. Gibt es Fallen oder andere Barrikaden, die wir von außen nicht sehen? Wir wissen auch nicht, wie viele Menschen sich den Einsatzkräften in den Weg stellen werden.“ Reul fügte hinzu: „Vorsicht ist das Gebot dieser Tage.“

Die erwartete Räumung des Dorfes im rheinischen Braunkohlerevier könnte an diesem Mittwoch beginnen.

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 06:23 Uhr

Polizei verstärkt Präsenz rund um Lützerath

Vor der ab diesem Mittwoch erwarteten Räumung im rheinischen Braunkohleort Lützerath zieht die Polizei starke Kräfte zusammen. Rund um den von Klimaaktivisten besetzten Ort waren am frühen Mittwochmorgen Dutzende Einsatzfahrzeuge der Polizei unterwegs, wie dpa-Reporter berichteten. Es regnete stark und anhaltend, die Böden waren aufgeweicht.

Nach Angaben der Aachener Polizei soll der Einsatz zur Räumung des Ortes frühestens an diesem Mittwoch beginnen. Die bevorstehende Räumung des Protestdorfs ist nach Einschätzung des Aachener Polizeipräsidenten Dirk Weinspach einer der herausforderndsten Einsätze der letzten Jahre. Die Polizei erhält dafür Unterstützung aus dem ganzen Bundesgebiet. Aktivisten haben etwa 25 Baumhäuser errichtet, einige davon in großer Höhe.

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 07:45 Uhr

Warten auf Räumungsbeginn – Wasserwerfer und gepanzerte Fahrzeuge rücken an



Aktivisten am frühen Mittwochmorgen in Lützerath. Heute könnte die Räumung dort beginnen Bild: Annika Müller
Flutlicht erleuchtet den Sammelplatz der Polizei vor Lützerath. Eine Gruppe von Aktivisten hockt hinter einer kleinen Sperre vor einem Feuer. „Wir gehen davon aus, dass die Polizei einen Zaun um Lützerath ziehen werden“, sagt einer. Ein anderer sucht das Gespräch mit den Beamten. „Ich wäre verdammt sauer auf die, die euch in diesen Einsatz geschickt haben“, sagt er. Hunderte Polizeiwagen sind noch auf dem Weg. Alle warten darauf, dass die Räumung beginnt. Auf den Zufahrtstraßen sieht man Wasserwerfer und gepanzerte Fahrzeuge. (Peter Berger)

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 08:09 Uhr

Aktivisten bereiten sich auf Räumung vor

Im besetzten Braunkohleort Lützerath bereiten sich die Aktivisten auf eine unmittelbar bevorstehende Räumung durch die Polizei vor. Am Mittwochmorgen schallten Sirenen und Alarmglocken durch den besetzten Ort. „Wir glauben, dass es gleich losgeht, weil hier viele Polizeiwagen langgefahren sind“, sagte eine Sprecherin der Aktivisten. „Durch den Tagebau fährt eine nicht endende Kette von Polizeiwagen“, hieß es im Telegram-Kanal „Lützerath Lebt! Infokanal“.

Einige Aktivisten kletterten auf hohe Monopods und Tripods - das sind zusammengebundene Stämme mit Plattformen. Sie wurden in den vergangenen Tagen errichtet, um es der Polizei möglichst schwer zu machen, an die Aktivisten heranzukommen. (Peter Berger)

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 08:22 Uhr

Polizei umstellt Dorf Lützerath für Beginn von Räumung

Die Polizei hat damit begonnen, das von Klimaaktivisten besetzte Dorf Lützerath für die geplante Räumung zu umstellen. Wie das zuständige Polizeipräsidium Aachen bei Twitter schrieb, ist mit dem Umstellen der Ortslage Lützerath am Mittwochvormittag begonnen worden. Der Aachener Polizeipräsident hatte zuvor dem Sender radioeins des Rundfunks Berlin-Brandenburg gesagt, der Räumungseinsatz stehe unmittelbar bevor.

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 08:43 Uhr

„Die Polizei wird in vier Minuten durchbrechen“



Cornelia Senne von „Kirche im Dorf lassen“ **Bild:** Annika Müller

Langsam wird es hell. An der Mahnwache der Eibenkapelle singen die Mitglieder der Initiative „Die Kirchen im Dorf lassen“ das Kirchenlied „Von guten Mächten wunderbar geborgen“.

Hundert Meter weiter fahren schwere Gerätschaften geleitet von Polizeiwagen vorbei. Es herrscht gespannte Stille, die Szenerie wirkt friedlich. Plötzlich kommt die Warnung der Aktivisten. „Die Polizei wird in vier Minuten durchbrechen.“

Cornelia Senne von „Kirche im Dorf lassen“ kündigt an, man werde versuchen, die Eibenkapelle als Ort des Kirchenasyls zu verteidigen. „Ich weiß nicht, ob uns das gelingen wird.“ Wenige Minuten später beginnt der Einsatz. „Wir sind friedlich, was seid ihr“, rufen die Demonstranten. Es kommt zu ersten Handgemengen. (Peter Berger)

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 08:58 Uhr

Polizei fordert Aktivisten dazu auf, die „Ortslage Lützerath“ zu verlassen

Die Polizei fordert per Lautsprecherdurchsage alle Aktivisten dazu auf, die „Ortslage Lützerath“ zu verlassen. In Kürze werde ein Zaun um Lützerath gezogen. Dieser diene nicht dazu Menschen einzusperren, sondern den Ort zu sichern. Die Menschen könnten das Dorf ungehindert verlassen. Die Besetzer, die sich mit sogenannten Lockons in Baumhäusern und auf Tripods angeschlossen hätten, sollten diese lösen. Die Polizei habe nicht genügend Kräfte, um das in einer Gefahrensituation schnell zu bewerkstelligen.

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 09:16 Uhr

Polizei bringt Teile von Baumhaussiedlung unter Kontrolle

Ein Teil der Baumhaussiedlung ist inzwischen auch von der Polizei unter Kontrolle gebracht worden. Bisher läuft der Einsatz ohne große Zwischenfälle ab. Dennoch wird der Einsatz sicher mehrere Tage, wenn nicht sogar Wochen dauern, weil nicht zu erkennen ist, dass die Aktivisten der Aufforderung nach dem Abzug folgen werden. Um 9.15 Uhr scheint das gesamte Gelände von Polizeikräften gesichert. Das gilt auch für die Lagerhallen auf dem ehemaligen Bauernhof von Eckardt Heukamp, der als letzter Bewohner Lützerath im Oktober verlassen hatte. (Peter Berger)

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 09:20 Uhr

Riesiges Polizeiaufgebot

Auch Timon Dzienus, Chef der Grünen Jugend, ist unter den Aktivisten in Lützerath. In einem Video dokumentiert er das riesige Polizeiaufgebot vor Ort.

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 09:38 Uhr

Polizei berichtet von Molotow-Cocktails und Steinwürfen

Laut Polizei werfen Aktivisten in Lützerath mit Steinen, Pyrotechnik und Molotow-Cocktails. Der Appell: „Verhalten Sie sich friedlich und gewaltfrei!“

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 09:40 Uhr

Aktivistin: „Wollen Polizei mit Steinen auf Abstand halten“

Es kommt zu ersten Gesprächen zwischen den Kommunikationsbeamten. „Die Situation ist, dass wir eine Einheit sind mit mehreren Tripods, unter denen einen Rollstuhl steht“, sagt eine Aktivistin. „Wir sind hier, weil wir das Klima schützen wollen. Zu Stein-einsätzen kommt es nur, weil wir die Polizisten auf Abstand halten wollen.“

Kurz zuvor waren Feuerwerkskörper gezündet worden und ein paar Steine geflogen. „Solange es von Ihrer Seite zu keiner Gewalt kommen, keine Steine und Feuerwerkskörper fliegen, werden wir auch nicht einschreiten“, so der Beamte. (Peter Berger)

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 09:50 Uhr

Polizei droht Aktivisten mit „Anwendung unmittelbaren Zwangs“

Die Polizei hat Aktivisten ultimativ aufgefordert, die Besetzung des Braunkohleorts Lützerath aufzugeben. Es gebe nun noch eine letzte Möglichkeit, den Ort freiwillig zu verlassen. Andernfalls „müssen Sie mit der Anwendung unmittelbaren Zwangs rechnen“, hieß es in einer Durchsage der Polizei am Mittwochmorgen. Erste Aktivisten folgten der Aufforderung und gingen freiwillig. Sie wurden von Polizisten vom Gelände eskortiert. Viele wollen aber weiter Widerstand leisten.

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 10:25 Uhr

Letzte Generation blockiert offenbar Straße bei Lützerath

Die Klimaaktivisten der Gruppe „Letzte Generation“ blockieren offenbar derzeit eine Straße, die nach Angaben der Aktivisten „von der Autobahn in der Nähe von Lützerath ins Dorf führt“. So wolle man dabei helfen, „Lützerath unräumbar zu machen“, teilten die Aktivisten auf Twitter mit.



Mittwoch, 11. Januar 2023 | 10:27 Uhr

Auch leise Töne bei Lützerath-Räumung: Einige Aktivisten machen Musik

Der Kontrast könnte größer kaum sein: Als Polizisten mit Schutzschild, Helm und in voller Montur am Mittwoch in den besetzten Braunkohleort Lützerath kamen, waren auch Klavierklänge, Gebete und geistliche Gesänge zu hören. Einige Aktivisten protestierten bewusst mit leisen Tönen gegen den Polizeieinsatz. Ein Aktivist saß mitten im Regen an einem alten Klavier und spielte. Andere hatten sich um ein Kreuz versammelt, beteten und sangen „Von guten Mächten wunderbar geborgen“. Weit oben auf einem Baumhaus saß ein Aktivist und spielte Gitarre.

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 10:27 Uhr

Gericht lehnt weiteren Eilantrag von Aktivisten aus Lützerath ab

Das Verwaltungsgericht Aachen hat am Mittwoch zwei weitere Eilanträge gegen das Aufenthaltsverbot in dem Braunkohleort Lützerath abgelehnt. Das Gericht stufte die entsprechende Allgemeinverfügung des Kreises

Heinsberg wie bereits in der Vorwoche als „voraussichtlich rechtmäßig“ ein, wie das Gericht am Mittwoch mitteilte. Rechtsgrundlage sei das Polizei- und Ordnungsrecht.

Die erste Entscheidung aus Aachen wurde bereits am Montag vom Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen mit Sitz in Münster bestätigt. Das Betreten von Lützerath könne nicht unter Berufung auf zivilen Ungehorsam infolge eines Klimanotstands gerechtfertigt werden. Gegen die aktuellen Beschlüsse ist erneut Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht möglich.

Nach Angaben des Verwaltungsgerichts haben die Klimaaktivisten weitere Eilanträge eingereicht. Hier geht es um Versammlungsrecht und die Durchführung einer Mahnwache.

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 10:29 Uhr

Polizei schweiß Stahlträger los - Hochsitze noch nicht geräumt

Polizeikräfte haben damit begonnen, erste Barrikaden zu beseitigen und in den Boden gerammte Stahlträger los zuschweißen. Aktivisten, die in unmittelbarer Nähe auf den Tripods ausharren, beobachten die Szenerie. Mit der Räumung der Hochsitze ist noch nicht begonnen worden. (Peter Berger)



Klimaaktivisten haben sich auf Tripods positioniert, um die Räumung zu erschweren. **Bild:** Oliver Berg/dpa

Trotz der Aufforderung der Polizei, Lützerath zu verlassen, wollen Aktivisten das Dorf weiter besetzt halten. "Die Menschen sind fest entschlossen dazubleiben, auszuharren, die Bäume und die Gebäude zu schützen", sagt Mara Sauer, eine Sprecherin der Initiative "Lützerath lebt". Zu möglichen Verletzten habe sie noch keine Erkenntnisse.

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 10:59 Uhr

RWE kündigt Bau von Zaun um Lützerath an

Der Energiekonzern RWE kündigt an, dass als erstes ein eineinhalb Kilometer langer Zaun um den Ort gebaut werde. „Er markiert das betriebseigene Baustellengelände, wo in den nächsten Wochen die restlichen Gebäude, Nebenanlagen, Straßen und Kanäle der ehemaligen Siedlung zurückgebaut werden. Zudem werden Bäume und Sträucher entfernt“, schreibt der Konzern. „Das Unternehmen bedauert, dass der anstehende Rückbau nur unter großem Polizeischutz stattfinden kann und dass Gegner des Tagebaus zu widerrechtlichen Störaktionen und auch Straftaten aufrufen.“



Mittwoch, 11. Januar 2023 | 11:06 Uhr

Polizei: Lage in Lützerath „stabil“

Nach dem Start der Räumung des besetzten Braunkohleortes Lützerath im Rheinischen Revier hat sich die Lage nach Angaben eines Polizeisprechers am Mittwochvormittag stabilisiert. Die Einsatzkräfte hätten den gesamten

Bereich abgesperrt, niemand komme mehr unbefugt hinein, hieß es. Nun sei die Polizei auf dem gesamten Gelände aktiv, entferne etwa Barrikaden und bringe Aktivisten nach draußen. Personen könnten sich, wenn überhaupt nur noch eingeschränkt in dem Areal bewegen.

Die Polizei hatte am Morgen mit der Räumung von Lützerath begonnen. Zu möglichen Verletzten hatte der Polizeisprecher zunächst keine Erkenntnisse.

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 11:11 Uhr

Aktivist in Bärenkostüm kettet sich in Lützerath fest

In der Mahnwache, die nach wie vor unangetastet ist, hat sich Hajo mit seiner Eisbärverkleidung symbolisch an eine Zeltstange angekettet. Seit zwei Jahren lebt er in Lützerath. Er sei damals gekommen, weil er es mit seinem Gewissen nicht mehr habe vereinbaren können. „Wenn die Politiker von Vernunft reden, sollen sie hier mal in das Loch gucken. Dann wissen sie, wofür sich die Aktivisten hier einsetzen.“ Es sei doch eigentlich die Aufgabe des Staates, „unsere Ressourcen und das Klima zu schützen“, sagt er. Man werde so lange wie möglich in der Mahnwache bleiben und passiven Widerstand leisten.



„Hajo der Bär“ wehrt sich gegen die Räumung von Lützerath und hat sich festgekettet. Bild: Annika Müller

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 11:18 Uhr

Polizei: Eltern mit Kleinkindern sollen Lützerath verlassen

Die Polizei hat bei der Räumung des von Klimaaktivisten besetzten Dorfs Lützerath im rheinischen Braunkohlerevier auch Kleinkinder gefunden.

Aufgrund „weitreichender Gefahren“ appellierte die Polizei am Mittwoch an die Eltern, den Ort „umgehend mit ihren Kindern zu verlassen“.

Grundsätzlich sollten alle Kinder und Jugendliche Lützerath nun verlassen. Das zuständige Jugendamt sei vor Ort und kümmere sich.

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 11:37 Uhr

Kölner Grüne reagieren auf Räumung von Lützerath

Die Grünen in Köln haben mit Bedauern auf die Räumung des Braunkohledorfs Lützerath reagiert: „Dass heute mit der schon seit Tagen vorbereiteten Räumung von Lützerath begonnen wird, schmerzt uns Kölner Grüne sehr.“ Die Partei habe sich jahrelang für den Ausstieg aus der Braunkohle stark gemacht.

„Viele von uns waren selbst oft im Rheinischen Revier und haben sich für ein Ende der Zerstörung eingesetzt“, heißt es in einer Mitteilung weiter. Allerdings sei der Abriss von Lützerath nicht mehr zu verhindern, drei unabhängige Gutachten hätten bestätigt, dass das Braunkohledorf nicht mehr zu retten sei.

„Wir sehen die Unzufriedenheit vieler Initiativen und Aktivisten und müssen uns auch eingestehen, dass nicht alle Teile der getroffenen Vereinbarung ein Erfolg sind. Deshalb haben wir großes Verständnis für Menschen – viele davon auch weiterhin aus unserer Partei, die jetzt in Lützerath protestieren“, schreiben die Kölner Grünen weiter.

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 12:05 Uhr

Polizeigewerkschaft zieht positive Zwischenbilanz zur Lützerath-Räumung

Nach dem Beginn der Räumung des von Klimaaktivisten besetzten Dorfs Lützerath in Nordrhein-Westfalen hat die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) ein erstes positives Zwischenfazit gezogen. Gewerkschaftschef

Rainer Wendt erklärte am Mittwoch in Berlin, das Einsatzkonzept der Polizei sei „bislang aufgegangen“. „Die gezielte Kommunikation hat zur Deeskalation der Lage beigetragen.“ Dort, wo es notwendig werde, gingen die Einsatzhundertschaften professionell und entschlossen vor.

Wendt hält Äußerungen aus der Politik für mitentscheidend für den Verlauf des Einsatzes. „Wenn die Grünen-Vorsitzende beide Seiten ermahnt, zur Deeskalation beizutragen, verkennt dies in inakzeptabler Weise die Ausgangslage“, kritisierte der Gewerkschaftschef Parteichefin Ricarda Lang. Die Polizei handle nach Recht und Gesetz. „Wenn Politiker Polizei und Störer gleichsetzen, ist das skandalös und trägt zur Aushöhlung unseres Rechtsstaats bei.“

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 12:38 Uhr

Offener Brief an RWE: Mehr als 200 Prominente fordern Räumungsstopp in Lützerath

Mehr als 200 Prominente haben in einem offenen Brief gefordert, die Räumung von Lützerath zu stoppen. Der Brief, initiiert von der Schauspielerin Luise-Céline Gaffron und dem Schauspieler Jonathan Berlin, bittet die Polizei und Grundstücks-Eigentümer RWE, die Räumung des Braunkohledorfs abubrechen.

Die Unterzeichner schreiben, sie stünden „solidarisch an der Seite der Klimaprotestierenden in Lützerath“. Das Abbaggern des Braunkohledorfs im Rheinischen Revier sei „nicht nur eine Frage der Existenz, sondern eine Causa, die von globaler und klimapolitisch richtungsweisender Bedeutung ist“.

Unterschrieben haben unter anderem die Schauspielerinnen Katja Riemann und Pheline Rogan, die Schauspieler Peter Lohmeyer und Robert Stadlober, Pianist Igor Levit, die Influencerin Louisa Dellert und die Bands Sportfreunde Stiller, Deichkind und Revolverheld. [Zunächst hatte der „Spiegel“ berichtet.](#)

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 12:48 Uhr

RWE beginnt mit Zaunbau in Lützerath

Arbeiter haben in Lützerath damit begonnen, den Braunkohleort einzuzäunen. Die Arbeiten würden vermutlich den ganzen Tag dauern, sagte ein

Sprecher des Energiekonzerns RWE am Mittwoch. Das Unternehmen, das die unter dem Ort liegende Braunkohle für die Stromerzeugung abbauen will, hatte den Schritt angekündigt.

Der Zaun werde etwa 1,5 Kilometer lang sein. „Er markiert das betriebseigene Baustellengelände, wo in den nächsten Wochen die restlichen Gebäude, Nebenanlagen, Straßen und Kanäle der ehemaligen Siedlung zurückgebaut werden. Zudem werden Bäume und Sträucher entfernt“, schrieb der Konzern.

Die Polizei hatte betont, der Zaun diene nicht dazu, Demonstranten auf dem Gelände von Lützerath einzuschließen.

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 12:59 Uhr

BUND fordert Beendigung der Polizeiaktion in Lützerath

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat ein sofortiges Ende der Polizeiaktion in Lützerath sowie ein Räumungsmoratorium gefordert. „Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen und ihre grüne Wirtschaftsministerin Mona Neubaur müssen endlich einsehen, dass sie sich politisch verrannt haben“, sagte der BUND-Vorsitzende Olaf Bandt am Mittwoch. Die Proteste gegen die Räumung zeigten, dass ein „Weiter so beim Braunkohletagebau vor allem von jungen Menschen nicht mehr akzeptiert wird“.

Zudem betonte der Geschäftsführer des BUND Nordrhein-Westfalen, Dirk Jansen: „Die Kohle unter Lützerath wird zur Bewältigung der aktuellen Energiekrise nicht benötigt.“ Es sei daher eine politische Entscheidung, ob die Räumung noch gestoppt werde. Der BUND wehre sich gegen alle Versuche, „den legitimen und friedlichen Protest gegen den Braunkohlen-Irrsinn generell zu kriminalisieren“. Dabei seien alle Seiten gefordert, auf Deeskalation zu setzen.

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 13:00 Uhr

NRW-Innenminister Reul kritisiert Angriffe auf Polizisten in Lützerath

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) hat Übergriffe auf Polizisten bei dem Großeinsatz im Braunkohleort Lützerath scharf kritisiert. Polizisten seien beim Vorrücken in den Ort mit Molotow-Cocktails und Steinen

begrüßt worden. „Ich bin eigentlich nur fassungslos und verstehe es nicht, wie Menschen sowas machen können“, sagte Reul am Mittwoch vor Journalisten in Bonn.

Jetzt seien alle friedlichen Demonstranten in der Pflicht, sich von Aktionen gewaltbereiter Aktivisten zu distanzieren. „Man kann woanders demonstrieren, man muss denen jetzt nicht noch behilflich sein dadurch, dass man dasteht und die Polizei bei der Arbeit stört“, sagte er.

Laut Polizei wurden zu Beginn des Einsatzes in Lützerath am Mittwochmorgen vereinzelt Molotow-Cocktails, Steine und Pyrotechnik in Richtung der Beamten geworfen.

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 13:08 Uhr

“Scientist for Future” fordern Moratorium für Räumung in Lützerath

Die Klimaschutzorganisation „Scientists for Future“ hat ein Moratorium für die Räumung des Braunkohledorfs Lützerath gefordert. Das geht aus einem offenen Brief hervor, den 500 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterzeichnet und an die NRW-Landesregierung gerichtet haben. Es bestünden „wissenschaftliche Zweifel an der akuten Notwendigkeit der Räumung“ heißt es in dem Brief.

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 14:14 Uhr

Greta Thunberg kündigt Besuch in Lützerath an

Die schwedische Klimaschutzaktivistin Greta Thunberg hat angekündigt, das vom Abriss bedrohte Braunkohledorf Lützerath zu besuchen. Thunberg will am Samstag, 14. Januar, an den Protesten und Demonstrationen teilnehmen.

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 14:16 Uhr

Polizei räumt Bäume und Podeste in Lützerath - Ortsschild entfernt

Die Polizei hat am Mittwochmittag damit begonnen, Aktivisten in Lützerath von Bäumen und Podesten zu holen. Wie ein dpa-Reporter berichtete, setzten die Beamten dabei an verschiedenen Stellen Hebebühnen ein. Am Ortseingang von Lützerath begannen Bagger mit Abrissarbeiten. Auch eines der Ortsschilder von Lützerath wurde am frühen Nachmittag entfernt.

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 14:17 Uhr

Polizei räumt ehemalige landwirtschaftliche Halle in Lützerath

Die Polizei hat am Mittwochmittag damit begonnen, eine ehemalige landwirtschaftliche Halle im Braunkohleort Lützerath zu räumen. „Einige Personen haben den Bereich freiwillig verlassen“, sagte ein Polizeisprecher. In der Halle habe sich eine Gemeinschaftsküche der Aktivisten befunden. Weitere Angaben machte der Sprecher zunächst nicht. Wie ein dpa-Reporter berichtete, gingen die Polizisten auch in weitere Hallen.



Polizei und RWE räumen das besetzte Braunkohledorf in Lützerath. Bild: dpa/picture-alliance

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 14:17 Uhr

Bundesregierung verurteilt Gewalt gegen Polizei in Lützerath

Die Bundesregierung hat den gewaltsamen Widerstand von Klima-Aktivisten gegen Polizisten während der Räumung des niederrheinischen Braunkohledorfs Lützerath scharf verurteilt. „Es gab heute Widerstand und auch Ausschreitungen bei der noch laufenden Räumung des Dorfes. Diese Gewalt verurteilt die Bundesregierung ausdrücklich“, sagte Regierungssprecher Steffen Hebestreit am Mittwoch in Berlin. „Dafür haben wir kein Verständnis.“

Protest dürfe sich nur „friedlich und im Rahmen unserer Gesetze bewegen“, sagte Hebestreit. Die Polizei sei dafür da, geltendes Recht durchzusetzen.

Die Beamten hatten am Mittwochmorgen mit der Räumung der von Aktivist*innen besetzten Ortschaft Lützerath im Rheinischen Revier begonnen. Nach Polizeiangaben wurden zu Beginn des Einsatzes vereinzelt Molotow-Cocktails, Steine und Pyrotechnik in Richtung der Beamten geworfen.

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 14:57 Uhr

Aachener Bischof fordert Verzicht auf Gewalt in Lützerath

Der Aachener Bischof Helmut Dieser hat im Konflikt um die Räumung des Braunkohledorfs Lützerath an alle Seiten appelliert, keine Spirale der Gewalt in Gang zu setzen. „Friedliche Proteste sind zentraler Bestandteil einer lebendigen Demokratie“, unterstrich er am Mittwoch laut Mitteilung des Generalvikariats. „Zu einem glaubwürdigen Rechtsstaat gehört aber auch, dass Regeln und Vereinbarungen eingehalten werden.“

Das Bistum Aachen respektiere die Entscheidungen mit allen Konsequenzen, die sich daraus für das Revier ergäben. „Der Ausstieg aus der Braunkohlewirtschaft ist gesamtgesellschaftlich definiert und beschlossen“, betonte der Bischof. „Lützerath ist der letzte Ort, der abgebaggert wird. Gerade für diesen schmerzlich errungenen Kompromiss im Ausstieg aus der Braunkohleförderung steht das Rheinische Braunkohlerevier.“

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 14:59 Uhr

Polizei zerstört selbstgebaute Hütten in Lützerath

Mit dem Umwerfen von selbstgebauten kleinen Holzhäusern auf Stelzen hat die Polizei am frühen Mittwochnachmittag die Räumung von Lützerath fortgesetzt. Nach Angaben eines dpa-Reporters wurden die Beamten dabei in dem Hütten- und Baumhauscamp von Schmährufen der Aktivist*innen begleitet. Die Polizei entfernte dabei zum Beispiel auch Feuerlöscher, die von den Aktivist*innen in den Hütten aufbewahrt wurden.

Nach Angaben der Aachener Polizei zählen die Holzbauten nicht zu den Bestandsgebäuden in Lützerath. Die werden später vom Tagebaubetreiber RWE abgerissen. Die Hütten müssten laut Sprecher jetzt weichen, um das Gelände zu räumen.

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 15:45 Uhr

Zügige Arbeiten: Polizei räumt Tripods – Aktivisten in Bäumen

Die Räumung schreitet zügig voran. Mit Hubstaplern räumen die Einsatzkräfte der Polizei die Tripods auf der Zufahrtstraße. Auch das Dorf ist in großen Teilen schon leer. Dennoch harren viele Klimaaktivisten noch in schwindelerregender Höhe in den Baumhäusern aus. Der Zaun um Lützerath steht und wird von einem Wachdienst geschützt. Die Hallen, die zum ehemaligen Bauernhof gehören, sind bis auf eine bereits geräumt. Es sieht derzeit nicht danach aus, als könne es noch zu größeren Auseinandersetzungen kommen. (Peter Berger)



Ein Polizist beobachtet einen Aktivisten, der sich mit einem Drahtseil in einen Baum gehängt hat. Bild: dpa/Rolf Vennenbernd

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 16:53 Uhr

Bundesregierung verteidigt Räumung Lützeraths

Die Bundesregierung hat die Räumung des Braunkohledorfs Lützerath im Rheinischen Revier verteidigt und Gewalt durch Demonstranten scharf kritisiert. Es gebe eine „eindeutige Rechtslage, was Lützerath angeht, und die gilt es zu akzeptieren“, sagte Regierungssprecher Steffen Hebestreit am Mittwoch in Berlin. Die letzten noch anhängigen Klagen gegen einen Abriss des Dorfs zur Kohlegewinnung seien abgewiesen worden. „Insofern erwartet die Bundesregierung, dass das Recht eingehalten wird.“ Zugleich betonte Hebestreit, dass die Bundesregierung Gewaltakte von Klima-Aktivisten gegen Polizisten aufs Schärfste verurteile. „Dafür haben wir kein Verständnis.“

Die Polizei hatte am Mittwochmorgen mit der Räumung der von Aktivisten besetzten Ortschaft begonnen - und war dabei auf teils heftigen Widerstand gestoßen. Nach Angaben der Beamten wurden zu Beginn des Einsatzes vereinzelt Molotow-Cocktails, Steine und Pyrotechnik in Richtung der Einsatzkräfte geworfen.

Auch Innenministerin Nancy Faeser fand zu den Formen des Widerstands deutliche Worte. „Wer brennende Barrikaden errichtet oder sich in wackligen Baumhäusern versteckt, bringt sich selbst und die Einsatzkräfte in große Gefahr“, sagte sie dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). „Das ist verantwortungslos.“ Sie „habe null Verständnis für Gewalt - und null Verständnis dafür, politische Fragen auf dem Rücken von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten auszutragen“, betonte die Innenministerin.

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 17:32 Uhr

NRW-Innenminister Reul ruft zum Verlassen Lützeraths auf

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) hat die Klima-Aktivisten zum Verlassen Lützeraths aufgefordert. Dies sei für friedliche Aktivisten nach wie vor jederzeit ohne Identitätsfeststellung möglich, sagte Reul am Mittwoch in Düsseldorf. „Das ist unser Angebot. Schützen Sie das Klima, aber schützen Sie keine gewaltbereiten Störer.“

Am Vormittag hätten sich noch 350 Personen unrechtmäßig in Lützerath aufgehalten. Darunter sei eine „mittlere zweistellige Zahl gewaltbereiter Störer“, sagte Reul. Die Polizei hatte am Mittwochmorgen mit der erwarteten Räumung Lützeraths begonnen. Sie sei vor Ort auf „erhebliche Bodenstrukturen“ gestoßen, die die Aktivisten angelegt hätten, um die Räumung zu verhindern.

Reul sprach von „Monopods, Tripods, Blockaden und Sperren“. Inzwischen habe RWE einen 1,7 Kilometer langen Zaun um das Gelände errichtet, um weiteren Zulauf zu verhindern. „Der Einsatz läuft planmäßig, die Lage ist ruhig“, sagte Reul. Der Einsatz befinde sich aber noch in einer frühen Phase.

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 17:35 Uhr

Polizeieinsatz in Lützerath: Auch Räumpanzer vor Ort

Die Polizei hat beim Einsatz in Lützerath auch Räumpanzer an den Start gebracht. In sozialen Netzwerken kursieren zudem Berichte über Wasserwerfer. Aktivisten kritisieren teilweise ein hartes Vorgehen der Polizei während der Räumung.

Link zum Video: https://twitter.com/RaphaelThelen/status/1613137638948577281?ref_src=twsrc^tfw|twcamp^tweetembed|twterm^1613137638948577281|twgr^bcd636cd397a15870cbd7d2da75bb2d411ef1e27|twcon^s1_c10&ref_url=https://dumont.liveblog.pro/lb-dumont/blogs/63b6f1e984a97aa43f824b5c/index.html

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 17:30 Uhr

Eindrücke von Räumung im Video: Polizei räumt Lützerath – Stimmen der Aktivistinnen und Aktivisten

Die Polizei hat am Mittwoch mit der Räumung Lützeraths begonnen. Die Eindrücke vom Einsatz am Tagebau Garzweiler II und Stimmen der Aktivistinnen und Aktivisten im Video.

Link zum Video: https://youtu.be/_y-i17jzdW4

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 18:29 Uhr

Aachens Polizeipräsident: Rund 200 Aktivisten haben Lützerath freiwillig verlassen

Bei den Räumungsarbeiten im Braunkohleort Lützerath sind nach Angaben des Aachener Polizeipräsidenten Dirk Weinspach am Mittwoch zwei Polizisten leicht verletzt worden. Die Beamten seien aber dienstfähig, sagte er vor Journalisten. Etwa 200 Klimaaktivisten haben nach seiner Auskunft das Gebiet am ersten Räumungstag freiwillig verlassen.

Die Arbeiten würden über Nacht fortgesetzt, wenn auch „im verminderten Umfang“. Die eigentliche Herausforderung liege noch vor der Polizei, sagte Weinspach und bezog sich dabei auf die Räumung der sieben Gebäude auf dem Gelände. Bislang sei die taktische Planung aufgegangen, betonte der Polizeipräsident.

Am späten Nachmittag transportierten nach Beobachtungen von dpa-Reportern Lastwagen Büsche, Sträucher und gefälltte Bäume vom Gelände ab.

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 19:31 Uhr

Räumungsarbeiten in Lützerath gehen weiter – Aktivisten harren in Dunkelheit aus

Nach Einbruch der Dunkelheit sind die Räumungsarbeiten in Lützerath am Braunkohletagebau Garzweiler weitergegangen. Auf Hochständen und in

den Baumhäusern harrten Aktivisten am Mittwochabend bei windigem Wetter aus. Baumaschinen fuhren hin und her, Teile von Lützerath waren mit Flutlicht hell ausgeleuchtet, andere in tiefes Dunkel getaucht.

Auf einer Straße harrten rund ein Dutzend Aktivisten in Netzen und auf Hochständen aus. Seit acht Uhr in der Frühe sei sie hier, sagte eine Frau mit leiser Stimme. Wie lange sie durchhalte, wisse sie nicht. „Immerhin regnet es nicht“, sagte die in eine Folie gehüllte Aktivistin. Sie saß in mehreren Metern Höhe auf einem an Seilen befestigten Brett im Dunkeln.

Ein paar Meter weiter diskutierte ein Lützerath-Aktivist von seinem Hochstand aus mit zwei Polizisten über Klimaschutz und wie man Aufmerksamkeit erzeugen können. Auch in Bäumen hingen Aktivisten an Seilen, aus einigen Baumhäusern drang Licht. In anderen machten sich Aktivisten bemerkbar, sangen und forderten die Polizei auf, zu gehen.

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 21:14 Uhr



Polizei-Einsatzleiter zieht Bilanz zu erstem Räumungs-Tag: „Ich bin sehr zufrieden“

Der Einsatzleiter hat aus Polizeisicht eine positive Bilanz zum ersten Tag der Räumung in Lützerath gezogen. „Ich bin sehr zufrieden mit dem Verlauf des heutigen Einsatzes. Trotz anfänglicher gewalttätiger Aktionen gegenüber Einsatzkräften konnten wir die Lage schnell stabilisieren und unsere Maßnahmen wie geplant durchführen“, wird Wilhelm Sauer in einer Polizeimitteilung vom Mittwochabend zitiert.

Laut Polizeimitteilung kam es zu Würfen von Steinen, Pyrotechnik und Molotow-Cocktails auf die Beamten. Zwei Personen wurden festgenommen, gegen sie werden Strafverfahren eingeleitet.



Polizisten eskortieren einen Klimaschützer aus dem besetzten Dorf Lützerath. Bild: dpa/FedericoGambrini



Polizeibeamte stehen vor einem selbstgebautes Haus der Aktivisten. Bild: dpa/Federico Gambarini

Zu leichten Verletzungen kam es aber sowohl auf Aktivistinnen- als auch auf Polizeiseite: Die Polizei berichtet von einem verletzten Beamten durch einen Steinwurf, zwei weitere Polizisten wurden bei Rangeleien leicht verletzt. Auch zwei Klimaschützer seien durch Eingriffe der Polizei leicht verletzt worden.

Die Polizei ruft weiterhin zur Deeskalation in Lützerath auf. Allen

Personen, die sich in Lützerath aufhalten, würde die Gelegenheit gegeben werden, freiwillig das Gelände zu verlassen.

„Ich habe im Vorfeld des Einsatzes immer wieder betont, dass der Einsatz rund um Lützerath einer der herausforderndsten der letzten Jahre für die Aachener Polizei ist“, kommentierte Aachens Polizeipräsident Dirk Weinspach, „der bisherige Verlauf zeigt die große Professionalität aller eingesetzten Kräfte, von der Planung bis zur Durchführung. Ich wünsche allen Verletzten eine schnelle Genesung und appelliere weiter an die Protestszene, weder die Einsatzkräfte der Polizei noch sich selbst zu gefährden.“

Mittwoch, 11. Januar 2023 | 22:48 Uhr

Habeck: Lützerath ist „Schlussstrich“ unter Kohleverstromung in NRW

Angesichts von Kritik aus der Klimabewegung an den Grünen wegen der Räumung des Braunkohleorts Lützerath hat sich Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck betroffen gezeigt. „Das fasst mich auch an oder treibt mich um, so wie alle in meiner Partei“, sagte Habeck am Mittwochabend im „heute-journal“ des ZDF. „Aber trotzdem müssen wir das erklären, was richtig ist. Und richtig war - leider -, die Gasmangellage, eine Energienotlage in Deutschland abzuwehren, auch mit zusätzlicher Verstromung von Braunkohle - und hintenraus den Kohleausstieg vorzuziehen.“

Lützerath sei nicht „das Weiter-So der Energiepolitik der Vergangenheit: Verstromung von Braunkohle“, betonte Habeck. „Es ist nicht, wie behauptet wird, das ewige Weiter-So, es ist der Schlussstrich darunter.“ Leider habe man das Dorf Lützerath nicht mehr retten können - „aber es ist das Ende der Braunkohleverstromung in NRW“. „Insofern - mit großem Respekt vor der Klimabewegung - ist meiner Ansicht nach der Ort das falsche Symbol.“

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 06:32 Uhr

Polizei setzt Räumung von Lützerath am Donnerstag fort – Aktivisten von Hallendach geholt

In Lützerath geht die Räumung durch die Polizei an diesem Donnerstag voraussichtlich weiter. Aachens Polizeipräsident Dirk Weinspach sagte am Mittwoch, die eigentliche Herausforderung liege noch vor der Polizei - dabei bezog er sich auf die Räumung der sieben Gebäude auf dem Gelände.

Die Einsatzkräfte gingen bis in die Nacht gegen Aktivisten vor, die das Abbaggern der Kohle unter dem Ort verhindern wollen. Polizisten holten gut zehn Aktivisten mit Hebebühnen aus etwa zehn Metern Höhe vom Dach einer früheren landwirtschaftlichen Halle, wie ein dpa-Reporter beobachtete. Andere Beamte machten eine in einem Autowrack festgemachte Aktivistin los.

Eine Polizeisprecherin hatte zuvor gesagt, diese Arbeiten würden noch abgeschlossen. Darüber hinaus sei in der Nacht von Polizeiseite nichts weiter geplant.

Die Polizei sei selbstverständlich weiter vor Ort, sagte eine Sprecherin. Man plane aber in der Nacht nicht, etwa die Häuser zu räumen. In diesen Häusern sowie in selbstgebauten Baumhäusern halten sich weiter Aktivisten auf.

Fridays-for-Future-Aktivistin Luisa Neubauer nannte das Vorgehen der Polizei „absolut unverständlich“. „Räumungen nachts in der Dunkelheit. Das ist gefährlich, provozierend, eskalierend. Was soll das, wovor hat man solche Angst?“, fragte sie auf Twitter.

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 08:12 Uhr

Zwei Meter hoher Doppelzaun soll „lückenlose Umfriedung“ ermöglichen

Am Donnerstagmorgen ist Lützerath von einem neuen, anderthalb Kilometer langen Zaun umgeben. Die Konstruktion sei fast fertig, nur die Tore fehlten noch, sagte ein RWE-Konzernsprecher in Lützerath. Die Tore sollten im Laufe des Tages eingehangen werden. RWE hatte am Mittwoch mit der Errichtung des etwa zwei Meter hohen Doppelzauns - also von zwei Zäunen nebeneinander - begonnen, um die Ortschaft als Betriebsgelände zu markieren und „eine lückenlose Umfriedung“ zu schaffen.

Der Zaun solle Unbefugte daran hindern, die Ortschaft zu betreten, sagte der RWE-Sprecher. Sobald die Polizei einzelne Bereiche für geräumt erklärt hat, sollen Bagger mit dem „geordneten Rückbau“ - also dem Abriss - beginnen. „Wann das sein wird, wissen wir nicht“, sagte der Sprecher. „Sicherheit für alle Beteiligte hat für uns dabei absoluten Vorrang.“

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 08:47 Uhr

Polizei fordert Menschen zum Verlassen von Lützerath auf

Die Polizei hat am Donnerstagmorgen zum Verlassen des von Aktivisten besetzten Braunkohleorts Lützerath aufgefordert. Viele Einsatzkräfte zogen sich am Rande der Ortschaft zusammen, es gab Lautsprecher-Durchsagen an die Aktivisten, berichtete ein dpa-Reporter. Die Polizei hatte am Vortag mit der Räumung von Lützerath im Rheinischen Revier begonnen.

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 08:59 Uhr

Einsatzkräfte dringen in Gehöft ein

Einsatzkräfte sind in ein Gehöft eingedrungen. Sie sägten ein Loch in ein Tor. An dem Gehöft hängt ein großes gelbes Banner mit der Aufschrift „1,5°C heißt: Lützerath bleibt!“. Die Polizei hatte am Vortag mit der Räumung von Lützerath begonnen.

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 09:08 Uhr

Grüner Minister Krischer über Lützerath: „Das ist eine schwierige Zeit“

Nordrhein-Westfalens Umweltminister Oliver Krischer (Grüne) hat sein Bedauern über die Räumung von Lützerath geäußert. „Das ist eine schwierige Zeit, der Umweltminister schläft schlecht, weil mir das weh tut“, sagte Krischer am Donnerstagmorgen in „WDR 5“. Er verstehe, dass insbesondere junge Menschen mit dem Klimaschutz-Tempo unzufrieden seien und mehr Anstrengungen forderten.

Zugleich verteidigte der Grüne aber die Vereinbarung der Bundesregierung und der NRW-Landesregierung mit dem Energiekonzern RWE, die einen Abbau der unter Lützerath befindlichen Kohle ermöglicht und im Gegenzug einen um acht Jahre auf 2030 vorgezogenen Kohleausstieg in NRW festschreibt. Das sei eine gute Vereinbarung, die „das letzte Kapitel beim Kohleausstieg in Nordrhein-Westfalen schreibt“, so Krischer.

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 09:11 Uhr

Aktivistensprecherin: Hoffen, dass der Sturm nicht stärker wird

Das stürmische und regnerische Wetter macht den Aktivisten zunehmend zu schaffen. „Wir hoffen, dass der Sturm nicht noch stärker wird“, sagte eine Sprecherin der Initiative „Lützerath lebt“ am Donnerstagmorgen. Die

Situation sei etwa für die Menschen in den Baumhäusern gefährlich. „Im Normalfall kommen sie bei Sturm runter“, sagte die Sprecherin.

Die Polizei hatte am Donnerstagmorgen die Räumung von Lützerath fortgesetzt. In den Baumhäusern und in besetzten Gebäuden harren weiterhin Klimaaktivistinnen und -Aktivisten aus. Wie viele es sind, ist unklar. Die Sprecherin machte dazu keine Angaben. Vor Ort herrschte am Morgen Dauerregen und es gab starken Wind.

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 11:02 Uhr

Aktivist mit Klavier wird geräumt

Ein Klimaaktivist, der auf seinem Klavier auf einem der besetzten Höfe von Lützerath in den vergangenen Tagen gespielt hatte, ist von der Polizei geräumt worden. Das zeigt ein Video bei Twitter der Grünen-Bundestagsabgeordneten Kathrin Henneberger, die selbst vor Ort ist.

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 11:49 Uhr

Klimaschützer sprechen in erster Tagesbilanz von „massiver Gewalt“ der Polizei

Die Klimaschützer in Lützerath werfen der Polizei bei Räumung „massive Gewalt“ vor. In einer Bilanz zum ersten Tag, den die Initiative „Lützerath bleibt!“ im Infokanal auf Telegram veröffentlicht, heißt es: „[Die Polizei] ist dabei mit massiver Gewalt vorgegangen, hat unsere Sanis des Ortes verwiesen und unser Küfa geräumt.“ Weiter heißt es: „Uns haben tagsüber viele Meldungen über unverhältnismäßige Polizeigewalt bei Räumungsversuchen erreicht.“ Journalistinnen und Journalisten vor Ort berichteten nur vereinzelt von hartem Polizeivorgehen, insgesamt sei die Lage ruhig.

Die Räumung Lützeraths wird von vielen Reportern, Aktivisten, Beobachtern und Beamten begleitet. Über soziale Netzwerke werden viele Bilder und Eindrücke geteilt, teilweise auch mit politischer Botschaft und Position. Um die Bilder, die in Lützerath entstehen, ist auch ein Kampf um die Deutungshoheit entstanden.

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 11:50 Uhr

Polizei: Beamter in Lützerath von Farbbeutel getroffen

Ein Polizist ist in Lützerath nach Angaben der Einsatzkräfte von einem Farbbeutel getroffen worden. Der Beamte sei nicht verletzt worden, sagte ein Polizeisprecher am Donnerstag. Zudem seien Einsatzkräfte mit Böllern beworfen worden. Nach Angaben des Sprechers wurde niemand getroffen oder verletzt. Die Polizei hatte am Donnerstagmorgen die Räumung des von Aktivisten besetzten Braunkohleortes Lützerath im Rheinischen Revier fortgesetzt.

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 12:03 Uhr

Polizei kündigt Abrissarbeiten in Lützerath an

Bei der Räumung des Braunkohleortes Lützerath hat die Polizei Abriss- und Baumfällarbeiten für diesen Donnerstag angekündigt. Durchgeführt werden diese von RWE, dem Konzern gehört die Ortschaft. Wenn die Polizei einen Bereich für gesichert erkläre, werde man mit den Arbeiten beginnen, sagte ein RWE-Sprecher. „Sicherheit für alle Beteiligten hat dabei oberste Priorität.“

Wo die Abrissarbeiten sein werden, wollte er nicht sagen. Massive Gebäude werden aber wohl noch nicht so schnell von Abrissarbeiten betroffen sein, weil dort noch Menschen sind. Bereits am Mittwoch war ein erstes Baumhaus abgebaut und Bäume gefällt worden. Diese Arbeiten gingen am zweiten Tag der Räumung weiter.

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 12:11 Uhr

Demo Zug zieht nach Lützerath

Klimaschützerinnen und -schützer sind am Donnerstagvormittag mit einem Demonstrationzug nach Lützerath gestartet. Sie protestieren für den Erhalt der Ortschaft und gegen die Erweiterung des Tagebaus Garzweiler II. Unter den Protestierenden war auch die Klimaaktivistin Luisa Neubauer, die vor Fernsehkameras ein Interview gab.

Link zum Video <https://twitter.com/lgbeutin/status/1613485637956669440?s=20&t=WYDUHFHWraLR-wZRwlTlyw>

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 12:25 Uhr

Leverkusener Bundestagsgrüne Nyke Slawik: „Ich habe mich entfremdet“

Die Bundestagsabgeordnete der Grünen aus Leverkusen/Köln Nyke Slawik hat sich über Twitter zur Räumung in Lützerath geäußert. In dem Beitrag spricht sie von einer Entfremdung: „Ich habe mich entfremdet. Entfremdet davon, wie manche die Räumung in Lützerath und den Deal mit RWE verteidigen“, schrieb sie am Donnerstagvormittag.



Ich habe mich entfremdet. Entfremdet davon, wie manche die Räumung in Lützerath und den Deal mit RWE verteidigen. Slawik konkretisierte in weiteren Beiträgen: Natürlich sei es ein Erfolg der Klimabewegung und der Grünen, dass es in Westdeutschland einen vorgezogenen Kohleausstieg auf 2030 gibt. „Wir müssen aber anerkennen, dass dieser Kompromiss, der die Abbaggerung besonders dicker Kohleschichten unter Lützerath vorsieht, weder gesellschaftlich noch wissenschaftlich zeitgemäß ist.“

Die Klimakrise sei mittlerweile zu weit fortgeschritten, um sich mit etwas zu Frieden zu geben, was vor fünf oder zehn Jahren noch als guter Deal gegolten hätte.

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 12:27 Uhr

Ehemalige landwirtschaftliche Halle in Lützerath wird abgerissen

In Lützerath haben Arbeiter am Donnerstag damit begonnen, eine ehemalige landwirtschaftliche Halle abzureißen. Zwei Bagger seien im Einsatz, berichtete ein dpa-Reporter. In kurzer Zeit sei eine Außenwand entfernt worden.

Der Energiekonzern RWE hatte am Morgen einen „geordneten Rückbau“ in den von der Polizei freigegebenen Bereichen in Lützerath angekündigt. Die Polizei setzte am Donnerstag die Räumung der von Klimaaktivisten besetzten Ortschaft fort.

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 12:59 Uhr

Polizei kreist Demo-Zug um Aktivistin Neubauer ein



Die Polizei hat am zweiten Räumungstag (Donnerstag) einen Demo-Zug eingekesselt. Unter den Demonstrantinnen und Demonstranten ist auch Klimaaktivistin Luisa Neubauer. Bild: dpa/Roberto Pfei

Auf dem Zufahrtsweg in den Braunkohleort Lützerath hat die Polizei am Donnerstag mehrere dutzend Teilnehmer einer Demonstration eingekreist, darunter die Fridays-for-Future-Aktivistin Luisa Neubauer und Greenpeace-Vorstand Martin Kaiser. Die Demonstranten, die sitzend den Weg blockierten, wurden von Polizisten umstellt. „Wir wollen hier sitzenbleiben, bis wir weggetragen werden“, sagte Neubauer der Deutschen Presse-Agentur.

Ein Polizeisprecher sagte, die Teilnehmer seien auf dem Weg zur Tagebauabbruchkante gewesen. Dies sei gefährlich und habe durch die Polizei verhindert werden müssen. Nach Neubauers Angaben setzte die Polizei vereinzelt auch Pfefferspray gegen Aktivisten ein. Dazu sagte der Sprecher, er könne dies weder bestätigen noch ausschließen.

Insgesamt beteiligten sich mehrere hundert Menschen an dem Demonstrationzug von der Ortschaft Keyenberg in Richtung des etwa vier Kilometer entfernten Lützerath.

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 14:07 Uhr

Baumhaus wird zum Absturz aus zehn Metern Höhe gebracht

In Lützerath haben Polizisten ein Baumhaus der Aktivisten aus knapp 10 Metern Höhe kontrolliert zum Absturz gebracht. Nachdem die Besetzer das Holzhaus verlassen hatten, wurden alle Halteseile durchgeschnitten. Das Baumhaus sei dann am Donnerstag krachend in die Tiefe gestürzt und dort in viele Einzelteile zerbrochen, berichtete ein dpa-Reporter. Einsatzkräfte waren dabei, auch benachbarte Baumhäuser zu räumen. Auf dem Boden rissen Bagger mit ihren Schaufeln bereits eine Hütte nach der anderen ab.



Ein Baumhaus wird zum Absturz gebracht

Bilder der Räumung



Dimension von Lützerath – das Dorf soll abgebagert werden



Luisa Neubauer von Polizei eingekesselt





Donnerstag, 12. Januar 2023 | 14:17 Uhr

Aktivisten kleben sich in ihren Hütten fest

Mehrere Aktivisten im Braunkohleort Lützerath haben sich mit Kleber in ihren Hütten festgeklebt, um der Polizei die Räumung zu erschweren. In einer Hütte hatten Besetzer ihre Hände an die Fensterscheiben geklebt. Beamte konnten sie aber schnell lösen, wie ein dpa-Reporter am Donnerstag berichtete. „Wir haben Erfahrung mit Lock-ons aller Art“, sagte ein Polizeisprecher. Als Lock-on werden Aktionen bezeichnet, bei denen sich Aktivisten festkleben oder anketten, damit Polizisten sie nicht einfach wegtragen können.

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 14:30 Uhr

Grüne Katharina Dröge verteidigt Räumung Lützeraths

Die Co-Fraktionschefin der Grünen im Bundestag, Katharina Dröge, hat die Vereinbarung zum Braunkohleabbau im Westen und damit auch zur Räumung von Lützerath als notwendig verteidigt. 2023 sei „ein Jahr, das

für uns Grüne nicht einfach beginnt“, sagte Dröge am Rande einer Klausur des Fraktionsvorstands am Donnerstag in Berlin. Auch Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck (Grüne) bezeichnete den Beschluss erneut als „gute Entscheidung für den Klimaschutz“, durch die CO₂-Emissionen gespart würden.

„Auf der einen Seite sind wir als grüne Bundestagsfraktion - und ich bin davon überzeugt, als grüne Partei - absolut geschlossen in der Frage, dass es richtig und notwendig war, den Kohleausstieg um acht Jahre vorzuziehen“, sagte Dröge. Ohne die Vereinbarung wäre das Gebiet Lützeraths trotzdem abgebaggert worden, „dann wären die fünf Dörfer nicht gerettet worden, und wir hätten für das Klima nichts erreicht“, so die Fraktionsvorsitzende. „Und das ist das Gemeinsame, was wir Grünen auch nach vorne stellen.“ Sie antwortete dabei auf eine Frage nach dem Riss, der in der Frage von Lützerath durch die Partei geht.

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 14:53 Uhr

Klimaschützer besetzen Parteizentrale der Grünen - Mona Neubaur gefragt

Die Parteizentrale der nordrhein-westfälischen Grünen ist am Donnerstag zum zweiten Mal in dieser Woche Zielscheibe von Klimaschützern geworden. Aus Protest gegen die Haltung der Grünen zur Räumung des Dorfes Lützerath besetzten rund 30 Aktivisten mehrerer Klimaschutz-Organisationen das Düsseldorfer Büro der NRW-Grünen. Ein Parteisprecher bestätigte das.

„Wir fordern ein Moratorium, um die unsinnige und gefährliche Räumung im Rheinischen Braunkohlerevier zu stoppen“, erklärte das „Bündnis Lützerath Unräumbar“ in einer Mitteilung. Die Besetzer forderten, mit NRW-Energieministerin Mona Neubaur (Grüne) persönlich zu verhandeln.

Am Dienstag hatte ein Düsseldorfer Bündnis bereits 250 Kilo Braunkohlebriketts vor der Landesparteizentrale der Grünen abgeladen. Damit sollte der Öko-Partei symbolisch vorhalten werden, „dass sie nicht mehr die Partei der Klimaschützer sind, sondern die Kohle-Partei“.

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 14:55 Uhr

Polizei prüft Hinweise auf Tunnelanlage in Lützerath

Die Polizei hat nach eigenen Angaben Hinweise auf eine Tunnelanlage im von Aktivisten besetzten Lützerath. Die Situation werde vor Ort geprüft, sagte ein Polizeisprecher am Donnerstagmittag. Weitere Angaben machte er zunächst nicht. Die Polizei hatte am Donnerstagmorgen die Räumung des von Aktivisten besetzten Braunkohleortes fortgesetzt.

Aktivistinnen und Aktivisten hatten selbst ein Video via Twitter verbreitet. In dem rund acht Minuten langen Clip sind zwei vermummte Aktivisten zu sehen, die ihre Beweggründe für den Protest erklären. Ob das Video aktuell ist, ist noch nicht abschließend geklärt.

Link zum Video <https://youtu.be/xonrW2smPyg>

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 15:03 Uhr

Polizei rechnet nicht mit kurzfristigem Ende von Lützerath-Einsatz

Trotz der schnellen Fortschritte bei der Räumung des Braunkohleortes Lützerath geht die Polizei nicht von einem kurzfristigen Ende des Einsatzes aus. „Wir wissen nicht, wann der Einsatz zu Ende ist“, sagte ein Polizeisprecher am Donnerstag. Seit Einsatzbeginn am Mittwoch waren unter anderem zahlreiche Holzhütten und auch einzelne in bis zu zehn Metern Höhe errichtete Baumhäuser abgerissen worden. Ein großer Teil der Besetzer hatte sich ohne großen Widerstand von Polizisten wegtragen lassen. Einige leisteten am Donnerstag aber weiterhin Widerstand.

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 15:40 Uhr

Polizei-Antrag: Gericht billigt Verlegung von Mahnwachen

Das Aachener Verwaltungsgericht hat eine von der Polizei angeordnete Verlegung zweier Mahnwachen aus Lützerath vorläufig gebilligt. Die Maßnahme sei voraussichtlich rechtmäßig und nicht zu beanstanden, teilte das Gericht am Donnerstag mit. Sie sei auch verhältnismäßig, weil an den zugewiesenen neuen Standorten in Sichtweite der Siedlung „der Bezug zu dem Thema der Mahnwache weitgehend gewahrt bleibt“. Gegen den Beschluss ist allerdings noch Beschwerde möglich.

Laut Gericht handelt es sich bei Lützerath nicht um einen dem allgemeinen Publikum für „kommunikativen Verkehr“ zugänglichen Bereich, in dem eine Mahnwache unter Umständen auch ohne Zustimmung des Flächeneigners gestattet wäre. Lützerath gehört dem RWE-Konzern und gilt als Betriebsgelände. Das Gericht verwies außerdem auch auf eine vom Landkreis

Heinsberg erlassenen Verfügung, die das Betreten des Bereichs seit Dienstag generell untersagt.

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 17:08 Uhr

Keyenberg: Polizeifahrzeug in Brand gesteckt

Ein Polizeifahrzeug ist am Donnerstagnachmittag offenbar im Zusammenhang mit den Protesten in Lützerath in Brand gesteckt worden. Nach ersten Informationen fing ein Fahrzeug in Keyenberg, dem Nachbardorf von Lützerath, Feuer. Bestätigt wurde es seitens eines Polizeisprechers. Details sind noch unklar. (Peter Berger)

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 17:34 Uhr

Polizei trägt Aktivistin Luisa Neubauer weg

Klima-Aktivistin Luisa Neubauer ist von Polizisten vom Zufahrtsweg des Braunkohleorts Lützerath weggetragen worden. Neubauer hatte sich dort am Donnerstag mit rund 100 Aktivisten zu einer Sitzblockade eingefunden. Die Teilnehmer wurden von der Polizei eingekreist und nach und nach weggetragen oder abgeführt. Drei Beamte trugen schließlich auch Fridays-for-Future-Aktivistin Neubauer mit Hilfe ihrer Mehrzweck-Stöcke davon.



Klimaaktivistin Lisa Neubauer wird von Polizisten weggetragen

„Wir wollen hier sitzenbleiben, bis wir weggetragen werden“, hatte Neubauer zuvor der Deutschen Presse-Agentur gesagt. Ein Polizeisprecher sagte, die Teilnehmer seien auf dem Weg zur Tagebauabbruchkante gewesen. Dies sei gefährlich und habe durch die Polizei verhindert werden müssen.

Nach Neubauers Angaben setzte die Polizei vereinzelt auch Pfefferspray gegen Aktivisten ein. Dazu sagte der Sprecher, er könne dies weder bestätigen noch ausschließen. Insgesamt hatten mehrere Hundert Menschen an

einem Demonstrationszug von der Ortschaft Keyenberg in Richtung des etwa vier Kilometer entfernten Lützerath teilgenommen.

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 17:35 Uhr

Polizistin durch Feuerwerkskörper leicht verletzt

Bei der Räumung des Braunkohleorts Lützerath ist nach Angaben der Polizei eine Polizistin am Donnerstag durch einen Feuerwerkskörper leicht verletzt worden. Die Beamtin sei am Bein getroffen worden, hätte aber im Einsatz bleiben können, sagte ein Sprecher. „Unterlassen Sie jeglichen Bewurf von Einsatzkräften – das ist kein friedlicher Protest! Jeden Angriff werden wir konsequent zur Anzeige bringen!“, schrieb die Polizei bei Twitter.

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 18:09 Uhr

Abrissarbeiten gehen am Freitag weiter: Symbolträchtige Häuser im Fokus der Bagger



Bei der Räumung des rheinischen Braunkohleorts Lützerath rücken am Freitag die symbolträchtigen Häuser der einstigen Bewohner weiter in den Fokus. Bisher haben Bagger nur Holzhütten und Barrikaden der Aktivisten dem Erdboden gleichgemacht. Die Häuser von Lützerath wurden aber noch nicht abgerissen. Einsatzkräfte hatten am Donnerstag damit begonnen, in die Gebäude zu gehen und die Besetzer rauszutragen. Dabei waren vereinzelt Feuerwerkskörper und Steine in Richtung der Beamten geworfen worden, wie dpa-Reporter berichteten.

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 18:22 Uhr

Polizei bestätigt Tunnel unter Lützerath

Die Polizei Aachen hat am Donnerstagabend bestätigt, dass unter Lützerath Tunnel gegraben wurden. „Wir können sagen, dass Tunnel entdeckt wurden, von einem System können wir derzeit noch nicht sprechen“, sagte ein Polizeisprecher auf Anfrage. Anders als von den Aktivistinnen und Aktivisten gefordert, würden die Arbeiten aber derzeit weitergehen. „Wir beobachten die Lage und beziehen die Tunnel in unser Vorgehen ein“, so der Sprecher. Wann die Tunnel geräumt werden könnten, dazu machte die Polizei zunächst keine Angabe.



Polizisten stehen bei Räumung im von Klimaaktivisten besetzten Braunkohleort Lützerath vor einer Holzhütte. Unter den Hütten und Barrikaden wurden Tunnel gefunden, die Aktivisten sprachen zuvor von einem Tunnelsystem. Copyright: dpa

Klimaschützer haben sich in die Erde unter Lützerath gegraben. Auch die Polizei bestätigte am Donnerstagabend, dass es Tunnel gibt.

Aktivistinnen und Aktivisten haben mehrere Tunnel unter [Lützerath](#) angelegt. Damit soll die [Räumung des Dorfes](#) durch die Polizei verzögert werden. Am Donnerstagabend bestätigte die Polizei die Angabe der Aktivisten vom Nachmittag. Die Polizei prüfte zunächst, ob es wirklich Tunnel gibt, von einem Tunnelsystem wollen sie anders als die Aktivisten aber noch nicht sprechen. Ähnliche Strategien gab es auch beim Protest im [Hambacher Forst](#).

„Uns hat am Donnerstagnachmittag die Nachricht erreicht, dass ein Tunnelsystem unter Lützerath gegraben worden sein soll“, sagte am Donnerstagnachmittag eine Aachener Polizeisprecherin auf Anfrage. Daraufhin untersuchte die Polizei das Gelände und stellte die Tunnel fest.

Klimaschützer wollen Räumung Lützeraths in die Länge ziehen

Die Polizei geht seit Beginn der [Räumung in Lützerath](#) am Mittwoch gegen Barrikaden, Baumhäuser und errichtete Blockaden vor. Dass Lützerath irgendwann geräumt sein wird, gilt als so gut wie sicher, auch wenn Klimaschützerinnen und -schützer immer wieder für eine Neubewertung plädieren.

Auch deswegen geht es für die Aktivistinnen und Aktivisten darum, Zeit zu gewinnen und die Räumung Lützeraths möglichst lange zu verzögern. „Der

Tunnel unter Lützerath ist eine spezielle Struktur, die die Räumung in die Länge ziehen soll“, heißt es in der Beschreibung eines Videos, das am Donnerstagnachmittag auf dem Kanal „[LuetziBleib | Unser aller Wald](#)“ veröffentlicht wurde.

„In dem Tunnelsystem sitzen zwei Menschen“, sagt eine Sprecherin der Aktivisten auf Anfrage, „die Tunnel sind durch eine Betontür geschützt und die Menschen sind mit Lock-On-Systemen ausgestattet.“

Link zum Video <https://youtu.be/xonrW2smPyg>

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 19:08 Uhr

Polizei setzt Räumung Lützeraths auch in der Dunkelheit fort

Im Braunkohleort Lützerath geht die Räumung am Donnerstagabend auch in der Dunkelheit teilweise weiter. „Objekte, die angegangen worden sind, arbeiten wir noch fertig ab“, sagte ein Polizeisprecher. Auch Aktivisten, die sich einbetoniert oder festgekettet hätten, würden trotz der Dunkelheit befreit. „In solchen Fällen müssen wir Hilfe leisten“, sagte der Sprecher. Es sei aber nicht geplant, in der Nacht die Räumung weiterer Gebäude anzugehen.



Ein Baum in dem ein Baumhaus gebaut war, wurde gefällt und zersägt.

Teile von Lützerath wurden durch Scheinwerfer hell erleuchtet. Bäume wurden gefällt und Sträucher entfernt, wie eine dpa-Reporterin berichtete. Auch Holzhäuser seien in der Dunkelheit noch abgerissen worden.

Der Polizeieinsatz in der vorangegangenen Nacht hatte für Diskussionen gesorgt. Klimaaktivistin Luisa Neubauer hatte der Polizei am Donnerstag vorgeworfen, es sei gefährlich und unverständlich, dass die Räumung am Mittwochabend bei Dunkelheit bis in die Nacht hinein fortgesetzt worden sei.

Ein dpa-Reporter berichtete aus dieser Nacht, die Polizei habe sich bei ihrem Einsatz weitestgehend darauf beschränkt, sich mit Aktionen der Aktivisten zu befassen. So holten Polizisten Aktivisten aus etwa zehn Metern

Höhe vom Dach einer Halle. Andere Einsatzkräfte machten eine Aktivistin los, die in einem Auto-wrack saß und ihren Arm durch ein Loch im Fahrzeug im Erdboden einbetoniert hatte.

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 20:31 Uhr

Polizeipräsident: Aktivisten in Lützerath in unterirdischen Gängen

Im Braunkohleort Lützerath haben sich Aktivisten in unterirdischen Gängen verschanzt. Die Polizei spricht offiziell von „unterirdischen Bodenstrukturen“. „In mindestens einer dieser unterirdischen Bodenstrukturen sind Menschen drin, die müssen geborgen werden. Eine andere ist leer“, sagte Aachens Polizeipräsident Dirk Weinspach am Donnerstagabend im WDR.

Die Situation für die Aktivisten unter der Erde sei nicht ungefährlich. „Wir wissen nicht, wie stabil diese unterirdischen Bodenstrukturen sind. Wir wissen auch nicht, wie die Luftzufuhr dort ist“, sagte Weinspach.

Im Moment komme die Polizei nicht an die Aktivisten heran. Spezialkräfte von RWE und Technischem Hilfswerk kümmern sich nun darum, „wie die Rettung in geeigneter Weise vorgenommen werden kann“.

Die Besetzer des Ortes, der dem Braunkohle-Abbau weichen soll, hatten zuvor in den sozialen Netzwerken über den Tunnel berichtet und die Polizei gewarnt, mit schwerem Gerät in den Bereich zu fahren.

Donnerstag, 12. Januar 2023 | 20:36 Uhr

Polizeipräsident: Lützerath-Räumung bis auf Tunnel fast abgeschlossen

Die Räumung des Braunkohleorts Lützerath ist nach Angaben von Aachens Polizeipräsident Dirk Weinspach weit fortgeschritten. „Die Räumung der überirdischen Strukturen ist weitgehend abgeschlossen“, sagte er am Donnerstagabend im WDR. „Wir haben fast alle Häuser geräumt bis auf eins. Es ist die Wiese geräumt, ein Großteil der Baumhäuser ist geräumt. Insofern bleibt gar nicht mehr so viel über“, sagte er.

Wie lange der Einsatz nun noch dauern werde, könne man trotzdem nicht sagen. Verzögert werden könnte die Räumung durch unterirdische Gänge, die am Donnerstag entdeckt wurden. Dort halten sich nach Erkenntnissen

der Polizei noch Aktivisten auf. „Wie lange jetzt die Räumung aus den unterirdischen Bodenstrukturen dauern wird, das ist nicht abzusehen. Da wird es auch darauf ankommen, ganz vorsichtig vorzugehen und keine Risiken einzugehen“, sagte der Polizeipräsident.



Donnerstag, 12.01.2023 | 23:15

Räumung der Ortslage Lützerath wird fortgesetzt – Steinwürfe und Sachbeschädigungen

Die Räumung der Ortslage Lützerath wurde in der Nacht zum Donnerstag fortgesetzt. Insgesamt war die Nacht ruhig - es kam in diesem Bereich zu keinen besonderen Vorkommnissen. In Aachen kam es mit Sachbeschädigungen an Parteibüros der CDU und Bündnis 90 / Grünen zu Resonanzstrafaten. Der Staatsschutz der Polizei Aachen hat dazu die Ermittlungen aufgenommen.

Am Donnerstag (12.01.) wurden Einsatzkräfte der Polizei mehrfach mit Steinen und Feuerwerkskörper beworfen. Eine Polizistin wurde von einem Böller getroffen und am Bein verletzt. Ein weiterer Polizist erlitt ein Knalltrauma.

Aus einer angemeldeten Versammlung in der Ortslage Keyenberg entfernten sich ca. 200 Menschen über Wirtschaftswege und Felder in Richtung Lützerath und Tagebaukante. An der Umzäunung von Lützerath wurde ein Teil dieser Personengruppe von der Polizei angehalten und umschlossen. Die Personen wurden aufgefordert, den Sicherheitsbereich zu verlassen. Teilweise mussten Personen von Polizeikräften aus dem Bereich herausgetragen werden. Unter anderem die in dieser Gruppe befindliche Klimaaktivistin Luisa Neubauer.

Ein in der Ortslage Keyenberg geparkter Zivil-PKW wurde von unbekannt Tätern*innen in Brand gesetzt. Das Fahrzeug war durch ein Blaulicht auf dem Dach eindeutig erkennbar. Nach derzeitigem Ermittlungsstand geht die Polizei von Brandstiftung aus.

Im Laufe des Tages wurden mehrere Häuser in Lützerath komplett geräumt und für den Abriss durch den Bergbaubetreiber freigegeben. Eine Vielzahl von Baum- und Bodenstrukturen wurden ebenfalls geräumt und im direkten Anschluss abgerissen. Mehrere Aktivisten haben sich dabei in den Strukturen festgeklebt und mussten von der Polizei gelöst werden.

In den Nachmittagsstunden wurde in der Nähe eines Gebäudes der Zugang zu einer unterirdischen Bodenstruktur gefunden. Die Polizei hat Kontakt zu den Personen in der Struktur, die über eine Frischluftzufuhr verfügt. Kommunikationsbeamte der Polizei Aachen sind im Gespräch mit den Personen und versuchen, sie davon zu überzeugen ihren Widerstand aufzugeben und den Gefahrenbereich zu verlassen.

An der Anschlussstelle Jackerath haben sechs Personen versucht, sich auf der Fahrbahn festzukleben. Durch zufällig vor Ort befindliche Polizeibeamte konnte dies verhindert werden.

Über 300 Personen verließen Lützerath bis zum Abend. Ca. 70 Personen wurden nach erfolgter Identitätsfeststellung aus der Ortslage entlassen. Insgesamt wurden gegen sechs Personen wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Sachbeschädigung Anzeigen gefertigt. Seit Einsatzbeginn am 11.01.23 wurden für drei in Gewahrsam genommene Personen Anträge auf Langzeitgewahrsam gestellt. Alle Anträge wurden durch den zuständigen Richter bestätigt. Zwischenzeitlich gaben zwei dieser Personen ihre Personalien an und wurden aus dem Gewahrsam entlassen.

Insgesamt elf Einsatzkräfte verletzten sich ohne Fremdeinwirkung, neun waren aber weiter dienstfähig. Zwei Polizist*innen konnten ihren Dienst nicht weiter fortsetzen. Fünf Polizist*innen wurden durch Fremdeinwirkung verletzt, konnten aber weiter im Einsatz bleiben. Auf Seiten der Besetzerzene wurde eine Person leicht verletzt.

Insgesamt verliefen die Räumungsmaßnahmen der Polizei am Donnerstag planmäßig. Auf die beschriebenen Widerstände waren die Einsatzkräfte gut vorbereitet. Medienvertreter*innen konnten sich durchgängig im Einsatzbereich frei bewegen.

Freitag, 13. Januar 2023 | 06:55 Uhr

Weiter Aktivisten in Tunnel unter Lützerath – THW zieht wieder ab

Einsatzkräfte des Technischen Hilfswerks haben die Aktivisten in einem Tunnel unter dem Braunkohleort Lützerath in der Nacht zum Freitag zunächst nicht aus ihrem Versteck geholt. Das THW habe den Einsatz beendet, sagte eine Polizeisprecherin am frühen Freitagmorgen. Wann ein neuer Versuch unternommen wird, die Aktivisten herauszuholen, blieb zunächst unklar.

Ein Polizeisprecher hatte zuvor erklärt, man habe keinen Blickkontakt zu den Personen, könne aber mit ihnen sprechen. Am Donnerstag war bekannt geworden, dass sich Aktivisten offenbar in einem unterirdischen Gang verschanzt haben.

Eine Sprecherin der Gruppe „Lützerath lebt“ sagte, die Personen seien in gut vier Metern Tiefe. Die Aktivisten hätten sich darauf vorbereitet und sich aktiv für die Aktion entschieden. „Sobald sich hier irgendwelche schweren Geräte bewegen, sobald Abriss- oder Aufräumarbeiten passieren, kann es sein, dass der Tunnel einsturzgefährdet ist und ihr Leben gefährdet ist“, sagte sie. Die Tunnel-Aktion ist eine von vielen Protestformen, mit denen die Klimaaktivisten die Räumung von Lützerath behindern wollen.

Laut einem Polizeisprecher sollte es in der Nacht keine weiteren Räumungen von Häusern oder Baumhäusern geben. Die Polizei wird demnach aber aktiv, sollten Aktivisten - wie bei der Tunnel-Aktion - aus potenziell gefährlichen Lagen befreit werden müssen. Das war zunächst aber nicht der Fall.

Freitag, 13. Januar 2023 | 06:56 Uhr

Wind und Regen – Erneut ungemütliche Nacht für Lützerath-Besetzer

Die verbliebenen Klimaaktivisten in Lützerath haben auch in der zweiten Nacht nach Beginn der Räumung des Braunkohleorts bei ungemütlichem Wetter ausgeharrt. Bei starkem Regen, kräftigem Wind und Temperaturen unter zehn Grad blieben sie auch am frühen Freitagmorgen in besetzten Häusern oder selbstgebaute Behausungen. Weiter geräumt wurde von der Polizei in der Nacht zunächst nicht.

Zwar waren nach wie vor zahlreiche Polizisten vor Ort. Laut einem Polizeisprecher wollte man in der Nacht aber nur aktiv werden, wenn Aktivisten aus potenziell gefährlichen Lagen befreit werden müssten. So hatten sich

Aktivisten in einem unterirdischen Gang verschanzt. Das Technische Hilfswerk rückte an, beendete den Einsatz in der Nacht aber wieder, ohne die Personen aus dem Tunnel geholt zu haben.

Obwohl bereits Lützerath-Verteidiger freiwillig gegangen waren und die Polizei einige Häuser und selbstgebaute Siedlungen geräumt hatte, waren weiter Aktivisten auf dem Gelände, dessen Boden völlig aufgeweicht und schlammig war. Eine Sprecherin der Gruppe „Lützerath lebt“ war sich in der Nacht zum Freitag sicher, den Ort auf jeden Fall noch bis zur geplanten Großdemonstration am Samstag „halten“ zu können.



Die Bedingungen in Lützerath werden durch den anhaltenden Regen zunehmend schlechter. **Bild:** dpa/picture-alliance

Freitag, 13. Januar 2023 | 06:58 Uhr

Polizei beendet Besetzung der NRW-Parteizentrale der Grünen

Nach mehr als zehn Stunden haben Polizisten am frühen Freitagmorgen die Besetzung der Parteizentrale der NRW-Grünen beendet. Das teilte ein Parteisprecher am Morgen mit. Die Aktivisten wollten die Geschäftsstelle demnach nicht freiwillig verlassen. Daher habe man vom Hausrecht Gebrauch machen müssen. Einem Polizeisprecher zufolge blieb es bei der Räumung friedlich. Was den Aktivisten nun droht, war in der Nacht zunächst nicht bekannt.

Rund 30 Aktivisten mehrerer Klimaschutz-Organisationen hatte das Büro der Partei in Düsseldorf am Donnerstagmittag besetzt. Damit wollten sie gegen die Haltung der Grünen zur Räumung des Dorfes Lützerath protestieren. Da es laut einem Parteisprecher in der Vergangenheit auch schon zu bedrohlichen Situationen für Mitarbeiter gekommen war, informierte die Partei daraufhin die Polizei.

Das Bündnis „Lützerath Unräumbar“ forderte während der Aktion ein „Moratorium, um die unsinnige und gefährliche Räumung im Rheinischen Braunkohlerevier zu stoppen“. Darüber hinaus wollten die Besetzer persönlich mit NRW-Energieministerin Mona Neubaur (Grüne) verhandeln.

Dieser Forderung folgte die Ministerin nicht. Laut dem Parteisprecher gab es jedoch mehrere Gesprächsangebote, die nicht angenommen wurden. Die Aktivisten warfen den Grünen hingegen vor, sich stur gestellt zu haben und nicht auf ihre Forderungen eingegangen zu sein. Nachts zu räumen, außerhalb des Lichts der Öffentlichkeit, sei feige, teilten sie am Freitagmorgen mit.

Freitag, 13. Januar 2023 | 07:52 Uhr

Aktivistensprecherin: Zwei Menschen in Tunnel unter Lützerath

In einem Tunnel unter dem Braunkohleort Lützerath befinden sich nach Aktivistenangaben zwei Menschen. Die beiden seien entschlossen, sich anzuketten, sobald versucht werde, sie herauszuholen, sagte eine Sprecherin der Initiative „Lützerath lebt“ am Freitagmorgen. Die Polizei hatte am Donnerstag nach eigenen Angaben unterirdische Gänge in Lützerath entdeckt. In einem seien Menschen, hieß es. Ein Sprecher bestätigte am Freitagmorgen, dass es nach Erkenntnissen der Polizei zwei seien.

Das Technische Hilfswerk hatte in der Nacht versucht, die Aktivisten herauszuholen, den Einsatz aber später beendet. Wann ein neuer Versuch unternommen wird, blieb zunächst unklar. Nach Angaben von „Lützerath lebt“ sind die Personen in gut vier Metern Tiefe. Es gebe ein „Belüftungssystem“.

Freitag, 13. Januar 2023 | 08:40 Uhr

Klimaschutzaktivisten blockieren RWE-Zentrale in Essen

Eine Gruppe von Klimaschutzaktivisten hat den Eingang zur Konzernzentrale von RWE in Essen blockiert. „RWE zahlt Millionen, um die Öffentlichkeit und Politik zu manipulieren. Der Konzern zerstört für seinen Profit unser Klima. Wir haben deshalb den Zugang zur Konzernzentrale in Essen blockiert“, begründet Aktivist Raphael Thelen die Aktion am Freitagmorgen auf Twitter.

Klimaschutzaktivisten hatten auch abseits von Lützerath mit Protestaktionen gegen die Räumung des Braunkohledorfs demonstriert. So hatten am Donnerstag einige Aktivisten die Parteizentrale der Grünen in Düsseldorf besetzt.

Freitag, 13. Januar 2023 | 08:50 Uhr

Initiative: Eibenkapelle in Lützerath zerstört

Nach Angaben der Initiative „Die Kirche(n) im Dorf lassen“, hat die Polizei im Rahmen der Räumung von Lützerath die Eibenkapelle im Ort zerstört. „Die sogenannte Eibenkapelle war ein Ort einer befreienden und ökologischen Spiritualität und ist den Planungen eines börsennotierten Konzerns zum Opfer gefallen“, sagt Anselm Meyer-Antz in einer Pressemitteilung der Initiative.

Bis zuletzt hatten Mitglieder aus der Gottesdienstgemeinde den Ort bewacht. Durch die Räumungsarbeiten in Lützerath sind bereits zahlreiche Gebäude zerstört worden, darunter mehrere Baumhäuser der Aktivisten und eine Scheune.

Freitag, 13. Januar 2023 | 10:35 Uhr

Transparent „1,5°C heißt: Lützerath bleibt!“ abgenommen

Im Zuge der Räumung von Lützerath ist am Freitag ein Transparent mit der Aufschrift „1,5°C heißt: Lützerath bleibt!“ von einer Mauer des ehemaligen Hofes von Bauer Eckardt Heukamp entfernt worden. Das weithin sichtbare gelbe Transparent war seit Jahren im Hintergrund vieler Protestaktionen zu sehen gewesen und hatte dementsprechend hohen Symbolwert. Seit Mittwoch wird das von Klimaaktivisten besetzte Dorf Lützerath von der Polizei geräumt und auch schon teilweise abgerissen. Anschließend will der Energiekonzern RWE die darunter liegende Kohle abbaggern.

Freitag, 13. Januar 2023 | 10:52 Uhr

Polizei räumt letztes Haus in Lützerath



Die Polizei bricht das letzte Haus in Lützerath auf. **Bild:** Anica Tischler

Die Polizei hat mit der Räumung des letzten besetzten Hauses in Lützerath begonnen. Mit einer Hacke verschafften sie sich Zugang durch ein verbarriadiertes Fenster. Auf dem Dach harren noch mehrere Aktivisten aus. Einige sitzen auf einem Tripod, einer Art Klettergerüst, der auf dem Dach aufgestellt wurde.

Freitag, 13. Januar 2023 | 12:03 Uhr

NRW-Innenminister Reul mahnt Thunberg zu Deeskalation bei Protesten um Lützerath

Vor der am Samstag geplanten Großdemonstration bei Lützerath hat Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) die dort erwartete schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg zur Deeskalation aufgerufen. „In NRW darf jeder demonstrieren, auch die aus der Ferne anreisende Frau Thunberg“, sagte Reul der „Bild“-Zeitung laut Mitteilung vom Freitag.

„Ich hoffe, sie sorgt dafür, dass ihre Mitstreiter friedlich bleiben und sich an die Regeln halten.“ Die schwedische Aktivistin hatte im Kurzbotschaftendienst Twitter ihren Besuch am Samstag nahe Lützerath angekündigt,

um das frühere Dorf gegen die drohende Abbaggerung der darunter liegenden Kohle zu verteidigen.

Freitag, 13. Januar 2023 | 12:43 Uhr

Polizeipräsident äußert sich zu Lage in Lützerath und gibt Informationen zu Tunnel

Der Polizeipräsident von Aachen, Dirk Weinspach, hat sich zur aktuellen Lage in Lützerath geäußert. „Alle Häuser bis auf eines sind geräumt worden. Da ist gerade die Räumung auch in vollem Gang.“ Auch die noch restlichen besetzten Baumhäuser werde die Polizei heute räumen. Weinspach habe sich ein Bild von der Situation am Tunnel gemacht. Es gebe einen Schacht der vier Meter in die Tiefe führt und dann in die Waagerechte. „Es befinden sich Personen dort unten, die mit Sauerstoffzufuhr in den Tunnel versorgt werden.“ THW und Feuerwehr prüfen, wie sie dort herausgeholt werden können.

Freitag, 13. Januar 2023 | 14:53 Uhr

Umfrage: Mehrheit gegen eine Ausweitung der Braunkohleabbaugebiete

Eine Mehrheit der Deutschen ist gegen eine Ausweitung der Braunkohleabbaugebiete, wie sie derzeit nach der Räumung im Dorf Lützerath geplant ist. Wie aus dem am Freitag veröffentlichten ZDF-Politbarometer hervorging, sprechen sich 59 Prozent der Befragten gegen eine solche Ausdehnung aus - 33 Prozent sind dafür. Vor allem eine deutliche Mehrheit (87 Prozent) der Grünen-Wähler ist gegen das Vorhaben.

Hingegen wird von 60 Prozent aller Befragten eine stärkere Nutzung der Kohlekraftwerke zur Sicherung der Stromversorgung als richtig erachtet. 36 Prozent sprechen sich dagegen aus.

Obwohl der verstärkte Einsatz von Kohlekraftwerken von einer Mehrheit befürwortet wird, sind 58 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der Meinung, dass die Bundesregierung zu wenig für den Klimaschutz tut. 26 Prozent halten die Klimaschutzmaßnahmen für ausreichend; 13 Prozent der Befragten gehen die Maßnahmen zu weit.

Der zu Erkelenz gehörende Ort Lützerath soll abgerissen werden, damit der Energiekonzern RWE die darunter liegende Kohle abbaggern kann. Dies sei zur Aufrechterhaltung der Energiesicherheit dringend nötig, sagen

RWE und die nordrhein-westfälische Landesregierung. Die Aktivisten bestreiten das unter Hinweis auf Studien und besetzen die Gebäude der Ortschaft. Seit Mittwoch räumt die Polizei das Dorf.

Freitag, 13. Januar 2023 | 14:53 Uhr

Polizei: Spezialkräfte müssen Aktivisten aus Tunnel holen

Nach wie vor harren in Lützerath zwei Klimaaktivisten in einem Tunnel aus – um sie dort herauszuholen, sind nach Polizei-Angaben Spezialkräfte von Feuerwehr und THW nötig. „Ich finde es einfach schlimm, welche Gefahren diese Menschen auf sich nehmen, für sich“, sagte der Aachener Polizeipräsident Dirk Weinspach am Freitag, nachdem er ein Stück weit in den Tunnelschacht hineingestiegen war. Die Konstruktion sei nicht sicher, die Sauerstoffversorgung sei auf Dauer nicht sichergestellt, sagte Weinspach. Er gehe allerdings davon aus, dass derzeit keine akute Gefahr für die beiden Personen bestehe. Ob sie festgekettet seien, wisse er nicht.

„Kontaktbeamte versuchen gerade, Kontakt aufzunehmen und mit den Betroffenen zu sprechen“, sagte er. Deren Kommunikation mit Telefon funktioniert nicht mehr, man versuche es jetzt mit Funkgeräten. Die Polizei räumt den von Klimaaktivisten besetzten Ort Lützerath am Rande des rheinischen Braunkohletagebaus seit Mittwoch. Er soll zur Kohlegewinnung abgerissen werden.

Freitag, 13. Januar 2023 | 14:54 Uhr

Lützerath-Protest - 200 Vermummte demolieren in Berlin Schaufenster

Mehr als hundert vermummte Täter sollen in Berlin-Mitte aus Protest gegen die Räumung des Dorfes Lützerath randaliert und Schaufensterscheiben eingeworfen haben. Sie zündeten in der Nacht zu Freitag Mülltonnen an und beschossen eine Polizeiwache mit Pyrotechnik, wie die Polizei mitteilte. Die Rede war von mehr als 200 Randalierern, die durch die Straßen rund um den Hackeschen Markt zogen. Das nordrhein-westfälische Dorf Lützerath soll abgerissen werden, damit der Energiekonzern RWE die darunter liegende Kohle abbaggern kann.

Laut Berliner Polizei begannen erste vermummte Personen gegen 1.15 Uhr Mülltonnen anzuzünden. Nachdem die Gruppe stark angewachsen war, zog sie weiter. Dabei beschädigten die mutmaßlich aus der linksextremen

Szene stammenden Täter Schaufenster von mindestens 26 Geschäften mit Pflastersteinen und mit Farbe gefüllten Christbaumkugeln. Zudem beschmierten sie Fassaden und Fenster mit Parolen im Zusammenhang mit Lützerath.

Freitag, 13. Januar 2023 | 15:04 Uhr

Greta Thunberg in Lützerath eingetroffen



Greta Thunberg in Lützerath Bild: Anica Tischler

Greta Thunberg kam gegen 15 Uhr in Lützerath an und sprach zusammen mit anderen Aktivisten wie Luisa Neubauer den anderen Aktivisten, die noch in den Bäumen sind, ihre Solidarität aus. Sie rief dazu auf, am Samstag um 12 Uhr zu der Großdemo dazuzustoßen.

Freitag, 13. Januar 2023 | 15:25 Uhr

Greta Thunberg prangert in Lützerath „Polizeigewalt“ an

Die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg hat am Freitag Lützerath besucht und das Vorgehen der Polizei bei der Räumung des rheinischen Dorfes scharf kritisiert. „Es ist empörend, wie die Polizeigewalt ist“, sagte Thunberg. Die 20-Jährige besichtigte auch den Krater des Braunkohletagebaus und hielt dabei ein Schild mit der Aufschrift „Keep it in the ground“ (Lasst es im Boden) hoch.

Was in Lützerath geschehe, sei „schockierend“, sagte Thunberg. Leider geschähen ähnliche Dinge überall auf der Welt. „Es ist entsetzlich zu sehen, was hier passiert.“ Viele Menschen hätten seit Jahren versucht, dies zu verhindern.

Am Samstag werde sie an der geplanten Kundgebung für die Erhaltung von Lützerath teilnehmen, kündigte sie an. Wenn Regierungen und Konzerne in

dieser Weise zusammenarbeiteten, um die Umwelt zu zerstören und zahllose Menschen zu gefährden, müsse die Bevölkerung dagegen angehen und ihre Stimme erheben. „Wir wollen zeigen, wie People Power aussieht wie Demokratie aussieht.“ Wie lange sie in Deutschland bleibe, wisse sie noch nicht.

Freitag, 13. Januar 2023 | 15:34 Uhr

Gericht: Großdemo zu Lützerath kann mit Einschränkung stattfinden

Die für Samstag im Braunkohlegebiet in Lützerath geplante Großdemonstration kann nach einer Gerichtsentscheidung mit Einschränkungen stattfinden. Das hat das Aachener Verwaltungsgericht entschieden und am Freitag mitgeteilt. Die Polizei hatte der Versammlungsleitung von „Klimagerechtigkeitsbewegung DE“ gefordert, dass der Startpunkt der Demo nördlich des Erkelenzer Ortsteils Keyenberg um 10.30 Uhr verlegt wird.

Außerdem untersagte die Polizei das Mitführen von zehn Traktoren. Gegen diese Vorgaben war die Veranstalterin vor das Verwaltungsgericht Aachen gezogen und hatte zum Teil damit Erfolg. Gegen den Beschluss ist Beschwerde am Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster möglich (Az.: 6 L 35/23).

In dem Eilverfahren bestätigte das Gericht die Sicht der Polizei in Sachen Traktoren. Bei der Großdemo mit erwarteten 8000 Teilnehmern seien die landwirtschaftlichen Großgeräte eine Gefahr für den Demonstrationszug.

Freitag, 13. Januar 2023 | 17:10 Uhr

Lützerath: Abrissarbeiten am Wohnhaus von Bauer Heukamp

Bei der Räumung von Lützerath hat ein Bagger damit begonnen, zentrale Gebäude abzureißen. Darunter ist auch das Wohnhaus von Bauer Eckardt Heukamp. An einer Halle daneben hatte weithin sichtbar ein gelbes Transparent mit der Aufschrift „1,5°C heißt: Lützerath bleibt!“ gehangen. Diese Halle steht seit Freitagnachmittag nicht mehr. Der Heukamp-Hof war seit Jahren im Hintergrund vieler Protestaktionen zu sehen gewesen und hatte dementsprechend hohen Symbolwert.

Freitag, 13. Januar 2023 | 17:20 Uhr

Polizei: Keine Aktivisten mehr in und auf Häusern in Lützerath

In den Häusern in Lützerath und auf den Dächern der Gebäude sind nach Angaben der Polizei keine Aktivisten mehr. Das sagte ein Sprecher am Freitagnachmittag einem dpa-Reporter. Damit schreitet die Räumung des Ortsteils von Erkelenz im rheinischen Braunkohlerevier weiter voran. Weiter geräumt werden müssen noch ein Tunnel, in dem sich zwei Klimaaktivisten verschanzt hatten und mehrere Baumhäuser.

Freitag, 13. Januar 2023 | 17:46 Uhr

Scholz verteidigt Räumung von Lützerath

Bundeskanzler Olaf Scholz hat Teile der Proteste gegen die Räumung des Braunkohledorfes Lützerath kritisiert. „Auch ich habe früher häufiger demonstriert. Allerdings gibt es für mich eine Grenze, die genau da verläuft, wo Protest gewalttätig wird“, sagte der SPD-Politiker der „wochentaz“, der Wochenzeitung der „taz“. Kritik, mit der Erschließung der Braunkohlevorkommen unter Lützerath seien die Klimaziele in Gefahr, lässt Scholz nicht gelten. „Dieser Vorwurf trifft nicht zu. Es ist genau umgekehrt: Wir machen Politik, damit wir unsere Klimaziele erreichen.“

„Vielleicht sollte sich der Protest eher dagegen richten, dass es sechs Jahre braucht, bis eine Windkraftanlage genehmigt wird. Wenn wir die Energiewende schaffen wollen, brauchen wir mehr Tempo“, machte der Kanzler deutlich. Scholz stellt schnellere Genehmigungsverfahren und mehr Tempo beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Aussicht. „Das Ziel muss sein, bald jeden Tag drei bis vier große Windkraftanlagen in Deutschland aufzustellen.“ Es sei das unbedingte Ziel seiner Regierung, dafür zu sorgen, dass Deutschland bis 2045 klimaneutral werde.

Scholz machte zugleich deutlich, dass es eine weitere Verlängerung der Laufzeiten der drei verbliebenen Atomkraftwerke nicht geben wird. „Ja, definitiv“, sagte der Kanzler auf die Frage, ob er eine Laufzeitverlängerung über das Frühjahr hinaus ausschließe.

Der Kanzler unterstrich zudem, dass er staatliche Verbote zur Erreichung von Klimazielen ablehne. „Wir werden die Klimaziele nicht mit Verzicht oder Verboten erreichen“, sagte er. „Ich halte nichts davon, weniger Autofahren staatlich zu verordnen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen selbst entscheiden, wie sie sich fortbewegen wollen.“ Er sei aber überzeugt, „dass wir es mit technologischer Modernisierung schaffen werden, CO₂-neutral zu wirtschaften, das Klima und unsere Ressourcen zu schonen und unseren Wohlstand zu erhalten“.

Freitag, 13. Januar 2023 | 18:14 Uhr

Aktivisten klettern auf Schilderbrücke an A 44 - Strecke gesperrt

Klimaaktivisten sind am Freitagnachmittag am Autobahnkreuz Jackerath auf der Autobahn 44 in der Nähe des Braunkohletagebaus an zwei Stellen auf Schilderbrücken geklettert. Einen entsprechenden Bericht eines dpa-Reporters bestätigte ein Aachener Polizeisprecher. Die Autobahn sei aus Sicherheitsgründen gesperrt worden, sagte der Polizeisprecher. Die Demonstranten würden von den Schilderbrücken heruntergeholt. Laut WDR gab es an der Stelle mehrere Kilometer Stau.

Freitag, 13. Januar 2023 | 19:53 Uhr

Polizeichef widerspricht Thunberg

Nachdem Greta Thunberg das Vorgehen der Polizei bei ihrem Besuch in Lützerath kritisiert hat, widerspricht der Präsident der Aachener Polizei, Dirk Weinspach, der weltberühmten Klimaaktivistin, das berichtet der „Spiegel“. Thunberg habe sich für kurze Zeit „in einer absolut friedlichen Atmosphäre in Lützerath blicken lassen“, sagte Weinspach dem Bericht zufolge zu Thunbergs Worten. Den größten Teil ihres Aufenthaltes habe sie genutzt, um mit der Presse zu sprechen, erklärte Weinspach weiter.

Thunberg hatte sich zuvor zu Wort gemeldet. „Es ist empörend, wie die Polizeigewalt ist“, hatte die Aktivistin bei ihrem Besuch in Lützerath gesagt. „Sie hat zu keiner Zeit die Gelegenheit ergriffen, sich bei den zahlreichen Einsatzkräften über die Situation der letzten Tage zu informieren“, entgegnete Weinspach nun. „Es ist mir unverständlich, wie sie zu ihrer erstaunlichen Beurteilung kommt.“



Freitag, 13. Januar 2023 | 23:29 Uhr

Räumung der Ortslage Lützerath schreitet voran

Die Räumung der Ortslage Lützerath wurde auch am dritten Tag fortgesetzt. Am Freitag (13.01.) wurde das letzte Gebäude durch Polizeikräfte geräumt - es befinden sich jedoch noch Besetzer*innen in Baumstrukturen.

In der am Donnerstag entdeckten unterirdischen Bodenstruktur befinden sich nach wie vor mehrere Personen. Bislang lehnen sie ein freiwilliges Verlassen der unterirdischen Bleibe ab.

Aus der Ortslage Keyenberg liefen am Nachmittag mehrere 100 Personen über Felder und Wirtschaftswege in Richtung Tagebaukante. Diese Gruppe wurde von geschlossenen und berittenen Einheiten, auch unter Anwendung unmittelbaren Zwangs, vor dem Erreichen des Gefahrenbereiches aufgehalten. Eine kleinere Personengruppe setzte sich auf einem Wirtschaftsweg an der L 12 und blockierte diesen. Die Polizei bewertete diese Gruppe als Versammlung und forderte die Gruppe auf, sich einer Mahnwache in der Nähe anzuschließen; dies lehnte man ab. Ohne weiteres polizeiliches Einschreiten entfernten sich die Personen nach einer Stunde wieder.

Seit Beginn der Räumung wurden bisher gegen 124 Personen Strafanzeigen gefertigt, dabei insbesondere wegen Widerstand gegen Polizeivollzugsbeamten und wegen Landfriedensbruchs.

Für hohes mediales Interesse sorgte der Besuch einer Parlamentarierin in Lützerath. Diese wurde von Luisa Neubauer und Greta Thunberg begleitet. Kurz nach dem Besuch veröffentlichte Frau Thunberg einen Tweet: "Es ist empörend, wie die Polizeigewalt ist." Polizeipräsident Weinspach bemerkte dazu: "Den größten Teil ihres Aufenthalts hat sie genutzt, um mit der Presse zu sprechen und Statements zu geben. Während fast neben ihr sehr behutsam von Polizistinnen und Polizisten daran gearbeitet wurde, Aktivisten vom Gelände zu bringen."

Samstag, 14. Januar 2023 | 08:19 Uhr

Aktivisten harren in Tunnel aus – Polizei will Räumung fortsetzen

Die Polizei will die Räumung des von Aktivisten besetzten Braunkohleortes Lützerath am Samstagmorgen fortsetzen. „Oberirdisch sind wir so gut wie durch“, sagte ein Sprecher am Morgen. Es gebe noch etwa 15 „Strukturen“ der Aktivistinnen und Aktivisten, darunter Baumhäuser und Verschlüsse, hieß es. Zudem werde weiter versucht, in einen Tunnel vorzudringen, in dem zwei Menschen ausharren sollen.

Die Einsatzkräfte hatten die Räumung von Lützerath am Freitagabend erneut abgebrochen. Die Nacht verlief nach Polizeiangaben „ruhig“. Es habe

keine Zwischenfälle gegeben. Aktivisten in Baumhäusern weckten sich am frühen Samstagmorgen gegenseitig mit Rufen, wie ein dpa-Reporter berichtete. Weite Teile des Geländes seien mit Flutlicht ausgeleuchtet.

Seit Beginn der Räumung am Mittwoch brachten Einsatzkräfte nach Polizeiangaben etwa 470 Aktivisten aus der besetzten Ortschaft. Davon hätten 320 Menschen das Gelände freiwillig verlassen.

Die Polizei hatte zudem Erkenntnisse zu vier verletzten Aktivisten. Die Verletzungen seien „im Rahmen von Widerstandshandlungen“, durch Ankleben sowie einen Sturz entstanden, sagte der Sprecher am Morgen. Zudem seien fünf Polizisten durch Pyrotechnik verletzt worden. Gegen 124 Personen seien Strafanzeigen gefertigt worden, überwiegend wegen Landfriedensbruchs sowie Widerstands gegen Polizisten.

Samstag, 14. Januar 2023 | 08:48 Uhr

Klimaforscher Latif: Verbrennung der Lützerath-Kohle „völlig irrelevant für Weltklima“

Der Klimaforscher und Meteorologe Mojib Latif hat beklagt, dass die Debatte rund um die Räumung des Braunkohledorfes Lützerath ohne fundierte wissenschaftliche Studien laufe. „Die Diskussion um Lützerath läuft derzeit ohne großen wissenschaftlichen Hintergrund“, sagte Latif der „Rheinischen Post“ (Samstag). Die Verbrennung der Kohle unter Lützerath sei „völlig irrelevant“ für das Weltklima. „Ein Verzicht auf den Abbau würde uns dem 1,5-Grad-Ziel für die maximale Erderwärmung keinen Schritt näherbringen“, sagte Latif. Das könnten nur alle Länder zusammen. „Die Plakate der Demonstranten sind da irreführend.“

Der Widerstand von Klimaaktivisten in dem zu Erkelenz gehörenden Ort am Rande des rheinischen Braunkohlereviere sei aber nicht unsinnig. Deutschland habe eine historische Verantwortung, da das Land bei der für die laufende Erwärmung ursächliche Emission von Kohlendioxid in der Vergangenheit weltweit auf Platz fünf liege. Kohlendioxid müsse an vielen Stellen eingespart werden. Der Straßenverkehr etwa leiste bisher gar nichts zur Senkung der Treibhausgase, sagte Latif.

In der politischen Diskussion rief er zu Kompromissbereitschaft auf. „Ich verstehe die Ungeduld der jungen Leute. Aber man muss zuerst die Bevölkerung von der Notwendigkeit schärferer Klimamaßnahmen überzeugen.“ Am besten wäre es, sie würden von den Änderungen profitieren. In

Lützerath sei es am besten, wenn sich die Beteiligten noch einmal an einen Tisch setzten und über die veränderte Lage ergebnisoffen diskutierten.

Samstag, 14. Januar 2023 | 09:47 Uhr

Polizei macht Angaben zu Verletzten bei Lützerath-Räumung

Die Polizei hatte Erkenntnisse zu vier verletzten Aktivisten. Die Verletzungen seien „im Rahmen von Widerstandshandlungen“, durch Ankleben sowie einen Sturz entstanden, sagte der Sprecher am Morgen. Zudem seien fünf Polizisten durch Pyrotechnik verletzt worden. Gegen 124 Personen seien Strafanzeigen gefertigt worden, überwiegend wegen Landfriedensbruchs sowie Widerstands gegen Polizisten.

Samstag, 14. Januar 2023 | 10:07 Uhr

Luisa Neubauer: „3-stündige absurde Polizeikontrolle“ auf dem Weg nach Lützerath

Die deutsche Klimaaktivistin Luisa Neubauer twittert, dass tausende Menschen auf dem Weg nach Lützerath seien, um sich der Großdemo gegen den Abriss des Dorfes Lützerath ab 12 Uhr anzuschließen.

Neubauer schrieb, dass ein sich der Demo anschließender Bus mit Menschen aus Hamburg mit einer „3-stündigen absurden Polizeikontrolle“ aufgehalten wurde und verlangte: „Wir setzen darauf, dass Menschen heute anreisen können, ohne kriminalisiert zu werden.“

Zu der Demonstration im Nachbarort Keyenberg, der wie Lützerath zu Erkelenz gehört, erwartet die Polizei 8000 Teilnehmer. Das Motto der Demonstration ist „Räumung verhindern! Für Klimagerechtigkeit“.

Samstag, 14. Januar 2023 | 10:17 Uhr

Wüst lehnt Verzicht auf Abbagern von Lützerath erneut ab

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) hat einen Verzicht auf ein Abbagern des Ortes Lützerath für den Braunkohletagebau erneut abgelehnt. „Wir haben ja die Debatten alle geführt“, sagte Wüst im „Interview der Woche“ des Deutschlandfunks.

„In einem Rechtsstaat ist an einem bestimmten Punkt eine Sache auch entschieden, und dieser Punkt ist mit den Beschlüssen und mit den Urteilen eben erreicht“, stellte der CDU-Politiker weiter klar. Gegen die Räumung von Lützerath gibt es seit Tagen heftige Proteste. Für diesen Samstag ist eine neue Großdemonstration angekündigt.

Im am Freitag veröffentlichten ZDF- „Politbarometer“ sprach sich eine deutliche Mehrheit von 59 Prozent der Befragten gegen die damit verbundene Ausweitung des Braunkohletagebaus Garzweiler II aus. Auch äußerten 58 Prozent, die Bundesregierung tue insgesamt zu wenig für den Klimaschutz.

Wüst sagte mit Blick auf die Proteste in Lützerath, er habe Verständnis dafür, dass die jungen Leute das Thema auf die Tagesordnung setzen würden. Sie blendeten aber Punkte aus, die Politik abwägen müsse. „Das hat man auf der Bundesebene getan, das haben wir hier getan, und deswegen ist es notwendig, diese Kohle jetzt in Anspruch zu nehmen“, sagte der Ministerpräsident. Er verwies darauf, dass dafür auch vereinbart worden sei, die Kohleverstromung in Nordrhein-Westfalen 2030 zu beenden. Damit „emittieren wir am langen Ende weniger“.

Einen eigenen Besuch in Lützerath lehnte Wüst ab. „Ich habe auch eher den Eindruck, dass ich da nicht sonderlich viel helfen kann“, sagte er. „Ich habe auch nicht den Eindruck, dass da noch diskutiert wird, sondern da wird protestiert und demonstriert und leider auch Gewalt ausgeübt, jedenfalls in Teilen, gegen Polizisten.“ Wüst rief dazu auf, die jahrzehntelangen Streitigkeiten in der Energie-Politik zu befrieden und forderte mehr Sachlichkeit in der Diskussion

„Mein großer Wunsch wäre, dass wir es in einer eher sachlichen und weniger aggressiven Art tun, weil ich schon sehe, dass in allen Parteien, in allen demokratischen Parteien das Bekenntnis zum Klimaschutz klar ist, in allen Parteien das Bekenntnis zum Ausbau der Erneuerbaren klar ist.“ Da sei „schon mal ein Kern von Einigkeit“.

Samstag, 14. Januar 2023 | 10:35 Uhr

Polizei: Vor Lützerath-Demonstration bereits viele Menschen vor Ort

Zu einer großen Demonstration am Samstag gegen die Räumung und den Abriss des Braunkohleortes Lützerath sind nach Polizeiangaben am

Morgen zahlreiche Teilnehmer eingetroffen. Ein Polizeisprecher sprach von einem „regen Zulauf“.

Zu der Demo in Keyenberg, einer Nachbarortschaft von Lützerath im Rheinischen Revier, erwartet die Polizei 8000 Teilnehmer. Auch die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg hat sich angekündigt. Die Demo beginnt um 12.00 Uhr. Aus 50 Städten und 14 Bundesländern würden Teilnehmer erwartet, hatte Fridays for Future mitgeteilt.

Samstag, 14. Januar 2023 | 11:15 Uhr

Demosanitäter machen sich in Lützerath bereit – Gefahr von Unterkühlungen besteht

Freiwillige Demosanitäter aus Düsseldorf machen sich in Lützerath bereit. Sie rechnen vor allem mit Unterkühlungen von Demonstrierenden, die nicht wetterfest gekleidet sind.

Hinzu kommen für die Demosanitäter weitere Faktoren, wie körperliche Aktivität und mögliche gewaltsame Auseinandersetzungen, bei denen die Sanitäter helfen können.

Samstag, 14. Januar 2023 | 11:21 Uhr

Rettung aus Tunnel ist Sache von THW und RWE

Nach Angaben des Energiekonzerns RWE laufen Vorbereitungen, um Aktivisten aus einem Tunnel zu holen. Laut Polizei ist der Einsatz an dem Tunnel übergeben worden. Es handle sich um eine „Rettung“, die nun in den Händen von RWE und THW liege, sagte ein Polizeisprecher. „Wir gehen davon aus, dass es ihnen gut geht“, sagte Bente Opitz von der Initiative „Lützerath lebt“. Die Aktivisten hätten genug zu essen und könnten mehrere Tage in dem Tunnel ausharren.

Samstag, 14. Januar 2023 | 12:16 Uhr

Thunberg kritisiert Grüne - Kohletagebau „sieht aus wie Mordor“

Greta Thunberg hat die deutschen Grünen wegen ihrer Unterstützung für den Abriss von Lützerath und das Abbaggern der unter dem Dorf liegenden Kohle kritisiert. Konzerne wie RWE müsse man eigentlich dafür zur Rechenschaft ziehen, wie sie mit Menschen umgingen. „Dass die Grünen mit

solchen Unternehmen Kompromisse schließen, zeigt, wo ihre Prioritäten liegen“, sagte die schwedische Klimaaktivistin am Samstag in einem Interview der Deutschen Presse-Agentur in Erkelenz. Sie selbst sei nie mit einer grünen Partei verbunden gewesen.

Führende grüne Politiker wie Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und seine NRW-Kollegin Mona Neubaur verteidigen den Abriss von Lützerath damit, dass die darunter liegende Kohle zur Aufrechterhaltung der Energiesicherheit in der derzeitigen Krise gebraucht werde. Thunberg sagte dazu: „Die Kohle, die hier im Boden ist, wird die Preise nicht sofort senken. Wer so denkt, hat einfach keinen Bezug zur Realität.“

Die 20-Jährige ist nach Deutschland gekommen, um den Protest gegen die Räumung und den Abriss von Lützerath zu unterstützen. „Ich bin hier schon früher gewesen, und da sah es noch völlig anders aus“, sagte sie. „Es ist sehr traurig das zu sehen. Es ist jetzt ein ganz anderer Ort.“ Zu der Kraterlandschaft des rheinischen Braunkohlereviere sagte sie: „Es sieht wirklich aus wie Mordor. Es zeigt, wozu Menschen unter den falschen Bedingungen fähig sind. Es zeigt, wogegen wir kämpfen, was wir verhindern wollen.“ In Tolkiens Roman „Herr der Ringe“ ist Mordor das Reich und die Basis des bösen Sauron.

Thunberg hatte bereits am Freitag Lützerath besucht und dabei „Polizeigewalt“ angeprangert. Der Aachener Polizeipräsident Dirk Weinspach hatte die Kritik vehement zurückgewiesen. Die Polizei sei im Gegenteil mit äußerster Vorsicht vorgegangen, sagte er. Auf die Frage, ob sie ihre Kritik an der Polizei aufrechterhalte, sagte Thunberg der dpa: „Polizeigewalt bedeutet in unterschiedlichen Ländern unterschiedliche Dinge. Aber es gab mehrere Fälle, in denen die Polizei das Leben von Aktivisten gefährdet hat.“

Samstag, 14. Januar 2023 | 12:22 Uhr

Tausende Aktivisten und Aktivistinnen auf dem Weg nach Wanlo

Am Samstagmittag machen sich tausende Aktivisten und Aktivistinnen auf den Weg nach Wanlo. Dort hat um 12 Uhr die Demo begonnen. Mittlerweile hat Regen eingesetzt, die Menschen stapfen durch knöcheltiefen Matsch.

Eine Gruppe von Aktivisten behauptet, dass zwei bereits geräumte Baumhäuser wieder besetzt worden seien.

Samstag, 14. Januar 2023 | 12:56 Uhr

Polizeipräsident: Lützerath-Demo Herausforderung für Einsatzkräfte

Die Demonstration bei Lützerath im Rheinischen Revier wird nach Einschätzung von Aachens Polizeipräsident Dirk Weinspach eine Herausforderung für die Einsatzkräfte. „Es werden, nach allem, was wir wissen, sehr, sehr viele Menschen kommen“, sagte Weinspach am frühen Samstagmittag in Lützerath. Er rechnete mit mehr Teilnehmern, als vom Veranstalter angezeigt. Die Polizei hatte im Vorfeld etwa 8000 Menschen erwartet.

Weinspach warnte vor Versuchen, ins von Aktivisten besetzte Lützerath oder in den Tagebau Garzweiler II einzudringen. In den sozialen Netzwerken habe es immer wieder Aufrufe gegeben, im Rahmen der Demo nach Lützerath oder in den Tagebau „durchzubrechen“, sagte er. „Das werden wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern. Ich kann nur hoffen, dass es dazu nicht kommt, denn sonst werden wir sehr unschöne Bilder haben.“

Samstag, 14. Januar 2023 | 13:12 Uhr

Langer Tross zum Kundgebungsort: „Wenn Lützerath fällt, fällt auch das 1,5-Grad-Ziel“

Der Tross zum Kundgebungsort wird immer länger. Der Protestzug skandiert: „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut.“



Mittendrin ist auch Thomas aus Braunschweig. Der 40-Jährige ist Mitglied der 'Letzten Generation' und war bereits bei Aktionen in ganz Deutschland dabei. „Wenn Lützerath fällt, fällt auch das 1,5-Grad-Ziel“, sagt er.

Es ist schön, dass so viele Menschen gekommen sind, trotz des Regens und dem Umstand, dass Lützerath fast geräumt ist“, sagt Dina Hamid. Erst am Freitag wurde sie aus einem Lock-on, also einer selbst geschaffenen Festkettung, entfernt. Sie protestierte in einem der noch letzten besetzten Häusern. Jetzt moderiert sie auf dem Demowagen.

Samstag, 14. Januar 2023 | 13:42 Uhr

Lützerath-Demo: Verzögerungen im Bahnverkehr

Die Demonstration bei Lützerath im Rheinischen Revier hat am Samstagmittag im Bahnverkehr in der Region teils für Verzögerungen gesorgt. Wegen der erhöhten Zahl der Fahrgäste, die die Demonstration ansteuerten, komme es an den Bahnhöfen Erkelenz, Mönchengladbach und Rheydt zu Verspätungen, schrieb DB Regio via Twitter. Das betreffe insbesondere die Regionalbahnlinie RB33. Die Polizei hatte zu der Demo im Vorfeld etwa 8000 Menschen erwartet. Die Veranstalter machten am Samstagmittag zunächst keine Angaben zur Anzahl der Teilnehmer.

Samstag, 14. Januar 2023 | 13:51 Uhr

Tausende versammeln sich vor Lützerath – „Macht alles, was ihr für richtig haltet“

Tausende haben sich mittlerweile an der Grabungskante vor Lützerath versammelt. David Dresen, Sprecher der Initiative „Alle Dörfer bleiben“ spricht über das Mikrofon und fordert die Aktivisten und Aktivistinnen dazu auf, sich auf den Weg Richtung Lützerath zu machen und sich dabei auch nicht von der Polizei aufhalten zu lassen. „Macht alles, was ihr für richtig haltet“, sagt er.

Samstag, 14. Januar 2023 | 14:04 Uhr

Vermummte Personen wollen Polizeiabsperungen durchbrechen

Laut der Polizei NRW versuchen aktuell mehrere größtenteils verummte Personen, die Polizeiabsperungen rund um Lützerath zu durchbrechen. „Um dies zu verhindern, wenden wir unmittelbaren Zwang an“, heißt es auf dem offiziellen Twitter-Account der Polizei.

Samstag, 14. Januar 2023 | 14:12 Uhr

Demo in Lützerath: Weiter warten auf Greta Thunberg

Greta Thunberg lässt weiter auf sich warten. Ein Sprecher von Campact appelliert währenddessen an Bundeskanzler Olaf Scholz: „Turbo einschalten beim Klimaschutz“, ist seine klare Message.

„Für mich seid ihr die Heldinnen und Helden dieses Protests. Egal, wie das mit Lützerath ausgeht, wir gehen als Sieger vom Platz“, so der Sprecher weiter.



Bild: Christian Parth

Samstag, 14. Januar 2023 | 14:21 Uhr

Demo in Lützerath: Einsturzgefahr an Tagebaukante - Polizeipräsident „entsetzt“

Bei einer großen Demonstration für die Erhaltung des Dorfes Lützerath haben sich am Samstag Hunderte Teilnehmer unmittelbar an die Kante des rheinischen Braunkohletagebaus gestellt. „Ich bin absolut entsetzt, wie normale Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer sich dazu hinreißen lassen, hier den absoluten Gefahrenbereich zu betreten“, sagte der Aachener Polizeipräsident Dirk Weinspach der Deutschen Presse-Agentur. Ein Aufenthalt unmittelbar am Steilhang der Tagebaukante sei sowieso schon gefährlich, jetzt aber ganz besonders, weil der Boden durch Dauerregen aufgeweicht sei. Ein Polizeisprecher schätzte die Gesamtzahl der Demoteilnehmer auf 8000 bis 10.000.



Personen stehen nah an der Abbruchkante des Tagebaus, die Polizei warnt ausdrücklich vor Gefahren. Bild: ap

Eine Sprecherin auf der Kundgebungsbühne sagte, es gebe ein Wasserrohrbruch in der Nähe der Tagebaukante. Es bestehe dort Einsturzgefahr. Deshalb müsse unbedingt ein Sicherheitsabstand eingehalten werden.

Ein anderer Sprecher auf der Kundgebungsbühne sagte, er finde es legitim, wenn die Teilnehmer versuchten, in das abgesperrte Lützerath vorzudringen. „Lasst euch von der Polizei nicht aufhalten. Wir sind mächtig. Wir sind auf der Seite der Gerechtigkeit. Wir lassen uns von diesem repressiven System nicht aufhalten. Wir stoppen diesen Tagebau. Macht alles, was ihr für richtig haltet.“ Das von Aktivisten besetzte Dorf Lützerath wird seit Mittwoch von der Polizei geräumt, damit der Energiekonzern RWE die darunter liegende Kohle abbaggern kann.

Samstag, 14. Januar 2023 | 15:37 Uhr

Polizei drängt Demonstranten gewaltsam zurück

Die Polizei hat am Samstag in Erkelenz Klima-Demonstranten gewaltsam zurückgedrängt, die versuchten, bis zur Kante des Braunkohletagebaus vorzudringen. Das bestätigte ein Polizeisprecher. Über Verletzte oder Festnahmen könne er noch nichts sagen, da der Einsatz andauere. Bis zur Tagebaukante zu laufen, sei lebensgefährlich, weil der Boden durch Dauerregen aufgeweicht sei und Erdrutsche drohten.



Polizeibeamte im Einsatz an der Abbruchkante, wo viele Menschen demonstrieren. Bild: ap

Der Polizeisprecher sagte, dass gewaltbereite Demonstranten auch Streifenwagen der Polizei attackiert und Pyrotechnik in Richtung der Beamten geworfen hätten. Auch versuchten Demonstranten, in das abgeriegelte Lützerath vorzudringen, was ihnen bisher aber nicht gelungen sei.

Samstag, 14. Januar 2023 | 15:50 Uhr

Polizei spricht von bis zu 10.000 Teilnehmern – Klimaschützer von deutlich mehr



Über den Informationskanal "Lützerath Lebt" teilten Klima-Schützer am Samstagnachmittag dieses Foto von der Demonstration am

Tagebau Garzweiler II. Bild: Lützerath Lebt

Die Polizei schätzte die Zahl der Teilnehmer auf 8000 bis 10.000, die Veranstalter sprachen von 35.000. Die Teilnehmer protestieren dagegen, dass Lützerath - ein Ortsteil von Erkelenz - abgerissen wird, damit der Energiekonzern RWE die darunter liegende Kohle abbaggern kann.

Samstag, 14. Januar 2023 | 15:57 Uhr

Greta Thunberg: „Lützerath ist noch da“



Die bekannte Klima-Aktivistin Greta Thunberg hält ein Mikrofon während der Kundgebung nahe Lützerath am Samstag. Bild: dpa

Die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg hat am Samstag bei einer großen Demonstration in Erkelenz dazu aufgerufen, das Dorf Lützerath nicht aufzugeben. „Lützerath ist noch da, und solange die Kohle noch in der Erde ist, ist dieser Kampf nicht zu Ende“, sagte die 20-Jährige vor einer großen Menschenmenge.

„Ihr zeigt heute deutlich, dass Veränderungen nicht von den Leuten kommen werden, die an der Macht sind, von Regierungen, von Konzernen, von den sogenannten Führungspersonlichkeiten“, sagte sie. „Nein, die wahren Führungspersonlichkeiten sind hier. Es sind die Menschen, die in den Baumhäusern sitzen und die Lützerath nun schon seit Jahren verteidigen.“

Thunberg sagte, es sei unbegreiflich, dass im Jahr 2023 noch immer Kohle abgebaggert und verfeuert werde, obwohl zur Genüge bekannt sei, dass der dadurch ausgelöste Klimawandel in vielen Teilen der Welt Menschenleben koste. „Deutschland als einer der weltweit größten Verschmutzer hat eine enorme Verantwortung“, mahnte sie. An der Kundgebung nahmen trotz sehr schlechten Wetters viele Tausend Menschen teil.

Samstag, 14. Januar 2023 | 16:10 Uhr

Aufgeheizte Stimmung bei Demonstration am Tagebau – Polizisten kollidieren mit Aktivisten

Am Rande einer großen Demonstration gegen den rheinischen Braunkohle-tagebau hat sich die Stimmung am Samstag zunehmend aufgeheizt. In angespannter Atmosphäre standen sich am Nachmittag Hunderte Polizisten und Hunderte Demonstranten unmittelbar vor dem Dorf Lützerath gegenüber. Aus den Reihen der Demonstranten erklang immer wieder der Ruf „Auf nach Lützerath! Auf nach Lützerath!“

Ein Polizeisprecher sagte der Deutschen Presse-Agentur: „Wir stehen mit dem Rücken zum Zaun. Hinter uns stehen die Wasserwerfer. Die Androhung ist erfolgt, dass die Wasserwerfer eingesetzt werden. Jetzt müssen wir abwarten, was passiert.“ Die Demonstranten erhielten derzeit immer noch weiteren Zulauf. „Wir wenden jetzt schon unmittelbaren Zwang an, wenn Leute in die Richtung gehen.“



Lützerath ist seit Tagen von der Polizei abgeriegelt und mit einem doppelten Zaun umgeben. Die Gebäude der kleinen Siedlung auf dem Gebiet der Stadt Erkelenz werden derzeit abgerissen, um dem Energiekonzern RWE zu ermöglichen, die darunter liegende Kohle abzubaggern. Dagegen protestierten am Samstag viele Tausend Menschen im benachbarten Ortsteil Keyenberg.

Die Aktivisten werfen der Polizei derweil überhartes Vorgehen vor, sie sprechen von Polizeigewalt. Über soziale Netzwerke verbreiteten sie Videoclips des Polizeieinsatzes, der das belegen soll. Die Hintergründe und Details der Szenen sind zu diesem Moment noch unklar.

Link zum Video https://twitter.com/LuetziBleibt/status/1614271841937330182?s=20&t=GwieYE6BafM_X63juq5VIQ

Samstag, 14. Januar 2023 | 16:30 Uhr

Landesvertretung von NRW in Berlin beschmiert

An der Landesvertretung Nordrhein-Westfalens in Berlin sind in der Nacht zum Samstag ein Schriftzug beschädigt und mehrere Fensterscheiben beschmiert worden. Die Polizei prüft nach Angaben eines Sprechers einen Zusammenhang zu den Protesten im nordrhein-westfälischen Lützerath. Der Ort wird abgerissen, um dem Energiekonzern RWE zu ermöglichen, die darunter liegende Kohle abzubaggern. Dagegen protestierten am Samstag viele Tausend Menschen.

Der Polizeisprecher teilte mit, Unbekannte aus einer Gruppe von mindestens zehn Menschen hätten einen Buchstaben aus einem Schriftzug vor der NRW-Landesvertretung entfernt und auf eine Sackkarre gehievt. Aus der Buchstabenkombination „NRW EU“ wurde so „NRW E“. Zudem hätten Beamte die Schriftzüge „Lützi lebt“ und „Smash“ auf Glasscheiben der Landesvertretung entdeckt. Als die Polizei eintraf, sei die Gruppe geflohen und habe Sackkarre und Buchstaben zurückgelassen.

Den Angaben vom Samstag zufolge nahmen Polizisten wenig später zwei Männer im Alter von 22 und 25 Jahren in der Nähe der Landesvertretung in Berlin-Tiergarten vorläufig fest und nahmen ihre Personalien auf. Beide Männer befinden sich wieder auf freiem Fuß. Der Staatsschutz ermittelt wegen Diebstahls und Sachbeschädigung.

Samstag, 14. Januar 2023 | 16:31 Uhr

Polizei setzt Wasserwerfer gegen Demonstrierende ein



Lützerath: Ein Wasserwerfer sprüht Wasser in Richtung der Demonstrierenden. Bild: dpa

Die Polizei hat Wasserwerfer gegen Demonstranten kurz vor dem abgeriegelten Dorf Lützerath im rheinischen Braunkohlerevier eingesetzt. Das beobachtete eine dpa-Reporterin am Samstag. Hunderte Demonstranten standen der Polizei vor Lützerath gegenüber. Aus ihren Reihen erklang immer wieder der Ruf „Auf nach Lützerath! Auf nach Lützerath!“. Zuvor waren die Klima-Demonstranten bei einer Kundgebung mit Tausenden Teilnehmern von einem Sprecher auf dem Podium aufgefordert worden, bis nach Lützerath vorzudringen.

Lützerath ist seit Tagen von der Polizei abgeriegelt und mit einem doppelten Zaun umgeben. Die Gebäude der kleinen Siedlung auf dem Gebiet der Stadt Erkelenz werden derzeit abgerissen, um dem Energiekonzern RWE zu ermöglichen, die darunter liegende Kohle abzubaggern. Dagegen protestierten am Samstag viele Tausend Menschen im benachbarten Ortsteil Keyenberg.

Samstag, 14. Januar 2023 | 17:11 Uhr

Polizei setzt Schlagstöcke und Pfefferspray ein

Am Rande der Demonstration am abgeriegelten Braunkohleort Lützerath hat die Polizei Pfefferspray und Schlagstöcke eingesetzt. Sogenannte Mehrzweckstöcke seien gegen Vermummte eingesetzt worden, die

versucht hätten, eine Polizeikette zu durchbrechen, sagte ein Sprecher am Samstag. Auch Pfefferspray sei versprüht worden.



Demo bei Lützerath: Pyrotechnik brennt zwischen den Reihen von Polizei und Klimaschützern. Bild: dpa

Lützerath ist seit Tagen von der Polizei abgeriegelt. Die Gebäude der kleinen Siedlung auf dem Gebiet der Stadt Erkelenz werden derzeit abgerissen, um dem Energiekonzern RWE zu ermöglichen, die darunter liegende Kohle abzubaggern. Dagegen protestierten am Samstag viele Tausend Menschen im benachbarten Ortsteil Keyenberg.

Samstag, 14. Januar 2023 | 17:20 Uhr

Demonstration an Zaun: Polizei ruft zum Verlassen des Areals auf

Die Polizei hat Demonstranten aufgefordert, sich aus dem unmittelbaren Bereich am Braunkohleort Lützerath zurückzuziehen. Die Polizei werde das Areal an einem Zaun, der die Ortschaft abriegelt, andernfalls räumen und „unmittelbaren Zwang“ anwenden, sagte ein Sprecher am Samstag-nachmittag. Per Lautsprecher drohte die Polizei mit dem weiteren Einsatz von Wasserwerfern sowie körperlicher Gewalt, wie eine dpa-Reporterin berichtete. Nach ihrer Beobachtung hielten sich am Nachmittag noch mehrere Hundert Demonstranten in dem Bereich des Zauns auf.

Samstag, 14. Januar 2023 | 18:09 Uhr

Demonstrierende werfen Polizei „Gewalt“ vor und beklagen Verletzte

Im Zuge der Demonstration in Lützerath sind nach Angaben von Klimaschützern zahlreiche Personen verletzt worden. „Mehrere Menschen

wurden verletzt, eine Person musste mit einem Rettungshelikopter ins Krankenhaus gebracht werden“, sagte eine Sprecherin der Initiative „Lützerath Lebt“ im Gespräch mit dieser Zeitung. Diese Angabe ließ sich bislang nicht abschließend klären.



Polizisten tragen einen verletzten Aktivist aus dem Weg. Bild: dpa

„Was wir sehen, ist eine gewaltsame Unterdrückung des Protests in Lützerath durch die Polizei“, so die Sprecherin weiter. Die Polizei setzte Wasserwerfer und Pfefferspray, Schlagstöcke und Hunde ein, um Demonstrierende zurückzudrängen. Die Sprecherin kommentierte: „Hier gibt es Polizeigewalt“.

Über soziale Netzwerke wurden vielfach Videos und Fotos geteilt, die das Eingreifen der Polizei zeigen. Oftmals handelt es sich dabei um kurze Ausschnitte, der Kontext des Polizeivorgehens ist dadurch nicht eindeutig.

Der frühere Spiegel-Journalist und heutige Aktivist der „Letzten Generation“, Raphael Thelen, teilte via Twitter zwei Szenen, die den Schlagstock- und Pfeffersprayeinsatz von Polizisten zeigen.

Link zum Video <https://twitter.com/RaphaelThelen/status/1614264827597168643?s=20&t=Am-rCPV2xHcbwYlsTOueAcA>

Samstag, 14. Januar 2023 | 18:24 Uhr

Demonstranten verlassen Areal nahe Lützerath

Nach der Aufforderung der Polizei, den unmittelbaren Bereich am Braunkohleort Lützerath zu verlassen, haben viele Demonstranten den Rückweg angetreten. Die Lage habe sich bei Einbruch der Dunkelheit am frühen Samstagabend beruhigt, berichtete eine dpa-Reporterin. Demnach regnete es immer wieder stark.

Die übrigen Menschen, die zunächst in dem Bereich geblieben waren, wurden von einer breiten Polizeikette auf dem Acker zurückgeschoben, wie ein dpa-Reporter berichtete. Es habe Geschrei gegeben, aber zunächst keine Zusammenstöße.

Samstag, 14. Januar 2023 | 19:39 Uhr

Bilanz am Samstag: Zusammenstöße zwischen Polizei und Klimaaktivisten

Vor dem Dorf Lützerath im rheinischen Braunkohlerevier ist es am Samstag zu Zusammenstößen zwischen Klima-Demonstranten und der Polizei gekommen. Die Polizei setzte am Rande einer Großdemonstration gegen die Räumung des Ortes für den Tagebau Wasserwerfer und Schlagstöcke ein. Ein Polizeisprecher sagte, man müsse „unmittelbaren Zwang“ anwenden, um die Demonstranten daran zu hindern, nach Lützerath vorzudringen. Bei Einbruch der Dunkelheit beruhigte sich die Lage, wie eine dpa-Reporterin berichtete.

Das kleine Lützerath, ein Ortsteil von Erkelenz westlich von Köln, ist seit Tagen von der Polizei abgeriegelt und mit einem doppelten Zaun umgeben. Die wenigen Gebäude der Siedlung werden derzeit abgerissen, um es dem Energiekonzern RWE zu ermöglichen, die darunter liegende Kohle abzubauen. Dagegen protestierten am Samstag trotz Dauerregens und starker Windböen viele Tausend Menschen im benachbarten Ortsteil Keyenberg. Die Polizei sprach von 15 000 Teilnehmern, die Veranstalter schätzten die Zahl auf 35 000.

Ein Teil der Demonstranten versuchte, nach Lützerath zu gelangen. Einige versuchten auch, in das Tagebaugesamt durchzukommen. Die Polizei drängte sie gewaltsam zurück. Bis zur Tagebaukante zu laufen, sei lebensgefährlich, weil der Boden durch den Regen aufgeweicht sei und Erdbeben drohten, warnte die Polizei. „Ich bin absolut entsetzt, wie normale Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer sich dazu hinreißen lassen, hier den absoluten Gefahrenbereich zu betreten“, sagte der Aachener Polizeipräsident Dirk Weinspach der Deutschen Presse-Agentur.



Aktivisten auf dem Weg zur Groß-Demonstration nahe Lützerath, im Hintergrund Bagger des Tagebaus. Bild: afp

Nach Polizeiangaben attackierten einzelne Demonstranten auch Einsatzwagen der Polizei und warfen Pyrotechnik in Richtung der Beamten. Ein Sprecher erklärte, Reifen seien zerstoßen und Außenspiegel abgetreten worden. Zu Festnahmen und Verletzten machten die Einsatzkräfte zunächst keine Angaben.

Nach Aufforderung der Polizei, den unmittelbaren Bereich bei Lützerath zu verlassen, traten viele Demonstranten schließlich den Rückweg an. Die übrigen wurden von einer breiten Polizeikette auf dem Acker zurückgeschoben, wie ein dpa-Reporter berichtete. Es habe Geschrei gegeben, aber zunächst keine Zusammenstöße.

Ein Sprecher auf der Kundgebungsbühne hatte die Demo-Teilnehmer zuvor explizit aufgerufen, sich über Anweisungen der Polizei hinwegzusetzen. Er finde es legitim, wenn die Teilnehmer versuchten, in das abgesperrte Lützerath vorzudringen, sagte er: „Lasst euch von der Polizei nicht aufhalten. Wir sind mächtig. Wir sind auf der Seite der Gerechtigkeit. Wir lassen uns von diesem repressiven System nicht aufhalten. Wir stoppen diesen Tagebau. Macht alles, was ihr für richtig haltet.“

In Lützerath selbst ging die Räumung unterdessen weiter. Einsatzkräfte kletterten auf Bäume, auf denen Aktivisten ausharrten. Nach Angaben des Energiekonzerns RWE liefen zudem Vorbereitungen, um zwei Aktivisten aus einem Tunnel zu holen. „Die Kräfte gehen sehr behutsam vor, hier kann kein schweres Gerät eingesetzt werden, weil das die Menschen in den

unterirdischen Bodenstrukturen gefährden würde“, sagte Polizeipräsident Weinspach. Die Lage am Tunnel sei unverändert, sagte ein RWE-Sprecher am frühen Abend.



Polizeibeamte stehen Klimaschützerinnen und Klimaschützern gegenüber. Am Samstagnachmittag stürmten Aktivisten das Feld bis zum Zaun vor Lützerath Bild: afp

Der Abriss der bereits geräumten Gebäude wurde am Samstag ebenfalls fortgesetzt. Darunter war auch das frühere Wohnhaus von Bauer Eckardt Heukamp. Er war der letzte Landwirt in Lützerath gewesen.



Ein Polizeikletterer (oben) seilt sich mit einem Klimaaktivisten an Seilen aus einem Baum ab. Bild: dpa

Samstag, 14. Januar 2023 | 20:18 Uhr

Parlamentarischer Beobachter Sascha Lienesch (CDU): „Die Gewaltbereitschaft lässt mich fassungslos zurück“

Der CDU-Landtagsabgeordnete Sascha Lienesch aus Sankt Augustin hat am Samstagnachmittag Lützerath besucht. Als Mitglied des Innenausschusses sei es ihm wichtig gewesen, sich selber ein Bild von einem der größten Polizeieinsätze in der Geschichte des Landes zu machen. Als parlamentarischer Beobachter hatte er Zutritt zum Gelände und wurde Zeuge, wie gewaltbereite Demonstranten Steine und Feuerwerkskörper in Richtung der Polizeibeamten warfen, die wiederum Wasserwerfer einsetzten.

„Die Gewaltbereitschaft der Klimaaktivisten gegenüber den Polizistinnen und Polizisten erschreckt mich und lässt mich fassungslos zurück“, teilte Lienesch am Abend dieser Zeitung mit. Die Klimabewegung habe ein berechtigtes Anliegen und auch ein Recht, gegen die Räumung Lützeraths zu demonstrieren, betonte er. „Gewalt und Angriffe auf die Beamten sind jedoch kein legitimer Protest und scharf zu verurteilen“, so das CDU-Landtagsmitglied.



Sascha Lienesch (CDU) bei seinem Besuch in Lützerath am Samstag. **Bild:** Büro Lienesch

Samstag, 14. Januar 2023 | 21:12 Uhr

Polizei: Verletzte auf beiden Seiten – 1000 größtenteils Vermummte an Abbruchkante

Bei Zusammenstößen zwischen Klima-Demonstranten und der Polizei vor dem Dorf Lützerath im rheinischen Braunkohlerevier sind am Samstag nach Polizeiangaben Menschen verletzt worden. Es habe Verletzte auf beiden Seiten gegeben, sagte ein Polizeisprecher am Samstagabend der Deutschen Presse-Agentur. Die genaue Anzahl der verletzten Personen und die näheren Umstände, die zu den Verletzungen führten, wurden zunächst nicht bekannt.

Während die Veranstalter die Zahl der Teilnehmer an der Großdemonstration auf 35.000 schätzten, zählte die Polizei nach Angaben des Sprechers rund 15.000 Menschen. Rund 5000 von ihnen hätten sich nicht an der Versammlung beteiligt. Sie hätten sich sofort Richtung Abbaukante und Lützerath bewegt. Sie seien daher als „Störer“ betrachtet worden.

Rund 1000 von ihnen, größtenteils vermummt, hätten erheblichen Druck auf Polizeiketten an der Tagebaukante und am Rande von Lützerath ausgeübt, sagte der Sprecher weiter. „Infolgedessen kam es zum Einsatz von Einsatzmehrzweckstöcken und Pfefferspray.“ Auch Wasserwerfer seien genutzt worden, um Personen vor dem Eindringen nach Lützerath abzuhalten.



Der Zaun zur Ortschaft Lützerath und eine Kette aus Polizeifahrzeugen (links) und die Polizeikette und Demonstrierende (rechts) Bild: dpa

Mehrere Einsatzfahrzeuge, die eine Barriere vor dem Bauzaun gebildet hätten, seien überklettert und beschädigt worden. Der um das Dorf gezogene Bauzaun sei aber nicht durchbrochen worden. Der Sprecher betonte, dass Stock und Wasserwerfer erst zum Einsatz gekommen seien, nachdem den

Personen „unzählige Male“ Zwang angedroht worden sei. Er konnte zunächst keine Angaben darüber machen, ob es Festnahmen gab.

Samstag, 14. Januar 2023 | 22:16 Uhr

Klimaaktivisten: „Zahlreiche Schwerverletzte durch Polizeigewalt“

Die Initiative „Lützerath Lebt“ hat nach der Großdemonstration und dem versuchten Durchbruch nach Lützerath „zahlreiche Schwerverletzte durch Polizeigewalt“ gemeldet. Laut einem Statement, das die Aktivisten am Samstagabend auf Twitter teilten, wurde auch eine Person lebensgefährlich verletzt.

Die Initiative beruft sich auf Aussagen von Sanitäterinnen und Sanitätern, die die Demonstration begleiteten. Demnach sei eine Person bewusstlos gewesen, mehrere Personen hätten Knochenbrüche davongetragen. Bereits am Nachmittag berichteten die Aktivistinnen und Aktivisten von einer Person, die mit einem Helikopter ins Krankenhaus gebracht wurde. Berichtet wird außerdem von einem Hundebiss und zahlreichen Verletzungen durch Schläge oder Pfefferspray.

Die Angaben können zunächst nicht unabhängig überprüft werden. „Wir wissen von Verletzten auf beiden Seiten, können aber keine Angabe zur Schwere machen“, sagte dazu ein Sprecher der Polizei Aachen am späten Samstagabend dieser Zeitung. „So blöd das klingt, wenn die Personen sich bei uns nicht melden, können wir sie nur schwer in die Statistik aufnehmen.“

Link zu weiteren Informationen <https://twitter.com/LuetziBleibt/status/1614364363493892096?s=20&t=8Zwf43-NTPLsgX-xtixvyw>

Samstag, 14. Januar 2023 | 22:22 Uhr

Lage beruhigt sich in Lützerath – Polizei wachsam

Die Lage rund um die Demonstration und den versuchten Sturm auf Lützerath hat sich aus Sicht der Polizei größtenteils beruhigt. „Die meisten Menschen, vor allem die friedlichen Teile der Demonstration, haben das Areal verlassen“, sagte ein Sprecher der Polizei Aachen um 22.15 Uhr dieser Zeitung. „Es sind noch kleinere Gruppen vor Ort, vor allem aus dem Störer-Milieu.“ Die Polizei bereitet sich auf die Nacht zu Sonntag genauso vor, wie auf die Tage zuvor: „Wir können immer reagieren, sollten

Personen versuchen, in den Tagebau oder nach Lützerath zu kommen“, so der Sprecher.



Polizeibeamte stehen in der Nähe des Zauns, der Lützerath von dem Feld trennt. Am Nachmittag versuchten rund 1000 Klimaaktivistinnen und -aktivisten der Ort zu stürmen. Bild: dpa



Samstag, 14. Januar 2023 | 23:51 Uhr

15.000 Menschen in Lützerath und Keyenberg

Am heutigen Samstag (14.01.2023) fand eine Großversammlung zwischen Keyenberg und Lützerath statt. An der Auftaktkundgebung nahmen mindestens 10.000 Personen teil. Circa 5.000 weitere Personen, die sich nicht an der angezeigten Versammlung beteiligt hatten, gingen direkt zur Abbruchkante von Keyenberg in Richtung Lützerath. Dort kam es dann zur Konfrontation zwischen gewalttätigen Störern und Polizeikräften. Keyenberg war am Samstagmorgen der Ort der Auftaktkundgebung einer Versammlung von mindestens 10.000 Menschen. Durch den Ort ging der Demonstrationzug zu einer Veranstaltungsfläche unweit der Ortschaft Lützerath. Eine große Gruppe von Störern bewegte sich am Kundgebungsort an den Versammlungsteilnehmern vorbei. Sie liefen in Richtung der

Abbruchkante des Tagebaus und in Richtung Lützerath. Die vielfach verummten Personen übten an beiden Orten erheblichen Druck auf die polizeilichen Sperren aus und durchbrachen diese zum Teil. Um die Störer von einem Eindringen in den Tagebau abzuhalten setzte die Polizei Pfefferspray, den Einsatzmehrzweckstock und Wasserwerfer ein. An der Ortslage Lützerath wurden durch den Einsatz der Wasserwerfer Störer zurückgedrängt, die versuchten, in den gesicherten Bereich einzudringen.

In den Abendstunden entfernten sich viele Personen eigenständig aus dem Einsatzraum. Die Lage am Zaun um Lützerath beruhigte sich zusehends. Über die Anzahl der Verletzten sowie Festnahmen können noch keine Angaben gemacht werden.

Die Räumung der Ortslage Lützerath wurde auch heute fortgesetzt. Es wurden weitere Aktivisten aus Baumstrukturen gerettet. Mindestens zwei Besetzer sind weiter in einer unterirdischen Bodenstruktur. Die Rettung dieser Personen liegt in der Zuständigkeit der Werksfeuerwehr von RWE Power. Die Rettungskräfte der Werksfeuerwehr halten Kontakt zu ihnen. Nach wie vor lehnen sie ein freiwilliges Verlassen ab.

Am Nachmittag wurde eine in einer Baumstruktur befindliche Person, die sich in Gefahr befand und drohte abzustürzen, durch einen Höhenretter der Polizei gerettet. Rettungssanitäter kümmerten sich um die verletzte Person.

Sonntag, 15. Januar 2023 | 08:50 Uhr

Lützerath: Räumung geht nach ruhiger Nacht weiter

Im von Aktivisten besetzten Braunkohleort Lützerath ist es nach Beobachtung eines dpa-Reporters in der Nacht zum Sonntag ruhig geblieben. Die Polizei, die den Ort absichert, sei immer wieder Streife gefahren. An einem Tunnel, in dem zwei Aktivisten ausharren sollen, habe die Feuerwehr regelmäßig ein Belüftungsgerät kontrolliert.

Die Polizei will die Räumung von Lützerath am Sonntag fortsetzen. „Im Laufe des Tages geht es weiter“, sagte ein Sprecher am Morgen. „Ein paar Baumstrukturen werden noch überprüft.“ Nach Polizeiangaben halten sich nur noch wenige Aktivisten in Lützerath auf. Die Zahl der Menschen liege schätzungsweise im einstelligen Bereich, sagte der Sprecher.

Weite Teile des Geländes waren am frühen Morgen mit Flutlicht ausgeleuchtet, wie dpa-Reporter berichteten. Bagger fuhren auf das Gelände, um weitere Gebäude abzureißen.

Sonntag, 15. Januar 2023 | 08:53 Uhr

Lützerath: Video zeigt Polizisten, die im Schlamm versinken

Der anhaltende Regen und das unebene Gelände nahe des Braunkohledorfs Lützerath erschweren die Bedingungen für die Polizei. Videos, die in den sozialen Netzwerken von Klimaschutzaktivisten verbreitet wurden, zeigen, wie die Einsatzkräfte am Samstag im Schlamm versinken.

Bei Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstrierenden hatte es am Samstag mehrere Verletzte gegeben. Die Aktivisten hatten versucht, das abgesperrte Dorf Lützerath zu stürmen.

Link zum Video <https://youtu.be/MvypprBcDjQ>

Sonntag, 15. Januar 2023 | 10:32 Uhr

70 Polizisten bei Lützerath-Einsatz verletzt

Im Zuge der seit Mittwoch andauernden Räumung des Dorfes Lützerath sind nach Angaben der Polizei vom Sonntag insgesamt mehr als 70 Polizisten verletzt worden. Die meisten davon seien am Samstag bei den Protestaktionen der Kohle-Gegner verletzt worden, sagte ein Polizeisprecher. Die Verletzungen gingen aber nur zum Teil auf Gewalt durch Demonstranten zurück. Teilweise seien die Beamten zum Beispiel auch im schlammigen Boden umgeknickt. Auch Demonstranten seien verletzt worden. Wie viele es seien, wisse man nicht. Seit Beginn der Räumung von Lützerath am Mittwoch seien etwa 150 Strafverfahren etwa wegen Widerstands gegen Polizeibeamte, Körperverletzung und Landfriedensbruchs eingeleitet worden.

Eine Sprecherin der Aktivistengruppe „Lützerath lebt“ erhob am Sonntag schwere Vorwürfe gegen die Polizei. Bei der Demo am Samstag habe es „ein unglaubliches Maß an Polizeigewalt“ gegeben, sagte sie. Eine Person aus den Reihen der Demonstranten sei in lebensbedrohlichem Zustand ins Krankenhaus gebracht worden. Das Vorgehen bei der Räumung von Lützerath selbst sei rabiater und rücksichtslos. „Es ist ein Wunder, dass es hier noch keine Toten gegeben hat“, sagte die Sprecherin. Die Polizei weist diesen Vorwurf zurück und versichert, mit äußerster Vorsicht vorzugehen.

Sonntag, 15. Januar 2023 | 11:46 Uhr

Lützerather Aktivisten harren weiter in Tunnel aus

Auch vier Tage nach Beginn der Räumung von Lützerath harren zwei Klimaaktivisten noch in einem unterirdischen Tunnel aus. Wie lange es dauern werde, sie dort rauszuholen, sei völlig unklar, sagte am Sonntag ein Sprecher des Energiekonzerns RWE, dessen Betriebsfeuerwehr die als „Rettung“ bezeichnete Aktion übernommen hat. Die Feuerwehr kontrolliere an dem Schacht regelmäßig ein Belüftungsgerät. Eine Sprecherin der Aktivistengruppe „Lützerath lebt“ sagte am Sonntag, der Zustand der beiden Aktivisten sei stabil.

Der Aachener Polizeipräsident Dirk Weinspach war am Freitag selbst in den Schacht hineingestiegen, um sich ein Bild von der Lage zu machen. „Es ist ein Kellergewölbe, aus dem ein Schacht von vier Metern geht, dann eine Konstruktion in der Waagerechten“, sagte er anschließend. Er sei aber nicht ganz unten im Schacht gewesen, sondern nur oben, wo es noch halbwegs gefahrlos möglich sei. „Die Konstruktion ist nicht sicher“, war sein Eindruck. „Das, was wir gesehen haben für Zu- und Abluft, ist nicht geeignet, dort dauerhaft Sauerstoffversorgung zu gewährleisten, dass der CO₂-Gehalt nicht zu sehr ansteigt.“ Die Feuerwehr übernehme aber ständig Messungen.

Sonntag, 15. Januar 2023 | 14:18 Uhr

Aktivisten verteidigen Demonstrierende nahe an der Abbruchkante

Die Initiative „Alle Dörfer bleiben“ hat die Demonstrierenden verteidigt, die am Samstag an der Abbruchkante nahe Lützerath unterwegs waren. Christopher Laumanns von der Initiative sagte laut „WDR“, das sei „eine beeindruckende und notwendige Aktion“ gewesen. Er habe dafür „vollstes Verständnis“.

Sonntag, 15. Januar 2023 | 14:50 Uhr

Lützerather Aktivisten werfen Polizei Gewalt-Exzesse vor

Die Veranstalter der Proteste gegen den Abriss des Dorfes Lützerath am Samstag haben der Polizei Gewalt-Exzesse vorgeworfen. Es sei eine „hohe zweistellige bis dreistellige Zahl“ von Teilnehmern verletzt worden, sagte am Sonntag eine Sprecherin des Sanitätsdienstes der Demonstranten.

Darunter seien viele schwerverletzte und einige lebensgefährlich verletzte Personen gewesen.

Die Verletzungen seien teils durch Pfeffersprays, Schlagstock- und Faustangriffe der Polizisten zustande gekommen. Dabei habe es besonders viele Kopfverletzungen gegeben. „Die Polizei hat also nicht nur in Einzelfällen, sondern systematisch auf den Kopf von Aktivistinnen und Aktivisten geschlagen“, sagte die Sprecherin.

An der Demonstration gegen den Abriss des Dorfes Lützerath zur Kohlegewinnung hatten sich am Samstag viele Tausend Menschen beteiligt. Nach Schätzungen der Polizei waren es 15 000, nach Angaben der Veranstalter mindestens 35 000.

Sonntag, 15. Januar 2023 | 14:51 Uhr

Polizei weiß nichts von lebensgefährlich Verletzten bei Demo

Der Polizei ist nach eigenen Angaben nichts davon bekannt, dass bei der Anti-Kohle-Demonstration am Samstag in der Nähe von Lützerath mehrere Teilnehmer lebensgefährlich verletzt worden sein sollen. Die Veranstalter der Demo hatten diesen Vorwurf am Sonntag bei einer Pressekonferenz in Keyenberg, einem Nachbarort des Protestdorfes Lützerath am Rande des rheinischen Braunkohletagebaus, erhoben.

Ein Demonstrationsteilnehmer sei am Samstag bewusstlos geworden, sagte ein Sprecher der Polizei. Diese Person sei sofort versorgt und dann in einem Rettungswagen abtransportiert worden. Schon in dem Wagen habe sich herausgestellt, dass keine Lebensgefahr bestehe.

Insgesamt wisse die Polizei von zehn Fahrten von Rettungswagen im Zusammenhang mit verletzten Demonstranten. Die Polizei könne auch nicht bestätigen, dass es einen Rettungshubschrauber-Einsatz gegeben habe. Eine Sprecherin des Sanitätsdienstes der Demonstranten hatte gesagt, bei der Demo am Samstag sei eine „hohe zweistellige bis dreistellige Zahl“ von Teilnehmern verletzt worden. Darunter seien viele schwerverletzte und einige lebensgefährlich verletzte Personen gewesen. Die Verletzungen seien teils durch Pfeffersprays, Schlagstock- und Faustangriffe der Polizisten zustande gekommen.

Sonntag, 15. Januar 2023 | 15:01 Uhr

Polizei: Alle Aktivisten von Bäumen heruntergeholt

Die Polizei hat am Sonntag nach eigenen Angaben in Lützerath alle noch verbliebenen Aktivisten aus Baumhäusern und von Bäumen heruntergeholt. „Es sind jetzt nur noch die beiden im Tunnel übrig“, sagte ein Polizeisprecher. Die Räumung des Dorfes Lützerath hatte am Mittwoch begonnen. Klimaaktivisten hatten das verlassene Dorf besetzt, um einen Abriss und das anschließend geplante Abbaggern der darunter liegenden Kohle zu verhindern.

Sonntag, 15. Januar 2023 | 15:26 Uhr

Räumungseinsatz in Lützerath laut Polizei beendet

Der Räumungseinsatz Lützerath ist beendet, dies teilte die Polizei vor Ort am Sonntagnachmittag mit. „Der polizeiliche Räumungseinsatz ist abgeschlossen“, sagte eine Sprecherin auf Anfrage des KStA. Alle Besetzerinnen und Besetzer seien geräumt wurden. Nur die zwei Personen im Tunnel seien noch da. Für ihre Rettung ist die RWE-Betriebsfeuerwehr zuständig.



In dem weißen Gebäude (rechts) befindet sich der Eingang zum Tunnelsystem, in dem zwei Aktivisten ausharren. **Bild:** Christian Parth



Sonntag, 15. Januar 2023 | 16:11 Uhr

Räumung der Ortslage Lützerath – Aktueller Stand

Auch während der demonstrativen Aktionen am gestrigen Samstag hat die Polizei die Räumung der Ortslage Lützerath fortgesetzt.

Nachdem bereits am Freitag alle Gebäude geräumt waren, hat die Polizei seit Mittwoch 35 Baumstrukturen sowie knapp 30 durch die Aktivisten errichtete Holzkonstruktionen geräumt.

Bislang wurden knapp 300 Personen aus der Ortslage Lützerath geräumt, hierbei kam es zu vier Widerstandshandlungen.

Die Rettung der zwei in den unterirdischen Bodenstrukturen befindlichen Personen durch die RWE Power AG dauert an, darüber hinaus ist die polizeiliche Räumung abgeschlossen. Es befinden sich keine weiteren Aktivisten in der Ortslage Lützerath.

Im Rahmen der zum Teil gewalttätigen Aktionen am Samstag wurden insgesamt 12 Personen Fest- bzw. in Gewahrsam genommen.

Seit Beginn des Einsatzes wurden mehr als 70 Polizistinnen und Polizisten verletzt, neun Aktivisten wurden mittels Rettungswagen einem Krankenhaus zugeführt. Glücklicherweise ist niemand lebensgefährlich verletzt worden.

Gut 30 Dienstfahrzeuge wurden beschädigt- davon acht durch abgetretene Seitenspiegel, Schmierereien und Steinwurf. Darüber hinaus wurden 32 Reifen an den Fahrzeugen der Polizei zerstochen.

Seit Beginn der Räumung wurden bislang 154 Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Sonntag, 15. Januar 2023 | 16:17 Uhr

Gewerkschaft der Polizei bestreitet Gewalt-Exzesse bei Demo

Der NRW-Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Michael Mertens, hat Kritik am Verhalten der Polizei bei der Anti-Kohle-

Demonstration vor Lützerath am Samstag zurückgewiesen. „Die Polizei setzt das Recht durch“, sagte Mertens am Sonntag der Deutschen Presse-Agentur. „Und wenn die Kommunikation nicht mehr hilft, dann entstehen leider Situationen wie gestern. Das will keiner, aber ist dann einfach unabdingbar, um den Auftrag, den die Polizei hat, auch umzusetzen.“

Leider seien bei den Zusammenstößen zwischen Polizisten und Demonstranten Menschen auf beiden Seiten verletzt worden. Die Aktivisten verbreiteten in diesem Zusammenhang nun allerdings „Legenden“. So sei von einem Rettungshubschrauber-Einsatz nichts bekannt. Die Polizistinnen und Polizisten hätten „unter schwierigen Rahmenbedingungen einen hervorragenden Job gemacht“, so Mertens.

Sonntag, 15. Januar 2023 | 16:45 Uhr

Polizei zieht nach Abschluss der Räumung erste Bilanz

Die Räumung des Protestdorfes Lützerath am rheinischen Braunkohletagebau ist nach Angaben der Polizei bis auf die beiden in einem Tunnel ausharrenden Aktivisten abgeschlossen. „Es befinden sich keine weiteren Aktivisten in der Ortslage Lützerath“, teilte die Polizei am Sonntag mit.

Bereits bis Freitag seien die Gebäude geräumt worden, nunmehr auch die insgesamt 35 „Baumstrukturen“ sowie knapp 30 Holzkonstruktionen. Knapp 300 Personen seien aus Lützerath weggebracht worden, wobei es zu vier Widerstandshandlungen gekommen sei. Seit Beginn der Räumung seien 154 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.

Mehr als 70 Polizistinnen und Polizisten seien seit Beginn des Räumungseinsatzes verletzt worden. Neun Aktivisten seien mit Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht worden. „Glücklicherweise ist niemand lebensgefährlich verletzt worden“, teilte die Polizei mit. Die Veranstalter der Anti-Kohle-Demonstration vom Samstag hatten von mehreren lebensgefährlich verletzten Kundgebungsteilnehmern gesprochen.

Nach Polizei-Angaben sind im Zusammenhang mit der Demo und den damit verbundenen Protestaktionen zwölf Personen fest- oder in Gewahrsam genommen worden. Gut 30 Dienstfahrzeuge seien beschädigt worden, davon acht durch abgetretene Seitenspiegel, Schmierereien und Steinewurf. Darüber hinaus seien 32 Reifen an den Fahrzeugen der Polizei zerstochen worden.



Sonntag, 15. Januar 2023 | 17:52 Uhr

Greta Thunberg tanzt an der Tagebaukante

Die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg (20) ist am Sonntagnachmittag noch einmal überraschend an der Kante des Braunkohletagebaus bei Lützerath aufgetaucht. Ein dpa-Reporter berichtete, sie habe an einer Spontan-Demo teilgenommen und mit anderen Klimaaktivisten gesungen und getanzt. Sie war dick eingepackt mit Mütze und Kapuzenjacke.

Ein Polizeisprecher sagte, Thunberg habe kurzzeitig auf einem Wall an der Tagebaukante gesessen. Polizisten hätten sie zu ihrer eigenen Sicherheit aufgefordert, den Wall zu verlassen. Als sie dem nicht nachgekommen sei, hätten die Beamten sie einige Schritte weiter weggetragen. Selbiges sei harmonisch verlaufen. Anschließend sei die schwedische Klimaaktivistin ihrer Wege gegangen.

Sonntag, 15. Januar 2023 | 22:42 Uhr

NRW-Innenminister verteidigt Polizei gegen Gewaltvorwürfe

Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) hat die Polizei gegen den Vorwurf unverhältnismäßiger Gewaltanwendung bei der Anti-Kohle-Demonstration am Samstag bei Lützerath in Schutz genommen. Die Polizei habe „hochprofessionell“ gearbeitet, sagte Reul am Sonntagabend in der ARD-Talkshow „Anne Will“. Er werde jeden Fall von unangemessener Polizeigewalt untersuchen lassen. „Wir haben ein, zwei

Filme im Netz gesehen, wo wir sagen: „Das sieht nicht gut aus.“ Das werden wir uns genau anschauen, da haben wir auch Strafanzeige gestellt vorsichtshalber, weil ich finde, das muss gecheckt werden. Das habe ich die letzten Jahre immer gemacht, und das wird auch jetzt so gemacht.“

Es sei aber nicht so, als wären bei der Demo massenhaft „wild gewordene Polizisten“ unterwegs gewesen. Von den Veranstaltern der Demo hätte er sich gewünscht, sich klar von Gewalt zu distanzieren, aber das sei nicht geschehen.

Klimaaktivistin Luisa Neubauer widersprach dem und warf der Polizei in der Sendung einen unverhältnismäßig gewalttätigen Einsatz vor. „Das sah in keiner Weise professionell aus“, kritisierte sie.

Neubauer verwies darauf, dass nach Angaben einer Sanitäterin der Demonstranten viele Menschen von der Polizei schwer verletzt worden seien. Der Protest dagegen sei friedlich gewesen. Die Demonstration hatte sich gegen den Abriss des Dorfes Lützerath westlich von Köln und das Abbaggern der darunter liegenden Kohle gerichtet.

Montag, 16. Januar 2023 | 06:10 Uhr

RWE: Ab März oder April könnte Kohle in Lützerath abgebaggert werden

Der Energiekonzern RWE geht davon aus, dass der Abriss des Braunkohleorts Lützerath schon bald abgeschlossen sein wird. Man erwarte, dass der Rückbau noch acht bis zehn Tage dauere, sagte ein Firmensprecher der „Rheinischen Post“ (Montagsausgabe). „Im März oder April könnte der Tagebau dann das frühere Dorf erreichen und abbaggern.“ Bis zum Ende des Rückbaus wolle die Polizei vor Ort bleiben.

Lützerath ist seit Tagen von der Polizei abgeriegelt und mit einem doppelten Zaun umgeben. Die Gebäude der kleinen Siedlung auf dem Gebiet der Stadt Erkelenz westlich von Köln werden derzeit abgerissen, um RWE zu ermöglichen, die darunter liegende Kohle abzubaggern. Klimaaktivisten hatten das verlassene Dorf besetzt.

Montag, 16. Januar 2023 | 06:11 Uhr

Gewerkschafter: Polizeieinsatz in Lützerath weitgehend wie geplant

Die Räumung des Protestdorfes Lützerath am rheinischen Braunkohletagebau ist nach Einschätzung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) weitgehend so gelaufen wie erwartet. Den Einsatzkräften hätten allerdings die Wetterbedingungen mit Dauerregen und tiefem Morast sehr zu schaffen gemacht, sagte Andreas Roßkopf, Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei, der Deutschen Presse-Agentur.

Für ihn sei unverständlich, dass es friedliche Teilnehmer nicht geschafft hätten „sich von den gewalttätigen Teilnehmern zu distanzieren“. Dies habe es den Polizisten und Polizistinnen erschwert, „hier angemessen einzuschreiten“. Insgesamt hätten die Einsatzkräfte mit Besonnenheit und „dem nötigen Augenmaß“ agiert. Die Bundespolizei habe das Land Nordrhein-Westfalen mit bis zu 600 Angehörigen der Bereitschaftspolizei unterstützt.

Klimaschutz-Aktivisten, die den Abbau von Braunkohle verhindern wollen, hatten der Polizei vorgeworfen, sie habe am Samstag übermäßig viel Gewalt ausgeübt. Die Einsatzkräfte setzten gegen Demonstranten, die in den Tagebau oder in den von seinen ursprünglichen Bewohnern verlassenen Ort Lützerath vordringen wollten, Schlagstöcke, Wasserwerfer und Pfefferspray ein. Laut Polizei erlitten mehr als 70 Polizistinnen und Polizisten seit Beginn des Räumungseinsatzes Verletzungen auf dem Gelände. Neun Aktivisten seien mit Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht worden.

„Man kann den Einsatz durchaus mit Einsätzen im Hambacher Forst vergleichen“, fügte Roßkopf hinzu. Der Hambacher Forst war 2018 zur Rodung vorgesehen. Auch auf diesem Gelände ging es um den Abbau von Braunkohle durch den Energiekonzern RWE. Die drohende Zerstörung des Waldes mobilisierte damals massiven Widerstand. Die Polizei brauchte Wochen, um Baumhäuser abzumontieren und das Lager der Aktivisten aufzulösen. Später wurde die Rodung per Gerichtsbeschluss vorläufig verboten.

Montag, 16. Januar 2023 | 06:41 Uhr

Nacht in Lützerath ruhig: Aktivisten harren weiter in Tunnel aus

Im nahezu geräumten Protestdorf Lützerath am rheinischen Braunkohletagebau ist es in der Nacht zum Montag ruhig geblieben. Nach wie vor sind zwei Aktivisten in einem Tunnel, wie ein Sprecher von RWE am

Montagsmorgen sagte. Man sei in Kontakt mit ihnen. Derweil laufe der Rückbau weiter und sei bereits „weit fortgeschritten“.

Montag, 16.Januar 2023 | 07:09 Uhr

Klimaaktivisten besetzen Braunkohlebagger im Tagebau Hambach

Klimaaktivisten haben einen Schaufelradbagger im Braunkohletagebau Hambach im rheinischen Braunkohlerevier besetzt. Insgesamt vier Menschen seien seit den frühen Morgenstunden auf dem Bagger, sagte ein RWE-Sprecher der Deutschen Presse-Agentur am Montag. Dieser habe den Betrieb eingestellt. Die Polizei sei informiert.

Nach Angaben der Protestgruppe „Gegenangriff - für das gute Leben“ haben acht Aktivisten den Bagger besetzt. Mit der Aktion wolle man sich mit den Menschen im Dorf Lützerath solidarisch zeigen. Zudem kritisierte die Gruppe das dortige Vorgehen der Polizei und forderte die Vergesellschaftung der Energieproduktion.

Montag, 16.Januar 2023 | 08:17 Uhr

Bei Lützerath: Klimaaktivisten in Rollstuhl seilen sich von Brücke ab

Klimaaktivisten haben sich am Montagmorgen von einer Autobahnbrücke in der Nähe von Lützerath abgeseilt. Es handle sich um zwei Personen im Rollstuhl, sagte ein Polizeisprecher. Der Verkehr auf der Autobahn 44 darüber laufe derzeit, auf der Landstraße unter der Brücke gehe dagegen nichts mehr. Die Brücke liegt ungefähr vier Kilometer Luftlinie vom Braunkohleort Lützerath entfernt.

Montag, 16.Januar 2023 | 10:55 Uhr

SPD-Fraktion beantragt im NRW-Landtag aktuelle Viertelstunde zu Lützerath

Die SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag hat eine sogenannte aktuelle Viertelstunde zur Lage um Lützerath beantragt, wie ein Sprecher des Landtags in Düsseldorf am Montag bestätigte. Die Aussprache ist demnach für Mittwoch beantragt. Über die Zulassung des Antrags war zunächst noch nicht entschieden worden. Zuerst hatte die „Rheinische Post“ über den Antrag berichtet. Hintergrund ist dem Bericht zufolge ein Vorstoß der Landtagsabgeordneten Antje Grothus (Grüne) zur Räumung von Lützerath.

Grothus legte demnach in einer Mitteilung dar, dass nicht alle für die Abbaggerung vorgesehenen Grundstücke bereits im Besitz des Energiekonzerns RWE seien. Sie fürchtete demnach, dass Enteignungsverfahren drohen, die den Abbau verzögern könnten. Sie fordert daher eine Neuplanung des Tagebaus. Es werde „dem Eindruck Vorschub geleistet, die Eigentumsverhältnisse in Lützerath könnten strittig und die Räumung damit rechtswidrig sein. Dies ist nicht der Fall“, schrieb die SPD laut der „Rheinischen Post“ in ihrem Antrag.

Montag, 16. Januar 2023 | 12:23 Uhr

Tunnel-Insassen geben Protest auf

Die beiden Insassen im Tunnel unter Lützerath haben ihren Protest aufgegeben, das melden am Montagmittag die Nachrichtenagenturen afp und dpa übereinstimmend. Die Initiative „Lützerath lebt!“ hatte zuvor am Montagmittag über den Telegram-Infokanal mitgeteilt: „Die Tunnelbewohner:innen Pinky & Brain verlassen selbst den #LütziTunnel.“ Als Pinky und Brain hatten sich die beiden Aktivisten, deren Identität noch ungeklärt ist, in einem von den Aktivisten veröffentlichten Video vorgestellt.



Die Räumung des Tunnels hatte die Polizei in die Verantwortung von RWE übergeben. Die Werksfeuerwehr des Energiekonzerns wurde dabei unter anderem vom Technischen Hilfswerk unterstützt.

Zwei Personen hatten sich in unter Lützerath angelegten Tunneln verbarriadiert. Die Räumung des Tunnels gestaltete sich als schwierig, da die Situation unübersichtlich war, da Einsturzgefahr drohte. Die Aktivistinnen und Aktivisten wollten mit der Aktion die Räumung des Ortes verzögern. Nun haben sie als die letzten beiden verbliebenen Besetzer von Lützerath den Bereich verlassen.

Link zum Video <https://youtu.be/xonrW2smPyg>

Montag, 16. Januar 2023 | 13:33 Uhr

Besetzung von Kohlebagger im Tagebau Hambach beendet

Klimaaktivisten haben ihren Protest im Braunkohletagebau Hambach am Mittag beendet, zuvor hatten sie einen Schaufelradbagger im rheinischen Braunkohlerevier besetzt. Wie RWE-Sprecher Guido Steffen auf Nachfrage mitteilte, sind acht Aktivisten – zuvor war von vier die Rede – am Montagmorgen um 4.30 Uhr in den Tagebau Hambach eingedrungen und haben den Bagger 260, der bei Alt-Manheim auf der ersten Sohle steht und zurzeit wegen Reparaturarbeiten außer Betrieb ist, besetzt.

Auf dem Ballastausleger am Heck des Baggers hätten die Aktivisten seitdem ausgeharrt. Um 10.30 Uhr habe die herbeigerufene Polizei die Besetzer aufgefordert, binnen 15 Minuten den Bagger freiwillig zu verlassen, sonst würden sie unter Zwang abgeführt. Kurz vor Mittag habe „einer nach dem anderen unter Polizeibegleitung, aber freiwillig“ den Bagger verlassen. Um 13 Uhr sei der Bagger demnach „wieder frei“ gewesen.

Montag, 16. Januar 2023 | 14:31 Uhr

Mehr als 100 verletzte Polizisten in Lützerath

Bei der Räumung der Siedlung Lützerath sind nach Polizeiangaben mehr als 100 Beamte verletzt worden. Wie viele sich dabei ohne Fremdeinwirkung verletzt haben, sei aktuell noch nicht aufgeschlüsselt, sagte ein Polizeisprecher am Montag auf Anfrage. Allein am Samstag, als Demonstranten die Polizeiketten durchbrochen hatten, seien mehr als 80 verletzte Polizisten gezählt worden.

Aufseiten der Aktivisten und Demonstranten wurde die Zahl der Verletzten seit Beginn der Polizeiaktionen am 8. Januar auf rund 300 geschätzt. Am Samstag seien es „um die 120 Verletzte“ gewesen, sagte ein Sprecher von „Lützerath lebt“. Eine andere Sprecherin der Initiative sprach von „mindestens 90“ Verletzten am Samstag.

Gerade die Verletztenzahl zu Beginn der Polizeimaßnahmen sei nicht gut dokumentiert worden und könne nur geschätzt werden, räumte der Sprecher ein. Die Schätzung könne sich auch noch erhöhen, denn die Demonstranten seien noch aufgerufen, ihre Verletzungen nachträglich zu melden.

In einem Fall habe eine Klinik die Polizei eingeschaltet, als ein verletzter Aktivist sich dort anonym habe behandeln lassen wollen. Dies habe die Meldebereitschaft nicht gerade erhöht.

Die Polizei nannte keine Zahl verletzter Demonstranten und Aktivisten, bestätigte aber, dass am Samstag neun Mal Demonstranten mit Rettungswagen in Krankenhäuser gebracht worden seien. In Lebensgefahr habe sich aber keiner der Demonstranten befunden. Die Polizei hatte am Samstag Wasserwerfer, Schlagstöcke und Pfefferspray eingesetzt.

In einzelnen Fällen habe man von Amts wegen Strafanzeige gegen Polizisten gestellt, weil sich anhand von Videoaufnahmen der Verdacht der Körperverletzung im Amt ergeben habe, bestätigte ein Sprecher des NRW-Innenministeriums am Montag. Dabei handele es sich um übermäßigen oder in der konkreten Situation ungerechtfertigten Schlagstockeinsatz.

Montag, 16. Januar 2023 | 14:46 Uhr

„Pinky“ und „Brain“ unversehrt und auf freiem Fuß

Die Tunnelbewohner Pinky & Brain sind nach Informationen der „Kölner Stadt-Anzeiger“ wohl auf. Es gehe ihnen gut, sie könnten laufen und hätten den Tunnel selbstständig verlassen können, hieß es aus Aktivistenkreisen auf Nachfrage. Die beiden waren offenbar von der Polizei aus dem Ort begleitet worden. Inzwischen sind sie offenbar wieder auf freiem Fuß.

„RWE ist erleichtert, dass die lebensbedrohliche Situation auf diese Weise beendet wurde. Das freiwillige Verlassen des Tunnels ist das Ergebnis intensiver Gespräche“, teilte das Unternehmen mit. Eine Rettung aus dem Tunnel gegen den angekündigten Widerstand der Personen wäre mit hohen Risiken verbunden gewesen, auch für die Rettungskräfte, hieß es weiter.

Montag, 16. Januar 2023 | 16:08 Uhr

NRW sieht kein Enteignungsproblem bei weiterem Abbau in Garzweiler

Das Land NRW sieht wegen der Eigentumsverhältnisse am Braunkohleabbau Garzweiler vorerst keine Hindernisse für einen weiteren Abbau. Alle bis Ende 2023 für den Abbau bestimmten Flächen seien im Eigentum von

RWE oder dem Unternehmen zur Nutzung überlassen worden, teilte das NRW-Wirtschaftsministerium am Montag auf dpa-Anfrage mit.

Die Grünen-Landtagsabgeordnete Antje Grothus hatte vergangene Woche - noch vor dem Abschluss der Räumung von Lützerath - darauf hingewiesen, dass RWE nicht alle Flächen besitze, die zum Abbau vorgesehen sind. Sie hatte deshalb um einen Räumungsstopp und eine Neuplanung des Tagebaus gebeten.

Auch für die Zeit nach 2023 bis Ende 2025 verfüge RWE Power über mehr als 98 Prozent der Flächen, für den Rest liefen Kauf-, Tausch oder Pachtverhandlungen, erklärte das Ministerium unter Hinweis auf Auskünfte des Unternehmens. Es sei nicht unüblich, dass Verhandlungen mit einzelnen Grundeigentümern im Vorfeld des Tagebaus noch nicht abgeschlossen seien. Falls tatsächlich Enteignungen nötig würden, gebe es dafür langjährige etablierte Verfahren, bei denen die Bergbehörde über hinreichende Erfahrung verfüge, erklärte das Ministerium.

Montag, 16. Januar 2023 | 22:07 Uhr

Zwei Lützerather Tunnelbesetzer: „erschüttert über Zerstörungswut“

Die zwei Aktivisten, die tagelang in einem unterirdischen Tunnel am Braunkohleort Lützerath ausgeharrt hatten, haben der Polizei „Zerstörungswut“ bei der Geländeräumung geäußert. „Mit gemischten Gefühlen beobachten wir, wie viel Aufmerksamkeit die Medien dem Tunnel geschenkt haben“, zitierte die Initiative „Lützerath lebt“ die beiden Aktivisten am Montagabend. „Die Fragen, die uns am häufigsten gestellt wurden - wie es uns geht, was wir da unten gemacht haben, wie wir den Tunnel gebaut haben - sind absolut irrelevant und gehen komplett am eigentlichen Thema vorbei.“ Die beiden Personen, die sich „Pinky“ und „Brain“ nennen, hatten den Tunnel am Montagmittag verlassen.

Damit war das Ende von Lützerath fünf Tage nach Beginn der Räumung der einstigen Ortschaft in greifbare Nähe gerückt. Nach Angaben des Energiekonzerns RWE, der dort Kohle ausbaggern will, handelte es sich um die letzten Aktivisten vor Ort, die Räumung durch die Polizei sei damit beendet. Ein Sprecher der Initiative „Lützerath lebt“ sagte der Deutschen Presse-Agentur am Abend, die beiden Aktivisten wollten weiter anonym bleiben, daher veröffentliche man deren Erklärung „in Kooperation“.

Darin heißt es: „Der Tunnel an sich hat keine Bedeutung, die entscheidendere Frage ist, warum er gebaut und besetzt wurde.“ Ein Großkonzern habe mit Unterstützung der Politik ein ganzes Dorf zerstören wollen, „um mit der Förderung des ineffizientesten fossilen Energieträgers seine Profite zu steigern“. Und: „Wir sind erschüttert über die Zerstörungswut, mit der sich die Polizei wieder einmal zum Handlanger eines Großkonzerns gemacht hat.“

Dienstag, 17. Januar 2023 | 08:07 Uhr

Klima-Aktivisten dringen in Tagebau Inden ein und besetzen Bagger

Klima-Aktivisten des Bündnisses „Ende Gelände“ sind am Dienstagmorgen in den Tagebau Inden bei Düren eingedrungen und haben einen Schau-felradbagger besetzt. Über soziale Netzwerke teilte die Initiative Videos und Fotos, die die Besetzung des Tagebaus zeigen. Die Polizei Aachen, die für den Einsatz in Lützerath zuständig war, und die Polizei Düren konnten das Eindringen in den Tagebau Inden zunächst nicht bestätigen: „Wir prüfen das aktuell“, sagte ein Aachener Polizeisprecher auf Anfrage. Ein Sprecher des Energiekonzerns RWE hingegen bestätigte die Aktion, die um 7 Uhr begonnen hat.

Die verbreiteten Videos und Bilder zeigen rund 30 Personen in weißen Maleranzügen, die an Braunkohlebaggern stehen. „Der pinke Finger blockiert den Tagebau Inden. Jede Tonne Kohle, die hier gefördert wird, heizt die Klimakrise weiter an – mit katastrophalen Folgen“, schrieb „Ende Gelände“ bei Twitter. Das Klima-Bündnis war bereits an Tagebau- und Baggerbesetzungen in den vergangenen Jahren beteiligt.

Ende Gelände #LütziBleibt

Auf geht's, ab Geht's! Der pinke Finger blockiert den Tagebau Inden.



Jede Tonne Kohle, die hier gefördert wird, heizt die Klimakrise weiter an – mit katastrophalen Folgen. Wir nehmen Klimagerechtigkeit selbst in Hand und stoppen Bagger und Förderband.

Dienstag, 17. Januar 2023 | 09:31 Uhr

Aktivisten besetzen Kohlebahn am Kraftwerk Neurath

Klima-Aktivisten sind am Dienstagmorgen nicht nur in den Tagebau Inden eingedrungen, sie haben auch eine Kohlebahn am Kraftwerk Neurath blockiert. Nach Angaben der Beteiligten sollen dort rund 130 Personen auf den Gleisen sitzen. Neurath liegt bei Rommerskirchen, die RWE-Anlage ist das zweitgrößte Braunkohlekraftwerk Europas.

Link zum Video <https://youtu.be/7kNcinZIQ3g>

Dienstag, 17. Januar 2023 | 10:07 Uhr

Demo vor dem Düsseldorfer Landtag



Das Aktionsbündnis „Lützerath unräumbar“ will ab 13 Uhr vor dem Düsseldorfer Landtag demonstrieren. In Berlin wird bereits demonstriert: Wissenschaftlerinnen von „Scientist Rebellion“ und Aktivisten von „Extinction Rebellion“ blockieren dort die NRW-Landesvertretung.

WDR macht sich zum Aktivisten-Funk!



Öffentlich-rechtliche Sender wie ARD, ZDF und WDR müssen eigentlich ausgewogen berichten Foto: picture alliance/dpa

Mit Dreck, Steinen und Molotow-Cocktails wurden Polizisten in Lützerath von vermeintlichen „Aktivisten“ angegriffen.

Gerade hier müssten Gesetzeshüter auf ausgewogene Berichte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zählen können.

Doch der sendet ein Pressestatement der Aktivistin Greta Thunberg und Luisa Neubauer unkommentiert. Heißt: Selbstinszenierung!

Wieder einmal hat der Rundfunk bewiesen, dass er zum Aktivisten-Funk verkommt: Im WDR durfte eine Sanitäterin – die in Wirklichkeit Aktivistin und Mitglied der Grünen Jugend ist – den Polizisten ohne Prüfung oder Beweise Gewalt vorwerfen!

Ausgewogenheit:

Fehlanzeige. Luisa Neubauer durfte die Falschbehauptung verbreiten, Deutschland sei im Jahr 2023 „Hauptverursacher der Klimakrise“.

Es ist nicht Rundfunk-Auftrag, grünen Positionen den roten Medienteppich auszurollen. Die Gebührenzahler zahlen nicht für einen grünen Aktivistenfunk.

Reul: Insgesamt mehr als hundert Polizisten bei Lützerath-Einsätzen verletzt – Kritik an WDR

Bei den Polizeieinsätzen rings um Lützerath sind nach neuen Angaben des nordrhein-westfälischen Innenministers Herbert Reul (CDU) insgesamt mehr als hundert Polizisten verletzt worden. „Allerdings wurden viele nicht in Auseinandersetzungen verletzt“, stellte Reul in der „Bild“-Zeitung (Dienstagsausgabe) klar. „Einige Verletzungen rühren schlicht von den örtlichen Gegebenheiten.“

Mit dem Abzug der letzten Klimaaktivisten aus Lützerath war die Räumung des Braunkohleorts am Montag beendet worden. Reul zufolge wurden 102 Polizisten verletzt. „Seit Beginn der Räumung, also nicht nur in der Vorwoche, haben wir rund 200 Anzeigen gegen Besetzer und Demonstranten geschrieben“, bilanzierte er zudem. Das Spektrum der Straftaten umfasse unter anderem Körperverletzung, Widerstand, Landfriedensbruch und Diebstahl.

Reul warnte zudem vor „unbelegten“ Gewaltvorwürfen gegen die Polizei: „Ich bin nicht bereit, diese pauschalen, unbelegten Schilderungen zu akzeptieren, die von Kopfschlägen gegen Demonstranten handeln. Diese Vorwürfe muss man belegen.“

Der CDU-Politiker kritisierte zudem die Berichterstattung des Westdeutschen Rundfunks (WDR) über die Räumung von Lützerath: „Der WDR gefährdet sein Ansehen, wenn er eine radikale Gruppe 50 Minuten live überträgt.“ Reul bezog sich dabei laut „Bild“ auf eine Pressekonferenz von Klimaaktivisten, welche der WDR am Sonntag 50 Minuten lang live und unkommentiert übertragen habe. „Diese Pressekonferenz grenzte an Propaganda radikaler Aktivisten. Und der WDR hat das fröhlich übertragen“, kritisierte Reul.

Dienstag, 17. Januar 2023 | 11:51 Uhr

Polizisten tragen Aktivisten am Kraftwerk Neurath von den Gleisen

Die Kohlebahn am Braunkohlekraftwerk Neurath bei Rommerskirchen musste ihren Betrieb einstellen, nachdem dort Aktivisten auf den Schienen Platz genommen hatten. „Hier fährt heute kein Kohlezug. Wir stellen uns der Zerstörung mit unseren Körpern in den Weg“, twitterte das Bündnis „Ende Gelände“ über einem Foto von Aktivisten in weißen Ganzkörperanzügen auf Bahngleisen. „Klimaschutz bleibt Handarbeit!“

Nachdem diese sich geweigert hätten, die Gleise zu verlassen, seien die Protestierenden weggetragen worden, berichtete ein Sprecher der Polizei Aachen. Der „Aktionsticker Lützerath“ vermeldete etwa 130 Blockierer an der Kohlebahn, Polizei und RWE sprachen von 20 bis 40 Personen. Gewalttätige Auseinandersetzungen wurden zunächst an keinem Protestort bekannt.

Dienstag, 17. Januar 2023 | 13:39 Uhr

Greta Thunberg immer noch in der Nähe von Lützerath unterwegs

Die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg (20) hält sich auch nach der Räumung von Lützerath noch in der Region am Braunkohletagebau in Nordrhein-Westfalen auf. Am Dienstag lief sie überraschend bei einer Klimaschutz-Demonstration mit, die im Ort Keyenberg in der Nähe von Lützerath begonnen hatte, wie ein dpa-Fotograf berichtete. Mit einer dicken Mütze auf dem Kopf habe sie sich unter die Demonstranten gemischt. Ein Thunberg-Sprecher erklärte auf Anfrage, dass die Klimaaktivistin noch in der Region sei und „an verschiedenen Aktivitäten“ teilnehmen werde.

Thunberg war in den vergangenen Tagen immer wieder in und um Lützerath aufgetaucht. Unter anderem nahm sie an einer Kundgebung am Samstag teil. Lützerath wurde in den vergangenen Tagen von der Polizei geräumt und soll zur Kohlegewinnung abgebaggert werden.

Dienstag, 17. Januar 2023 | 14:16 Uhr

Aktivisten von „Lützerath lebt“ rudern zurück: Doch keine „lebensgefährlich verletzten“

Das Bündnis „Lützerath lebt“ hat die Angaben einer Demo-Sanitäterin zu lebensgefährlich verletzten Demonstranten auf der Großkundgebung bei Lützerath am vergangenen Samstag revidiert. Florian Özcan, Sprecher des Bündnisses, sagte am Montag der „Süddeutschen Zeitung“: „Es gibt zum Glück keine lebensgefährlich verletzten“. Es gehe nicht darum, „Sachen schlimmer darzustellen, als sie waren“. Die Demo-Sanitäterin habe ihren subjektiven Eindruck weitergegeben. Zudem habe sie kein gutes diagnostisches Gerät zur Verfügung gehabt.

Iza Hofmann hatte in den Tagen der Räumung von einem brutalen Vorgehen der Polizei berichtet. Bei Twitter hatte sie geschrieben, es seien mehrere Aktivisten lebensgefährlich durch Schläge auf den Kopf verletzt worden. Später relativierte sie ihre Aussage und schrieb bei Twitter, der „Fakt

das die Polizei auf Kopf schlägt und damit lebensgefährliche Verletzungen riskiert“, sei nicht weniger schlimm.

Dienstag, 17. Januar 2023 | 14:33 Uhr

Eine Person in Tagebau nahe Lützerath gelangt

Nach einer Demonstration in der Nähe von Lützerath ist nach Angaben des Energiekonzerns RWE eine Person in den Braunkohletagebau gelangt. Das sagte ein RWE-Sprecher am Dienstag. „Das ist natürlich grob leichtsinnig, was der da macht“, sagte er. Die Person stehe auf einer „Art Treppenab-satz“ in der Böschung. Die „Aachener Zeitung“ hatte berichtet.

Die Demonstration war am Dienstag im Dorf Keyenberg gestartet. Nach Polizeiangaben hatten Teilnehmer den Protestzug verlassen, um in Rich-tung Lützerath zu laufen. Das Dorf wurde in den vergangenen Tagen von der Polizei geräumt und soll abgebagert werden. Es ist abgeriegelt.

Dienstag, 17. Januar 2023 | 17:24 Uhr

Polizei trägt Greta Thunberg bei Protest von Abbruchkante weg

Die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg ist als eine von mehreren Demonstranten von der Polizei von der Abbruchkante zum Braunkohleta-gebau Garzweiler weggetragen worden. Das beobachtete ein dpa-Fotograf. Die Polizei bestätigte, dass Thunberg am Dienstag Teil der Gruppe war, die sich auf die Kante zubewegt hatte und dann aufgehalten und weggetragen wurde.



Greta Thunberg wird von Polizeibeamter von der Abbruchkante weggetragen

Der Tagebau hat eine scharfe Abbruchkante, der Aufenthalt dort ist gefährlich und verboten. Ein dpa-Fotograf beobachtete, dass Thunberg von drei Polizisten weggetragen und nach gut 50 Metern abgesetzt worden sei, um eine Personenkontrolle durchzuführen. Zuvor hatten sich etwa 60 bis 70 Aktivisten für eine Protestaktion in die Nähe der Abbruchkante gesetzt.

Das Dorf Lützerath in der Nähe ist abgeriegelt. Es wurde in den vergangenen Tagen von der Polizei geräumt und soll abgebaggert werden. Dagegen hatte sich großer Widerstand formiert.

Thunberg war zuvor auf einer Klimaschutz-Demonstration gesehen worden, die im Nachbardorf Keyenberg gestartet war. Aus diesem Protest-Zug heraus lösten sich Menschen nach Polizeiangaben heraus und machten sich auf den Weg in Richtung Tagebau. Dadurch kam es zu Konfrontationen mit der Polizei.

Dienstag, 17. Januar 2023 | 18:52 Uhr

Laut RWE ist eine Person in den Tagebau nahe Lützerath gelangt

Nach einer Demonstration in der Nähe von Lützerath ist nach Angaben des Energiekonzerns RWE eine Person in den Braunkohletagebau gelangt. Das sagte ein RWE-Sprecher am Dienstag. „Das ist natürlich grob leichtsinnig, was der da macht“, sagte er. Die „Aachener Zeitung“ hatte berichtet.

Die Person stehe auf einer „Art Treppenabsatz“ in der Böschung und war auch am späten Dienstagabend noch in der Böschung. Sie wolle sich nicht helfen lassen, sagte ein RWE-Sprecher. Nun sei das Höheninterventions-team der Polizei dorthin unterwegs.

Dienstag, 17. Januar 2023 | 19:00 Uhr

Polizei nimmt Greta Thunberg bei Lützerath in Gewahrsam

Die Polizei hat die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg zusammen mit einer Gruppe anderer Demonstrierender bei einer Protestaktion nahe der Ortschaft Lützerath in Gewahrsam genommen. „Die Gruppe befindet sich zur Identitätsfeststellung im Gewahrsam der Polizei“, sagte die Sprecherin des Polizeipräsidiums Aachen, Dana Zimmermann, ohne allerdings Thunberg zu nennen. Zuvor hatte es Mitteilungen von Klimaaktivistinnen und -aktivisten über eine Festnahme Thunbergs gegeben.

Bei den in Gewahrsam genommenen Menschen geht es laut Polizei um eine Zahl „im mittleren zweistelligen Bereich“. Diese müssten im Polizeigewahrsam verbleiben, bis von allen die Identität festgestellt worden sei. Wenn einige dies nicht wollten, „dann müssen alle warten“, sagte Zimmermann. Um eine Festnahme im juristischen Sinn handele es sich aber nicht.

Die Gruppe beteiligte sich demnach an einer erneuten Kundgebung gegen die Räumung von Lützerath und den Braunkohletagebau in der Region. Dabei hätten einige, darunter die in Gewahrsam genommene Gruppe, sich „aus der Demonstration herausgelöst“ und seien „auf die Abbruchkante des Tagebaus zugelaufen“. Was mit ihnen weiter passiere, wird laut Polizei „entschieden, wenn die Identitätsfeststellung abgeschlossen ist“.



Dienstag, 17. Januar 2023 | 20:18 Uhr

Kleinere Störaktionen im rheinischen Braunkohlenrevier

Nach dem Ende der Räumung von Lützerath besetzten am Morgen (17. Januar) etwa 20 Aktivisten zunächst einen Schaufelradbagger im Braunkohletagebau Inden, deren Arbeiter daraufhin seine Arbeit einstellen mussten. Gegen Mittag verließen alle Personen den Bagger freiwillig. Entsprechende Strafverfahren und Maßnahmen zur Feststellung der Identität waren die Folge.

In der Nähe des Kraftwerks Neurath gelangten 127 Aktivisten auf die Bahngleise, die den Tagebau Garzweiler mit dem Kraftwerk verbinden und besetzten sie. Auch hier verließen einige Personen die Bahngleise freiwillig, alle anderen ließen sich wegtragen. Der Energiekonzern erstattete Strafanzeigen wegen Hausfriedensbruch und gefährlichen Eingriffs in den Schienen- und Bahnverkehr.

Bei einem angemeldeten Demonstrationzug von Keyenberg nach Holzweiler lösten sich Gruppen aus dem Aufzug und stürmten in Richtung Tagebau Garzweiler. Daraus bildeten sich an unterschiedlichen Orten Spontanaktionen. Beispielsweise auf der Straße "L12", wo eine Personengruppe die Durchfahrt blockierte. Andere Personen liefen bis zur Abbruchkante und blieben dort stehen. Lediglich ein Teilnehmer sprang über die Kante in den Tagebau und harrte dort bis zu seiner Rettung aus. Polizisten hielten den Rest der Gruppe vor Ort auf und stellten die Personalien fest. Anschließend brachten die Einsatzkräfte die Beteiligten aus dem Gefahrenbereich und entließen alle Personen vor Ort.

Mittwoch, 18. Januar 2023 | 08:44 Uhr

Greta Thunberg in Gewahrsam: Aachener Polizei äußert sich zu Kritiker-Stimmen

Die bekannte schwedische Klima-Aktivistin Greta Thunberg ist am Dienstagabend bei Protesten rund um Lützerath in Gewahrsam genommen worden. Ob Thunberg am Mittwochmorgen wieder auf freiem Fuß ist, kommentierte die Aachener Polizei auf Nachfrage dieser Zeitung nicht konkret: „Eine Gruppe, die an der Abbruchkante nahe Lützerath war, wurde nach der Feststellung der Identität wieder freigelassen“, sagte ein Polizeisprecher am Mittwochmorgen. Ob auch Thunberg zu dieser Gruppe gehörte, blieb unbeantwortet.

Rund um die Gewahrsamnahme der Polizei entstanden auch viele Bilder und Videos. Ein Video zeigt zwei Polizisten, die neben der Klima-Aktivistin stehen, sie lächelt, wird von Fotografinnen und Fotografen in den Fokus genommen. Kritiker werfen sowohl Polizei als auch Thunberg eine „Inszenierung für die Kameras“ vor. Ein User kommentierte das Video mit „Behind the scenes“ – hinter den Kulissen.

Den Vorwurf einer Inszenierung wies die zuständige Aachener Polizei zurück: „Es gab aus dieser Gruppe keine Widerstandshandlungen, deswegen gab es auch für die Beamten vor Ort keinen Grund, härter durchzugreifen. Es gibt keinen Promi-Bonus, es gibt aber auch keine Promi-Ungleichbehandlung“, so der Aachener Polizeisprecher. „Wir haben kein Interesse an einer Eskalation, genauso wie der erhebliche Teil der Menschen, die dort ihre Meinung kundtun.“

Link zum Video https://twitter.com/baha_jam/status/1615455496240267264?s=20&t=henChZ8ZD_mjBjF3E32A1A

Mittwoch, 18. Januar 2023 | 09:52 Uhr

Klimaaktivistin Greta Thunberg wohl wieder auf freiem Fuß

Die schwedische Klima-Aktivistin Greta Thunberg ist nach eigenen Angaben wieder auf freiem Fuß. Sie wurde als Teil einer Gruppe bei Protesten nahe Lützerath am Dienstagabend von Polizisten in Gewahrsam genommen. Nun teilte sie via Twitter mit, dass sie später am Abend wieder freigelassen wurde. Ein Sprecher der Aachener Polizei sagte am Mittwochmorgen, dass die Polizei keine Angaben zu Einzelpersonen mache, die Gruppe aber nach der Feststellung der Identität wieder freigelassen worden sei.

Thunberg kommentierte via Twitter auch die Gewahrsamnahme durch die Polizei: „Ich war gestern Teil einer Gruppe, die friedlich gegen die Erweiterung des Tagebaus in Deutschland protestiert hat. Wir wurden umringt von Polizisten und in Gewahrsam genommen, aber noch am Abend freigelassen.“ Die Aktivistin ergänzte: „Klimaschutz ist kein Verbrechen“

Mittwoch, 18. Januar 2023 | 11:32 Uhr

3700 Polizisten in Lützerath im Einsatz – mehr als 500 Aktivisten geräumt

Bei der Räumung der Siedlung Lützerath für den Braunkohle-Abbau sind bis zu 3700 Polizisten gleichzeitig im Einsatz gewesen. Das geht aus einem Bericht des NRW-Innenministeriums an den Landtag hervor. Am vergangenen Freitag seien am meisten Beamte im Einsatz gewesen. Am vergangenen Samstag, als es am Rande der Demonstration gegen die Räumung zu Ausschreitungen kam, seien es 3300 Kräfte gewesen.

Schon im Vorfeld der Räumung seien brennende Barrikaden errichtet worden. Polizisten und RWE-Mitarbeiter seien mit Pyrotechnik, Farbbeuteln und Steinen beworfen worden. 372 Menschen hätten Lützerath schließlich freiwillig verlassen, 159 hätten von der Polizei weggebracht werden müssen.

Bei der Demonstration am Samstag hätten mehrere Tausend Demonstranten die genehmigte Demonstrationsroute verlassen und sich auf Lützerath zubewegt. Die Versuche, die Polizeiketten nach Lützerath zu durchbrechen, seien mit Schlagstock- und Wasserwerfereinsatz verhindert worden. Dabei seien die Wasserwerfer nur mit der „Regen“-Funktion eingesetzt worden, gezielt Wasserstöße auf Störer habe es nicht gegeben.

Die nordrhein-westfälische Polizei sei von Kräften aus fast allen Bundesländern und des Bundes unterstützt worden. Die statistische Erfassung von Strafanzeigen, Gewahrsamnahmen und vorläufigen Festnahmen dauere noch an. NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) hatte am Montag von 180 Strafanzeigen berichtet.

Mittwoch, 18. Januar 2023 | 11:45 Uhr

Letzte Häuser Lützeraths werden weggebaggert

Die letzten Häuser Lützeraths stehen kurz vor dem Abriss. Fotos der deutschen Presseagentur (dpa) zeigen, wie RWE-Bagger in das Dorf vordringen

und die Hallen und Häuser, die von Aktivisten besetzt wurden, abgerissen werden. Die Polizei hatte die Räumung des Gebiets nach gerichtlichem Beschluss durchgesetzt.



18. Januar: RWE-Bagger reißen die letzten Häuser Lützeraths ab. Bild: dpa

Mittwoch, 18. Januar 2023 | 17:56 Uhr

Lützerath-Protestaktionen: Noch mehrere Aktivisten in Gewahrsam

Nach den Protestaktionen gegen den Abriss von Lützerath sind noch mehrere Aktivisten in Polizeigewahrsam. Es handele sich um Personen, deren Identität bislang nicht habe festgestellt werden können, sagte ein Sprecher der Aachener Polizei am Mittwoch. Zur Zahl der Festgehaltenen wollte er keine Angaben machen.

Die Protestgruppe „Gegenangriff - für das gute Leben“ berichtete von zwei Aktivisten, die nach der Besetzung eines Schaufelradbaggers am Montag im Tagebau Hambach noch in Gewahrsam seien, weil sie die Angabe ihrer Personalien verweigerten. Die Gruppe forderte ihre sofortige Freilassung.

Mittwoch, 18. Januar 2023 | 17:57 Uhr

Al Gore unterstützt Greta Thunbergs Klima-Protest in Lützerath

Der ehemalige US-Vizepräsident Al Gore hält den Protest der Klimaaktivistin Greta Thunberg in Lützerath für richtig. „Ich unterstütze ihre Bemühungen, ein Kohlebergwerk in Deutschland zu stoppen“, sagte Gore am Mittwoch auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos. Es gebe eine Kluft zwischen denjenigen, die alt genug seien, um in Machtpositionen zu sitzen, und den jungen Menschen dieser Welt. Die Klimakrise verschlimmere sich schneller, als die Welt sie bewältigen könne und es müsse endlich gehandelt werden.

Mittwoch, 18. Januar 2023 | 18:53 Uhr

Aachener Polizeipräsident verteidigt Lützerath-Einsatz

Aachens Polizeipräsident Dirk Weinspach hat den robusten Räumungseinsatz in und um das Braunkohledorf Lützerath verteidigt. „Wir haben gesagt, wenn es zum Sturm auf die Sicherungsanlage, zum Sturm auf Lützerath kommt, dann müssen wir unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen“, sagte Weinspach am Mittwoch der Zeitung „Die Welt“. „Wir konnten nicht zulassen, dass es zu einer Wiederbesetzung von Lützerath kommt und dass das dortige Betretungsverbot nicht beachtet wird.“ Die Polizei habe das Eindringen von Demonstranten am Samstag auch aus Gründen der Gefahrenabwehr verhindern müssen, weil dort zu dem Zeitpunkt die Abbrucharbeiten und Rodungen noch nicht abgeschlossen gewesen seien.

Es habe mehrere Polizeiketten gegeben - und die erste Kette habe „von vornherein ein deutliches Zeichen setzen“ sollen, dass das Verhalten der Demonstranten nicht mehr vom Versammlungsrecht gedeckt sei, sagte Weinspach. „Jeder, der diese Ketten überrannte und das friedlich nennt, musste wissen, dass er sich im strafbaren Bereich bewegt“, so der Polizeipräsident. „Selbst wenn er aktiv keine Gewalt ausübt, stellt er zumindest die Rückendeckung für Gewalt dar, die in den vorderen Reihen passierte.“

In dieser Situation hätten alle Einsatzmittel eingesetzt werden müssen - dazu gehörten auch körperliche Gewalt, Wasserwerfer oder der Einsatzmehrzweckstock. Weinspach sagte zugleich zu, dass allen Vorwürfen nachgegangen werde. Es werde darum gehen, ob sich die Einsatzkräfte „im Rahmen der Verhältnismäßigkeit rechtmäßig verhalten“ hätten.

Mitglieder des Bündnisses „Lützerath Lebt“ hatten am Mittwoch Aktionen zivilen Ungehorsams gegen den Braunkohleabbau verteidigt. Sie blieben auch bei der umstrittenen Aussage, dass mehrere Teilnehmer der Anti-

Kohle-Demonstration am Samstag lebensgefährlich verletzt worden seien. Nach Angaben der Polizei wurde bei der Demo niemand lebensgefährlich verletzt.

Weinspach wies auch Vorwürfe zurück, dass es sich beim Abführen der schwedischen Klimaaktivistin Greta Thunberg am Dienstag um eine „Inszenierung“ gehandelt habe. „Wir würden uns nie dafür hergeben, solche Aufnahmen zu stellen, wir sind nicht die Statisten für die Inszenierung einer Frau Thunberg.“

Donnerstag, 19.Januar 2023 | 15:09 Uhr

Reul: Fast 500 Straftaten in und um Lützerath – In fünf Fällen wird gegen Polizisten ermittelt

Im Zusammenhang mit der Räumung der Siedlung Lützerath sind nach Angaben von NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) fast 500 Straftaten begangen worden. Im Vorfeld der Räumung seien 30 Straftaten, während der Räumung fast 400 und während der Demonstration am vergangenen Samstag noch einmal mehr als 50 Straftaten registriert worden, berichtete Reul am Donnerstag dem Innenausschuss des Landtags.

Schon im Vorfeld habe es Aufforderungen zur Gewalt gegeben: „Cops töten“ oder „Zwischen Bullenhelm und Nasenbein passt immer noch ein Pflasterstein“ seien Parolen und Graffiti gewesen. Es werde aber auch in fünf Fällen gegen Polizisten ermittelt.

An der Tagebaukante sei ein Polizeipferd mit Decken bewusst scheu gemacht worden, bis es mitsamt der Reiterin durchgegangen und auf die Tagebaukante zu galoppiert sei. Die Beamtin habe unter dem Gejohle der Demonstranten gerade noch abspringen können und das Pferd dann auch gestoppt.

Lützerath, das zu Erkelenz westlich von Köln gehört, war in einem tagelangen Großeinsatz der Polizei gegen den Widerstand hunderter Klimaaktivisten geräumt worden. Der Energiekonzern RWE will dort Braunkohle abbauen.

Donnerstag, 19.Januar 2023 | 17:02 Uhr

Letztes Gebäude in Lützerath abgerissen

In Lützerath am Rande des rheinischen Braunkohletagebaus ist am Donnerstag das letzte Haus abgerissen worden. Das teilte der Energiekonzern RWE mit. Man werde aber noch wochenlang mit dem Rückbau der Keller, der Straßen, der Kanäle und der Leitungen zu tun haben, betonte ein Sprecher. Auch das Ziehen der Baumwurzeln und der anschließende Abtransport werde Zeit in Anspruch nehmen. „Deswegen können wir heute noch lange nicht das Ende des Rückbaus verkünden.“

Donnerstag, 19. Januar 2023 | 17:34 Uhr

Eskalierter Protest: Krankenhaus-Chef äußert sich zu verletzten Aktivist*innen und Polizisten in Lützerath

Die Aktivist*innen sprachen zwischenzeitlich von lebensgefährlich verletzten. Das Krankenhaus in Erkelenz verzeichnete als schwerste Verletzungen eine Oberschenkelprellung sowie Verdacht auf Gehirnerschütterung.



Am Rande der Demonstration am 14. Januar kam es auch zu Zusammenstößen zwischen Protestierenden und der Polizei, die auch eine Reiterstaffel einsetzte. **Bild** AFP

Donnerstag, 19. Januar 2023 | 17:57 Uhr

Lützerath: Ermittlungen gegen Polizisten wegen sexueller Belästigung

Im Innenausschuss des NRW-Landtags werden neue Details zu den Protesten in Lützerath öffentlich.



Zwei Polizisten ziehen einen Demonstranten während der Proteste gegen den Abriss von Lützerath weg. **Bild** AFP

Im Zusammenhang mit der Räumung von Lützerath sind nach Angaben von NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) fast 500 Straftaten begangen worden. Das berichtete er am Donnerstag im Innenausschuss des Landtags. In fünf Fällen werde gegen Polizisten ermittelt. Reul äußerte den Verdacht, der illegale Marsch Richtung Abbruchkante nach der Demo am Samstag sei von der linksextremistischen Szene von langer Hand vorgeplant worden.

Samstag, 21. Januar 2023 | 17:59 Uhr

RWE kündigt Schadenersatzforderungen gegen Demonstranten an

Nach der Räumung des Dorfs Lützerath im rheinischen Braunkohlerevier hat der Energiekonzern RWE zivilrechtliche Schritte gegen Demonstranten angekündigt. „Natürlich müssen alle Störer mit einer Schadenersatzforderung rechnen“, sagte Konzernsprecher Guido Steffen der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Samstagsausgabe). Wie hoch diese Forderungen ausfallen könnten, sei allerdings noch nicht zu beziffern. Es liege noch keine endgültige Schadensbilanz zu der Räumung vor.

Die Polizei hatte mehrere Tage dafür gebraucht, das von Klimaaktivisten besetzte Dorf an der Abbruchkante des Rheinischen Tagebaus zu räumen. Tausende Menschen protestierten gegen die Räumung. Nach Angaben von RWE kam es während der Proteste zu erheblichen Sachbeschädigungen, unter anderem an Fahrzeugen und Anlagen des Konzerns. Zudem seien mehrere Brunnen und Schaltanlagen zerstört worden. Die ehemalige Siedlung Lützerath soll einer Erweiterung des RWE-Tagebaus Garzweiler weichen.

Sonntag, 22. Januar 2023 | 16:10 Uhr

Erkelenzer Bürgermeister sieht Aktionen kritisch

Trotz der Räumung und des Abrisses der Siedlung Lützerath haben am Sonntag rund 400 Menschen einen „Dorf-Spaziergang“ nahe dem Braunkohle-Tagebau Garzweiler unternommen. Die Menschen aus dem eher bürgerlichen Spektrum seien von Keyenberg aus nach Süden in Richtung Lützerath gezogen, sagte ein Polizeisprecher auf Anfrage. Es habe sich nicht um eine angemeldete Demonstration gehandelt. Die Veranstaltung habe aber eine Tradition als waldpädagogischer Spaziergang. „Für uns ist alles gut“, sagte ein Polizeisprecher in Aachen. Die Spaziergänger seien friedlich. Die Polizei Sorge dafür, dass sie auf der Landesstraße 12 ungefährdet

gehen können. Im Anschluss war laut der Initiative „Alle Dörfer bleiben“ noch ein Konzert im benachbarten Kuckum geplant.

Unterdessen werden die Aktionen von Klimaschützern am Rand des Tagebaus Garzweiler in den betroffenen Ortsteilen nach dem Eindruck des Erkelenzer Bürgermeisters Stephan Muckel zunehmend kritisch gesehen. „Nach meinem Eindruck kippt die Stimmungslage in den Dörfern ein bisschen“, sagte der CDU-Politiker der dpa. Hintergrund sei, dass sich ein Teil der Teilnehmer nicht an Regeln gehalten habe.

Unter anderem hatte sich bei einer Demonstration eine Gruppe vom Rest getrennt und versucht, die abgeriegelte und zum Abriss vorgesehene Ortschaft Lützerath zu stürmen. Das hatte die Polizei verhindert. Viele Menschen seien aufgebracht über Protestformen wie Ankleben oder das Abseilen von Brücken, berichtete Muckel. Das bekomme er von vielen per E-Mail und persönlich mitgeteilt.

Zwischen verschiedenen Behörden seien Maßnahmen in Abstimmung, um vor Ort für mehr Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Die 46 000 Einwohnerstadt Erkelenz am Rand des Braunkohletagebaus plant, die Bürger einzubeziehen, um die Zukunft in den verbleibenden Orten zu gestalten.



Mittwoch, 25. Januar 2023 | 15:50 Uhr

Räumung des Weilers Lützerath abgeschlossen – Nachbereitung beginnt

Die polizeiliche Räumung von Lützerath ist bereits am 15.01.2022 beendet worden. Die Gebäude und das Gelände sind an die RWE Power AG übergeben worden.

Die Nachbereitung des Großeinsatzes hat begonnen: "Wir, als Polizei Aachen haben unsere jeweiligen Einsatzziele erreicht. Während des eigentlichen Räumungseinsatzes sind wir, von wenigen zeitlich und örtlich begrenzten Ausnahmen abgesehen, auf überwiegend friedlichen Protest

gestoßen. 372 Personen verließen Lützerath friedlich und freiwillig, das haben wir sehr begrüßt", so Aachens Polizeipräsident Dirk Weinspach. Von weiteren 159 Personen, die aus Lützerath herausgebracht wurden, musste im Rahmen polizeilicher Maßnahmen die Identität festgestellt werden. Insgesamt befanden sich zum Beginn der Räumung 531 Aktivist*innen in Lützerath.

Überwiegend leisteten die Aktivist*innen passiven Widerstand auf Mono- und Tripods, in Sitzblockaden oder sogenannten Lock-Ons und ließen sich von den Einsatzkräften lösen und wegtragen, um so nach eigenen Angaben die Räumung zu verzögern. In anderen Fällen musste das Höheninterventionsteam der Polizei Personen aus Baumhäusern oder Häusern räumen. Vereinzelt sind Polizistinnen und Polizisten aber auch von Dächern oder aus Barrikaden heraus mit Steinen, Molotowcocktails und anderen Gegenstände beworfen oder mit Pyrotechnik beschossen und teils verletzt worden.

Wie bekannt, fand am 14.01.2023 eine Großdemonstration mit etwa 15.000 Personen statt, in deren Verlauf mehrere Tausend Personen die ursprüngliche Versammlungsfläche verließen und in Richtung Lützerath stürmten. Einige versuchten nach jetzigen Erkenntnissen die Polizeiketten mit Druck und Gewalt zu durchbrechen, um nach Lützerath zu gelangen. Dies wurde durch die Polizei nach mehrfacher Lautsprecher-Ankündigung mittels körperlichen Zwanges, Einsatz des Schlagstocks und Pfeffersprays unterbunden. Auch der Wasserwerfer ist gegen das Vordringen der Personen eingesetzt worden.

Die Zusammenstöße zwischen Störern und Polizisten wurden seitens der Aktivisten als übermäßige Polizeigewalt gegen friedliche Demonstrierende verurteilt. Diesem pauschalen Vorwurf tritt Polizeipräsident Dirk Weinspach entschieden entgegen: "Es kann nicht von systematischer übermäßiger Polizeigewalt gesprochen werden. Der Einsatz von körperlichem Zwang und der eingesetzten Einsatzmittel war notwendig, um dem Druck der Tausenden Personen standhalten zu können und ein Wiederbesetzen von Lützerath zu verhindern. Für die Demonstrierenden und Polizisten wäre durch das Überwinden der Zaunanlage und ein Eindringen in die Ortslage Lützerath eine erhebliche Gefahr entstanden. Die begonnenen Abrissarbeiten waren noch nicht abgeschlossen, sondern lediglich pausiert: Überall standen große Geräte, halb abgerissene Häuser und Baumhäuser,

die in einer solchen Dynamik ein großes Verletzungsrisiko dargestellt hätten. In Fällen, in denen der Verdacht besteht, dass körperliche Gewalt nicht rechtmäßig ausgeübt wurde, wird dem bereits im Rahmen von Ermittlungsverfahren nachgegangen."

Insgesamt sind seit dem 02.01.2023 in und um Lützerath 441 Strafanzeigen gegen Unbekannte und Aktivisten verzeichnet worden, unter anderem wegen Körperverletzungsdelikten und Widerstand gegen Polizeibeamte, Brandstiftung sowie Haus- und Landfriedensbruch. In Einzelfällen sind auch Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte, beispielsweise wegen des Verdachts der Körperverletzung im Amt eingeleitet worden. Weiteren Hinweisen wird nachgegangen und Videomaterial wird zur Beweissicherung gesichtet.

Die Polizei hat 225 Personen während des Großeinsatzes in Gewahrsam genommen, davon 14 Personen in längerfristiges Gewahrsam im Sinne der Identitätsfeststellung. Über 200 Personen sind am 17.01.2023 im Rahmen von Verbringungs-gewahrsam in umliegende Gemeinden gefahren und dort entlassen worden. Acht Personen hat die Polizei vorläufig festgenommen. Gegen eine der Personen ordnete das Amtsgericht Mönchengladbach Untersuchungshaft an.

Während des gesamten Einsatzes sind 115 verletzte Polizeibeamtinnen und Beamten verzeichnet worden. Davon verletzten sich 56 Beamte ohne Fremdeinwirkung, 59 Weitere erlitten meist leichte Verletzungen durch Fremdeinwirkung. Bisläng liegen der Polizei 25 Meldungen über verletzte Personen aus der Aktivisten- und Demonstranten Szene vor.

In der Spitze waren an einem Tag bis zu 3700 Polizeikräfte, unter anderem Bereitschaftshundertschaften und technische Einheiten aus dem gesamten Bundesgebiet eingesetzt.

Das Medieninteresse an der Räumung von Lützerath war sehr hoch, sodass mehr als 900 Medienvertreter und Journalisten während des Einsatzes von der Polizei verzeichnet und mehr als 3500 Medienanfragen bearbeitet wurden.

Polizeipräsident Dirk Weinspach blickt nun in die Zukunft: "Das Rheinische Braunkohlerevier wird uns weiterhin vor Herausforderungen stellen.

Bürgerinnen und Bürger aus den umliegenden Orten von Lützerath haben sich mit ihren Sorgen an uns gewandt. Diese Sorgen nehmen wir sehr ernst. Die Polizei Aachen, als Versammlungsbehörde der angemeldeten Mahnwache in Keyenberg, möchte die Belange der Anwohner und die Interessen der Versammlungsanmelder in Einklang bringen. Wir werden in Kooperation mit der Polizei Heinsberg weiter präsent sein und die Orte bestreifen. Unsere Kommunikationsbeamten, die ihre Bedeutung und Wichtigkeit während des Räumungseinsatzes unter Beweis gestellt haben, sind weiterhin für Demonstranten und Anwohner ansprechbar."